

kriens

Protokoll

Kriens, 19. Mai 2022

Sitzungsdatum

Donnerstag, 19. Mai 2022

Zeit Ort

08:00 Uhr bis 11:45 Uhr
13:30 Uhr bis 17:40 Uhr
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Sascha Frevel
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09
sascha.frevel@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2021/2022 Protokoll Nr. 8

Anwesend

Präsidentin

Anita Burkhardt

Einwohnerrat

29 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Protokoll

Sascha Frevel

Entschuldigt

Traktanden**Traktanden**

1. Vereidigung Bruno Amrhein (Grüne/glp)
2. Ersatzwahl in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024
- Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt (KBVU);
Bruno Amrhein (Grüne/glp)
3. Mitteilungen
4. Protokoll Nr. 5 vom 20. Januar 2022
Protokoll Nr. 6 vom 17. Februar 2022
5. Bericht und Antrag: Sonderkredit Sanierung Trinkwasser-Reservoir Schwynferch Nr. 106/22
6. Bericht und Antrag: Aufhebung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw Nr. 107/22
7. Bericht und Antrag: Jahresbericht 2021 Nr. 108/22
8. Motion Niederberger: Erhalt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Begründung Nr. 103/22
9. Bericht Postulat Tanner: Anpassung der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats Nr. 046/21
10. Bericht Postulat Ercolani: Solarpanels auf Krienser Dächern Nr. 047/21
11. Bericht Postulat Niederberger: Spielplätze für Kriens Nr. 055/22
12. Bericht Postulat Tanner: Pilotversuch: Betriebsauslagerung Parkbad Kriens und Krauer an die Hallenbad AG Nr. 063/21
13. Interpellation Lengwiler: Förderung von Sharing-Angeboten Nr. 091/22
14. Interpellation Lengwiler: Kosten für Stadt Kriens reduzieren durch konsequente Nutzung der Prämienverbilligung durch Anspruchsberechtigte Nr. 092/22
15. Interpellation Rüegg: Sozialhilfemissbrauch bei der Stadt Kriens? Nr. 093/22
16. Postulat Kobi: Velo- und Fussgängerfreundliche Baustellen-Signalisation in Kriens Begründung Nr. 098/22

-
- | | | |
|-----|--|------------|
| 17. | <u>Postulat Erni</u> : Umweltschonender Gütertransport in der Stadt Kriens
Begründung | Nr. 110/22 |
| 18. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | |

Die Pausen sind von 09:40 Uhr bis 10:00 Uhr und von 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr vorgesehen.

Neueingangsliste

- | | |
|------------|---|
| Nr. 109/22 | Interpellation Meier: Wagenburg
<i>Eingang: 24. März 2022</i> |
| Nr. 110/22 | Postulat Erni: Umweltschonender Gütertransport in der Stadt Kriens
<i>Eingang: 24. März 2022</i> |
| Nr. 111/22 | Interpellation Solari: Amphibienschutz in Kriens
<i>Eingang: 27. März 2022</i> |
| Nr. 112/22 | Interpellation Ziemssen: Welche Auswirkungen hat der neue Schwimmunterricht in Kriens?
<i>Eingang: 7. April 2022</i> |
| Nr. 113/22 | Motion Lengwiler: Kriens in finanzieller Not – Kooperation als Chance
<i>Eingang: 4. Mai 2022</i> |
| Nr. 115/22 | Interpellation Erni: Tempo-30-Zone auf der Zumhofstrasse
<i>Eingang: 16. Mai 2022</i> |
-

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Entschuldigt hat sich niemand.

Die Pausen sind von 09:40 Uhr bis 10 Uhr und am Nachmittag von 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

Im Anschluss der Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

1. Vereidigungen Bruno Amrhein

Anita Burkhardt-Künzler bittet Bruno Amrhein zu sich nach vorne. Auch bittet sie die Anwesenden sich zu erheben. Bruno Amrhein legt das Gelübde ab. Er wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

2. Ersatzwahl in die Kommissionen und die Geschäftsleitung für den Rest der Amtsperiode 2020-2024

- Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt; Bruno Amrhein (GLP)

Anita Burkhardt-Künzler liest die Resultate vor

Ausgeteilte Wahlzettel:	30
Eingegangen Wahlzettel:	28
Leere Wahlzettel:	0
Ungültige Wahlzettel:	0
Gültige Wahlzettel:	28
Absolutes Mehr:	15

Bruno Amrhein erhält 26 Stimmen.

3. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Anita Burkhardt-Künzler kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilung der Einwohnerratspräsidentin:

Laut Anita Burkhardt-Künzler werden ab sofort im Internet die Beschlüsse des Einwohnerrates beim betreffenden Geschäft publiziert und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zusätzlich werden die Beschlüsse wie bisher auch im Einwohnerratsprotokoll festgehalten. Die Geschäftsleitung hat beschlossen, dass die dringlichen Vorstösse, welche als nicht dringlich erklärt werden, analog zu den aus Zeitgründen abtraktandierten Geschäften behandelt wird. Somit werden diese Vorstösse an der nächsten Sitzung direkt nach den Bericht und Anträgen im Anschluss an die abtraktandierten Traktanden der vorgängigen Einwohnerratssitzung als neues Traktandum eingefügt und beraten. Für heute wurden keine dringlichen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen des Stadtrates:

Christine Kaufmann-Wolf teilt mit grosser Freude mit, dass der Stadtratskollege Maurus Frey einstimmig in den Vorstand des VLG gewählt wurde, somit nimmt der Stadtrat das Projekt «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» sehr ernst. Der Stadtrat hat eine grosse Freude, dass Maurus Frey einstimmig gewählt wurde. Es sei zwar zu erwähnen, dass er der einzige Kandidat war, jedoch gab es keine Ablehnungen von den ländlicheren Gemeinden. Der Stadtrat hofft, dass durch den VLG einiges für die Agglomeration herausgeholt werden kann.

4. Protokolle

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler

sind keine Einsprachen oder Änderungsanträge eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll Nr. 5 vom 20. Januar 2022 und das Protokoll Nr. 6 vom 17. Februar 2022 werden genehmigt und verdankt.

5. Bericht und Antrag: Sonderkredit Sanierung Trinkwasser-Reservoir Schwynferch**Nr. 106/22**

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen Martin Haas, Leiter Wasserversorgung.

Erni Matthias hat in der KBVU ein einheitliches eintreten festgestellt, es waren sich alle Parteien einig, dass eine gut gewartete und eine intakte Wasserversorgung wichtig sei. Es wurde jedoch in den Eintretensvoten auch erwähnt, dass eine Gesamtübersicht über die Wasserversorgung und die Investitionen von Vorteil wäre. Für die Kommissionsmitglieder sei es fraglich, wie es mit der weiteren Infrastruktur aussieht. In der Detailberatung konnte Martin Haas die Fragen kompetent beantworten, Sorgen zu der Wasserqualität während der Sanierung konnten aus dem Weg geräumt werden und bedenken zu Kostenüberschreitungen wurden geklärt. Die KBVU stimmt dem Beschlusstext somit einstimmig zu.

Laut Martin Zellweger hatte die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung im letzten Jahr die Gelegenheit das Trinkwasser-Reservoir zu besichtigen. Martin Haas, Leiter der Wasserversorgung Kriens, hat der Kommission die Situation vor Ort erklärt. Das eindruckliche Bauwerk als grosse und wichtige Komponente der Krienser Trinkwasserversorgung brachte in geleertem Zustand einige Mängel zum Vorschein. Für die Mitglieder der KFG wurde das Ganze mit den fachkompetenten Erklärungen von Martin Haas noch besser nachvollziehbar. So wie der Bericht detailliert die Problembereiche dokumentiert, so wurde für sie die Notwendigkeit einer Sanierung im wahrsten Sinne des Wortes greifbar. Das Reservoir Schwynferch sei eine der wichtigsten Komponenten in dem Krienser Trinkwasser-System und eine nachhaltige Sanierung dieser grundlegenden Infrastruktur sei jetzt fällig. Die Sanierung wurde vor längerer Zeit angekündigt und auch im Finanzplan aufgezeigt. Die Finanzierung des Sonderkredits erfolgt aus dem Eigenkapital der Spezialfinanzierung Wasserversorgung. Trotzdem muss Kriens diese Spezialfinanzierung als Teil der Gesamtinvestitionen im Rahmen des operativen Cashflows unterbringen. Dies wurde als Teil der Finanzstrategie so festgelegt. Im AFP wurden für die Sanierung 4.7 Millionen Franken vorgesehen. Dass der Kostenvoranschlag nun rund 1 Million Franken tiefer ausfällt, sticht im Bericht natürlich positiv hervor. Die Kostenschätzungen wurden im Rahmen eines Vorprojekts ermittelt und sind im Bericht detailliert dargestellt. Für das Vorprojekt wurden externe Fachspezialisten zugezogen. Martin Haas konnte im Rahmen der letzten Kommissionssitzung kompetent Auskunft geben und die Fragen beantworten. Im Speziellen wurde auch die Frage nach dem Projekt-Controlling gestellt und beantwortet. Auch schien der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung der Zeitplan von der Ausschreibung bis zum Projektstart am 19. September sportlich. Dieser konnte aber als umsetzbar bestätigt werden. Die KFG bedankt sich bei Martin Haas, beim Stadtrat und den Verantwortlichen für den ausführlichen Bericht. Das Eintreten auf das Geschäft war unbestritten, die KFG empfiehlt einstimmig dem Beschlusstext zuzustimmen.

Peter Stofer dankt im Namen der Grüne/glp-Fraktion für das anschauliche Papier. Wie im B+A geschrieben sei für die Fraktion Trinkwasser ebenfalls ein wertvolles und unverzichtbares Lebensmittel. Die Grüne/glp-Fraktion ergänzt diesen Grundsatz noch mit einem Reinheitsgebot. Trinkwasser soll frei von künstlichen Chemikalien usw. sein. Dies hat einen Zusammenhang mit der Unterhaltsstrategie Wasserversorgung, welche der Baukommission in Aussicht gestellt wurde. Dort hat der Einwohnerrat das Heft selber in der Hand und muss nicht auf Bern schauen. Das Reservoir Schwynferch ist nun seit 50 Jahren in Betrieb. Auch die Baukommission hatte die Gelegenheit das imposante Werk zu besichtigen. Wie bereits mehrfach erwähnt ist diese Sanierung unbestritten. Dank dem Zweikammer-System kann man die Sanierung im laufenden Betrieb realisieren. In den nächsten zwei Wintern soll je eine Kammer ausser Betrieb genommen und erneuert werden. Abschluss 2024 und der Kostenrahmen von 3.7 Millionen Franken wurde auch erwähnt zu Lasten von der Spezialfinanzierung Wasserversorgung. Der Grünen/glp-Fraktion sind folgende Punkte wichtig. Es sei keine Pinselrenovation, welche der Stadtrat hier vorlegt. Es sei ein Substanzerhalt nach dem Stand der Technik. Die Kosten werden sich auszahlen, da die Bausubstanz im Grundsatz immer noch gut

sei. Die Innenwände werden nicht einfach mit einer Kunststofflinieller beschichtet, sondern mit einem mineralischen Mörtel fachgerecht erneuert, damit keine chemischen Wasserfremdstoffe ins Krienser Trinkwasser eingetragen werden. Das Rohrsystem wird aus rostfreiem Stahl gefertigt. Bisher war dies noch nicht der Fall und es besteht die Gefahr, dass der Rost im Trinkwasser landet. Auch für die Cybersicherheit hat man geachtet. Es kann niemand aus dem Internet das Wasser in Kriens abstellen. Das Wasserreservoir ist nicht am Internet angeschlossen und das sei eine gute Idee. Der Grünen/glp-Fraktion sei aufgefallen, dass seriös Budgetiert wurde und eine Reserve von 10 % ins Budget einkalkuliert wurde. Die Fraktion geht deshalb davon aus, dass der Kostenrahmen eingehalten werden kann. Die Grüne/glp-Fraktion wird auf den B+A eintreten und den Sonderkredit über die 3.7 Millionen Franken für die Sanierung vom Wasserreservoir zu Lasten von der Spezialfinanzierung zustimmen.

Für Martin Zellweger und die SVP-Fraktion ist Wasser der wichtigste Grundstoff des Lebens, somit sei eine gute Wasserversorgung in Kriens auch Grundlage für ein gutes Leben in Kriens. Eine qualitativ hochstehende und zuverlässige Wasserversorgung sei eine der wichtigsten Grundaufgaben des Gemeinwesens. Die verantwortungsvolle Pflege der Infrastruktur zur Wasserversorgung, deren Erhalt und langfristige Ausrichtung sei somit von höchster Priorität, gerade wenn es um werterhaltende Investitionen geht. Martin Zellweger möchte nicht seine Vorredner wiederholen, aber auch die SVP-Fraktion bedankt sich bei den Verantwortlichen der Krienser Wasserversorgung für die kompetente Ausarbeitung des Bericht und Antrags. Die Verantwortlichen haben eine wichtige Aufgabe nämlich die Grundlage der Krienser Lebensqualität sicherzustellen. Eine verantwortungsbewusste und wachsame Aufsicht über die dazu notwendige Infrastruktur gehört dazu, so dass deren langfristigen Erhalt sichergestellt sei und Erneuerungsbedarf frühzeitig angezeigt wird. Das sei jetzt der Fall, mit der Sanierung kann zugleich auch eine Modernisierung erreicht werden. Für die SVP-Fraktion sei diese Investition selbstverständlich unbestritten. Die Finanzierung sei sicher gestellt und im schmalen Investitionsrahmen, wenn man die Prioritätenliste betrachtet, sie dies auf dem vordersten Rang. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein, folgen auch den Empfehlungen der vorbereitenden Kommissionen und werden dem Antrag zustimmen. Sie wünschen den Projektverantwortlichen ein gutes Gelingen der Sanierung.

Laut Matthias Erni bedankt sich die FDP-Fraktion bei den involvierten Personen für den umfassenden Bericht. Sie sind der Meinung, dass es wichtig und richtig sei dieses Trinkwasser-Reservoir zu sanieren. Wie wichtig die allgemeine Versorgungssicherheit sei, habe man in den letzten Jahren und Monate gelehrt. So will auch die FDP auf eine zuverlässige Trinkwasserversorgung zählen können und unterstützen diesen Bericht und Antrag. Ergänzend gibt es zu sagen, dass sie eine mehrjährige Finanzplanung vermissen. Es stellen sich Fragen wie zum Beispiel «Welche Investitionen sind in Zukunft geplant?» oder «Wie wirken sich diese auf die Bilanz und Erfolgsrechnung der Stadt Kriens aus?» Er fragt sich an dieser Stelle auch, ob allgemein genügend in die Infrastruktur investiert wird. Und was mit der knappen Million geschieht, die budgetiert wurde aber wohl nicht genutzt werden muss. Trotz diesen allgemeinen Bedenken betreffend der Finanzplanung innerhalb der Wasserversorgung sieht die FDP die Wichtigkeit und den Handlungsbedarf der Sanierung und wird dem B+A zustimmen.

Viktor Bienz bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für den gut verfassten Bericht. Die Sanierung vom Reservoir Schwynferch ist eine Arbeit, welche schon längst fällig wäre. Dementsprechend lange hat auch schon der Einwohnerrat davon gesprochen. Man verfolgt das Legislaturziel die Sicherstellung und Werterhaltung der Infrastruktur. Trinkwasser hat einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Die Sauberkeit und Reinheit müssen garantiert werden. Das Reservoir wird momentan vom Wasser von der EWL gefüllt. Es handelt sich um Mischwasser aus Quell- und Grundwasser. Im Weiteren hat der Stadtrat dem Einwohnerrat versprochen bis im Frühling 2023 die Wasserbeschaffungsstrategie der Stadt Kriens vorzulegen. Bei der Sanierung möchte Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beliebt machen, dass dort wo keine fachspezifische Spezialisten notwendig sind, das einheimische Werk berücksichtigt wird. Die Fraktion unterstützt das Vorgehen vom Stadtrat und wird dem B+A zustimmen.

Reto Felber dankt im Namen der SP-Fraktion für diesen ausführlichen, übersichtlichen und sachlichen Bericht. Bei den beschriebenen Massnahmen gibt es nichts zu beanstanden. Diese seien einwandfrei und umfangreich und im vollen Rahmen vertretbar und richtig. Das Wasser als Lebensmittel wichtig sei haben bereits seine Vorredner angesprochen und somit wird dieser Punkt nicht weiter ausgeführt. Reto Felber möchte allerdings den Stadtrat bitten, das finanzielle Controlling während der gesamten Bauphase von der Ausschreibung bis zur Übergabe nicht nur auf das ausführende Planerbüro zu übertragen, sondern in Eigenverantwortung selbst in die Hand zu nehmen. Das beinhalte auch das frühzeitige einschreiten bei sich anbahnenden Kostenüberschreitungen. Dies auch mit der zehnprozentigen Reserve im Sonderkredit. Es sei darauf hinzuweisen, dass im Moment infolge von bekannten Ereignissen die Materialpreise seit Anfangs Jahr sehr grossen Preissteigerung ausgesetzt sind und auch in naher Zukunft nicht von einer Preisstabilität ausgegangen werden kann. Der vorhandene Bericht zeigt aber auch, dass der IST-Zustand des Reservoirs mit seinen 46 Jahren sehr schlecht sei und rasch gehandelt werden muss. Im Normalfall geht man davon aus, dass alle 30 bis 40 Jahre eine solche Anlage saniert werden muss. Aus diesem Grund darf die Frage erlaubt sein, wie der Zustand der restlichen Trinkwasseraufbereitung auf Krienser Boden aussieht. Gibt es noch weitere Reservoirs und Zubringerleitungen, die nicht den aktuell geltenden Normen entsprechen? Aber der Einwohnerrat wird spätestens bis im Jahr 2023 anhand der Wasserstrategie mit den Antworten bedient. Die SP-Fraktion sei für Eintreten und Genehmigung des Antrags.

Maurus Frey dankt für die positive Aufnahme, das einstimmige eintreten sowie für die voraussichtliche grosse Zustimmung für das Kernelement der Krienser Wasserversorgung. Maurus Frey hat in diesem Moment noch die Gelegenheit genutzt den Bericht zum Postulat KBVU aufschalten zu lassen, in welchem im Nachgang zum Sonderkredit Trinkwasserbeschaffung eine Strategie zur langfristigen Trinkwasserbeschaffung eingefordert wurde. In diesem Bericht wird aufgezeigt welcher Umfang die Strategie haben wird und welcher Inhalt zu erwarten sei. Maurus Frey sei überzeugt, dass mit diesen Äusserungen, welche bisher bezüglich der langfristigen Finanzplanung in der Wasserversorgung und dem begehren zur Sicherstellung der langfristigen Wasserqualität gemacht wurden, wird der Einwohnerrat zufrieden gestellt. Der Einwohnerrat wird belastbare strategische Aussagen vom Stadtrat bezüglich Erhalt der Wasserversorgung zu Kenntnis nehmen können. Es wurde ein bedenken in die Finanzplanung der Wasserversorgung geäussert. Dies ist nicht einfach eine separate Finanzplanung von der Wasserversorgung, sondern es gibt eine gesamte Stadtliche Finanzplanung und eine Finanzstrategie «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» und wie bereits gehört werden die Investitionen in die Infrastruktur begrenzt. Die Strategie welche dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht wird, wird dem Einwohnerrat aufzeigen, dass diese Investitionen, wie sie aktuell gemacht werden, nach Ansätzen der Fachleuten nicht genügend sind um die Infrastruktur langfristig auf einem guten Stand zu halten. Dies ist der Kompromiss, welcher die Stadt Kriens eingehen musste und auch eine Investitionsstrategie, welche aktuell so gefahren werden muss, um die Stadtfinanzen wieder in das Gleichgewicht zu bringen. Der Stadtrat nimmt jedoch seine Aufgaben wahr und die wichtigsten Elemente der Wasserversorgung werden a jour gehalten, damit die Bevölkerung immer von einer guten Qualität vom Krienser Trinkwasser ausgehen kann. Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat für die wohlwollenden Worte gegenüber dem Leiter der Wasserversorgung und möchte Martin Haas und seinem Team auch von Seiten vom Stadtrat herzlich für die geleistete Arbeit danken.

Detailberatung

Seite 15

Martin Zellweger stellt eine Frage zum Zeitplan, welche Sinngemäss bereits in der Kommission behandelt wurde, kombiniert mit der Aussage, welche Reto Felber vorher gemacht hat. Es sei Mai und mit dem heutigen Entscheid kann die Ausschreibung und Beauftragung von Unternehmen starten. Reto habe vorhin erwähnt, dass verschiedentlich Engpässe bei Lieferungen von Materialien bestehen. Er fragt, ob hier Risiken sieht, dass dies die Umsetzung der Sanierung betreffen könnte.

Martin Haas stimmt Martin Zellweger zu. Das Risiko sei vorhanden, vor allem beim Edelstahl Bereich. Der Edelstahl Bereich wird jedoch erst in der zweiten Etappe ausgeführt, deshalb gibt es genügend Vorlauf um dies abzufedern und es wurden bereit Abklärungen mit den beiden Lieferanten gemacht, welche in Frage kommen. Die alten Rohrsysteme bleiben bei der Sanierung von der ersten Etappe im Betrieb und werden erst in der zweiten Etappe erneuert.

Karin Schumacher Bürgi liest den Beschlusstext vor:

1. *Der Sonderkredit Sanierung in der Höhe von Fr. 3'746'078.90 für die Sanierung des Reservoirs Schwynferch wird genehmigt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über Beschlusstext

Mit 29:0 Stimmen wird der Beschlusstext angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Segar Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen Thomas Lustenberger, Abteilungsleiter Planungs- und Baudienste.

Laut Matthias Erni konnte die KBVU ein einstimmiges Eintreten feststellen und ist der Meinung, dass man den Bebauungsplan aufheben kann. Es wurden einige Fragen gestellt, was sich genau ändert, wenn man einen solchen Bebauungsplan aufhebt. Der Stadtrat konnte der Kommission versichern, dass sich grundsätzlich nichts ändert, weil der Bauherr eine Bestandesgarantie auf die Bewilligten Gebäude hat und weitere Veränderungen ohne Baugesuch nicht möglich sind. Die Kommission hat sich ebenfalls die Frage gestellt, wie die Querung der Ringstrasse sichergestellt werden kann, da die Ringstrasse jedoch eine Kantonsstrasse sei, werden diese Massnahmen vom Kanton zusammen mit der Gemeinde Horw realisiert. Nach der Klärung dieser Fragen hat die KBVU dem Beschlusstext einstimmig zugestimmt.

Für Raoul Niederberger und die Grüne/glp-Fraktion sei die Aufhebung des Bebauungsplans Zentrumszone Bahnhof Horw relativ einzigartig und obwohl scheinbar ein etwas banales Geschäft, doch von gewisser Tragweite. Relativ einzigartig sei der vorliegende B+A deshalb, weil der Krienser Einwohnerrat zwar viele Bebauungspläne erlässt, aber kaum einen aufhebt. Banal sei das Geschäft, da nur ein sehr kleiner Teil des Perimeters des Bebauungsplans betroffen sei und doch von einer gewissen Tragweite, weil sich damit die Anforderungen für die Zonenkonformität eines zukünftigen Baus auf dem Perimeter komplett verändern. Deshalb werden Bebauungspläne im Normalfall, auch nach Fertigstellung sämtlicher Bauten auf dem Perimeter, nicht aufgehoben, sondern bleiben in Kraft. Indes macht es nun in diesem speziellen Fall doch Sinn den Bebauungsplan aufzuheben, da ein überwiegender Teil des Perimeters dieses Bebauungsplans auf dem Gemeindegebiete von Horw liegt, insbesondere auch Flächen, welche noch nicht überbaut und weiter in Entwicklung sind. Änderungen des Bebauungsplans, welche solche Flächen betreffen, müssten immer vom Einwohnerrat Horw und Kriens genehmigt werden, obwohl die Stadt Kriens nicht direkt davon betroffen sei. Ein solcher Leerlauf sei wenig sinnvoll. Zudem sei das BZR strenger, was die Nutzung auf dem Areal in Kriens anbelangt, als der Bebauungsplan, womit auch die Siedlungsverträglichkeit möglicher Neubauten sichergestellt sei. Die Grüne/glp-Fraktion tritt deshalb auf den B+A ein und wird diesem zustimmen.

Patrick Koch erläutert, dass mit diesem Bebauungsplan die planungs- sowie baurechtlichen Grundlagen geschaffen wurden, damit rund um den Bahnhof Horw beidseits der Gleise ein neuer Stadtteil entstehen kann. Da das auf Krienser Stadtgebiet liegende Areal in Realisierung sei, soll das Teilgebiet aus dem Bebauungsplanperimeter entlassen werden. Somit kann die Gemeinde Horw Änderungen am Bebauungsplanperimeter vornehmen, ohne dass sich Kriens dazu äussern muss. Grundsätzlich sei es sehr positiv zu bewerten, dass der Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw gemeindeübergreifend erarbeitet wurde. Es freut die SVP-Fraktion sehr, dass eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Horw möglich sei. Hier schlummert noch grosses Potential. Noch einige Worte zum Bebauungsplan. Kürzlich nahm der Sprechende einen Augenschein im Ziegeleipark. Er staunte ab dem qualitativ entstandenen Wohnquartier. Die Häuser seien unverputzt und erinnern so an die ehemalige Ziegelei auf diesem Areal. Auch sind Teile der ehemaligen Grubenbahn der Ziegeleierwerke im Park aufgestellt, wo sie als Gemüsebeete dienen. Der Aussenraum sei sehr grosszügig angelegt und mit Blumenwiesen sowie einheimischen Bäumen bereichert. Der Ziegeleipark sei ein richtiges Eldorado für Tier und Mensch. Für Kinder sei der Steinibach mit seinen Kiesflächen ein Paradies. Wenn sich Kinder so in der Natur mit den Elementen beschäftigen können, lassen sie einen Spielplatz links liegen. Der Ziegeleipark sei für Patrick Koch persönlich ein bauliches Juwel und darf in Kriens für zukünftige Bauprojekte als Vorbild dienen. Speziell sei ja, dass der Ziegeleiweg 1 als einziges Gebäude auf Krienser Boden steht. Aus diesem Grund gibt es diesen B+A überhaupt. In diesem zehnstöckigen Wohnblock entstehen 104 Wohnungen. Die Wohnungen haben nur eine Grösse von 1,5 bis 3,5 Zimmern oder sind WG-Wohnungen. Sei es Zufall, dass diese Wohnungen gerade auf Krienser Boden errichtet wurden? Grössere Mietwohnungen für Mittelstandfamilien wären für Kriens erstrebenswerter gewesen. Die SVP-Fraktion sei für annahme von diesem Bericht und Antrag.

Matthias Erni sagt, dass die FDP-Fraktion der Aufhebung vom Bebauungsplan zustimmen wird. Sie sehen keinen Grund diesen Bebauungsplan nicht aufzuheben. Schade sei jedoch, dass das einzige Gebäude auf Krienser Boden für kleine Studentenwohnungen vorgesehen sei und alle anderen Wohnungen auf dem Gemeindegebiet Horw sind. Dies sei jedoch Vergangenheitsbewältigung und die FDP-Fraktion wird der Aufhebung zustimmen.

Laut Viktor Bienz sei für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Aufhebung vom Bebauungsplan nachvollziehbar und macht auch Sinn. Die Vorschriften wurden eingehalten und bleiben weiterhin bestehen. Der Gewässerraum sei ausgeschieden und weitere Veränderungen seien ohne zusätzliches Baugesuch nicht möglich. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion stört es ebenfalls, dass auf diesen Parzellen fast nur Studentenwohnungen entstanden sind. Dort sei ein hochwertiger Lebensraum entstanden. Ob das so gewollt sei oder einfach Zufall, lässt die Fraktion offen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei für eintreten auf diesen B+A und wird dem Beschlusstext zustimmen.

Laut Reto Felber wurde mit der Erteilung der Baubewilligungen auf dem entsprechenden Perimeter alle Punkte des Bebauungsplans umgesetzt oder respektive in die Umsetzungsplanung eingeflossen. Diese werden sicherlich durch die Stadtverwaltung auf Richtigkeit und die entsprechenden Anforderungen auch auf Grundlagen der restlichen Reglemente (z.B. BZR) überprüft. In diesem Sinne sei die SP-Fraktion für Eintreten und Genehmigung des Antrags.

Raoul Niederberger sei erstaunt, dass der Rat enttäuscht sei wegen den Studenten- und Singelwohnungen. Seines Erachtens hätte diese Kritik vor elf Jahren beim Erlass vom Bebauungsplan angebracht werden müssen. Studenten müssen auch irgendwo Wohnen, denn die möchten nicht einfach irgendwo Zelten gehen und dies wäre schlussendlich ja auch nicht recht, wenn man sieht, was die Wagenburg für eine Diskussion auslöst. Raoul Niederberger möchte noch anmerken, dass teilweise auch Singelhaushalte sehr gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind. Nichts gegen Familien jedoch möchte er gesagt haben, dass diese Teilweise auch hohe Kosten verursachen.

Bettina Gomer-Beacco wollte dasselbe wie Raoul Niederberger sagen und möchte noch ergänzen, dass Familien auch Schulraum bräuchten und dies wäre im Gebiet Luzern Süd auf Krienser Boden relativ schwierig. Bettina Gomer-Beacco ist froh, dass dort keine Familien hinziehen.

Maurus Frey dankt für die positive Aufnahme und das Eintreten auf den Bericht und Antrag. Es sei ein Aparatschik-Entscheid, welcher mit dem aufheben vom Bebauungsplan heute gefällt wird. Der Stadtrat hat die Argumente dafür und dagegen gut abgewogen und Maurus Frey versichert, dass es aus Prozessökonomischen Gründen der richtige Entscheid sei den Bebauungsplan heute aufzuheben. Es wurde erwähnt, dass Qualität entstanden sei. Qualität aufgrund von einem Planungsinstrument, welches die Gemeinde Horw und die Stadt Kriens gemeinsam genutzt haben. Es sind Qualitäten entstanden, welche eine positive Auswirkung auf das Krienser Stadtgebiet zeigen werden. Kriens hört nicht einfach an der Stadtgrenze auf, sondern es sei ein funktionaler Raum, welcher sich über die Stadt Kriens in die Gemeinde Horw streckt. Maurus Frey möchte den Einwohnerrat dazu ermutigen nicht alles immer so zu glauben, kauen und verdauen, wie das von der vierten Gewalt in der Zeitung hingeworfen wird. Der Wohnungsmix in diesem Gebäude sei vergleichbar mit dem Wohnungsmix, wie er im Eichhof kommen wird. Die 35 % an kleinen Wohnungen sind Tatsache, jedoch gibt es noch 65 % Wohnungen, welche in anderen Grössen ausgestaltet sind. Auch dort kann man sich auf neue Krienserinnen und Krienser freuen. Grundsätzlich macht sich Maurus Frey sorgen, wie die Krienserinnen und Krienser scheinbar die Menschen nur noch an der dicke vom Portmonnaie bemessen und nicht an den Beiträgen, welche die Menschen zu allen anderen gesellschaftlichen Aspekten leisten. Dieses Gebäude, diese Siedlung und Entwicklung wurde in der Schulraumplanung adequat abgebildet, es sei also nicht so, dass der Stadtrat auf dem linken Fuss erwischt wird, falls

dort doch das ein oder andere Kind einzieht. Es wird davon ausgegangen, dass dort das eine oder andere Kind einzieht und die Kapazität wurde dem Einwohnerrat mit der Schulraumplanung nachgewiesen. Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat, dass er dem Antrag vom Stadtrat folgt und der Bebauungsplan aufgehoben wird.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist .

Karin Schumacher Bürgi liest den Beschlusstext vor

Die Aufhebung des Bebauungsplans Zentrumszone Bahnhof Horw für den Teil auf Stadtgebiet Kriens, genehmigt vom Regierungsrat am 12. November 2012, zu genehmigen.

Abstimmung über Beschlusstext

Mit 29:0 Stimmen wird der Beschlusstext angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

7. Bericht und Antrag: Jahresbericht 2021

Nr. 108/22

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen David Schilling.

Laut Martin Zellweger hat die KFG die Jahresrechnung 2021 an ihrer Sitzung von letzter Woche behandelt und in Anwesenheit des Gesamtstadtrats, der Stadtschreiberin sowie des Leiters Finanzdienste diskutiert. Die Fragen konnten zur Zufriedenheit beantwortet werden oder wurden nachgeliefert. Bereits im Vorfeld konnte eine Delegation der KFG an der Revisions-Schlussbesprechung teilnehmen und der KFG wurde der detaillierte Schlussbericht der Revisionsgesellschaft zugestellt. Die KFG zeigte sich zufrieden mit der Berichterstattung und schätzt die Kontinuität der Form seit Einführung von HRM2. Die KFG bedankt sich bei der Verwaltung, im Besonderen bei den Finanzdiensten mit David Schilling aber auch beim Stadtrat für die geleistete Arbeit. Die KFG schätzt die offene Kommunikation mit dem Stadtrat, insbesondere der offensichtliche Wille des Finanzvorstehers zu einer konstruktiven Zusammenarbeit. Das Resultat wurde verhalten aufgenommen, keine grosse Überraschung aber auch kein Grund zum Feiern. Die immer mitschwingende Hoffnung auf die positiven Überraschungen wie sie aus anderen Gemeinden berichtet werden bleibt in Kriens weiterhin ein Wunsch. Es passieren keine Wunder dies muss Kriens hart erarbeiten. Der erfreuliche Teil der Rechnung 2021 ist sicher der Steuermehrertrag gegenüber Budget. Er ist um 2.5 Millionen Franken höher als budgetiert und mag damit einige fehlende Entgelte oder Mehraufwendungen kaschieren. Nachdenklich stimmt die Kommission die negative Entwicklung der Steuerkraft. Die Steuererträge für natürliche Personen sind trotz wachsender Einwohnerzahl - normalisiert um den Steuersatz - rückläufig. Diese Entwicklung lässt wenig Hoffnung auf eine Annäherung des Steuerwachstums an die grossartigen Pläne der frühen 2010er Jahre. Leider wurde die erfreuliche Entwicklung insbesondere der Steuererträge von juristischen Personen getrübt durch Mehraufwendungen und fehlende Entgelte: Mehraufwendungen waren insbesondere die ausserordentliche Abschreibung der Krauermodule. Eine Altlast, welche während der euphorischen Krienser Jahre geäuft wurde. Nun bezahle Kriens die Rechnung. Auch die Rückstellung von Fr. 428'000.00 für das Prozessrisiko aufgrund einer gerichtlichen Auseinandersetzung des Kantons mit dem Bund, hat sich negativ auf das Resultat ausgewirkt. Da müssen im schlechtesten Fall die Gemeinden für den Kanton in die Tasche greifen. Im eher unerwarteten Fall besteht auch eine kleine Chance, dass Kriens in Zukunft auch einen ausserordentlichen Ertrag buchen könnte, nämlich dann, wenn der Kanton Recht bekommt. Insgesamt sind dies aber alles Beträge, welche die Mehrerträge durch die Steuern wieder wegessen. Die KFG hat intensiv die Thematik vom Ein-, resp. nicht-Einhalten der Globalbudgets diskutiert. Mit HRM2 hat der Globalbudget-Verantwortliche einen klaren Leistungsauftrag, welchen sie oder er innerhalb des Globalbudgets zu erfüllen hat. Fallen im Rahmen des Verantwortungsbereichs zusätzliche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung an oder ergeben sich Mindererträge, so ist dies innerhalb des Globalbudgets auszugleichen. In Ausnahmefällen wenn eine Kompensation innerhalb des bewilligten Budgetkredits unmöglich ist oder unverhältnismässig wäre kann ein Nachtragskredit verlangt werden, der durch den Einwohnerrat zu genehmigen ist. Für bestimmte klar definierte Fälle kann der Stadtrat in eigener Kompetenz eine Kreditüberschreitung bewilligen. Auf Seite 85 im Bericht ist ersichtlich, welche Kreditüberschreitungen bewilligt wurden und wo keine Bewilligung vorliegt. Das Ganze muss erfolgen, auch wenn sich diese Situation abzeichnet. Es muss mit allen Mitteln frühzeitig geprüft werden, ob eine Kompensation möglich sei. Die Mehrausgaben sind auch erst möglich, wenn der Nachtragskredit gesprochen sei. Es darf nicht nachträglich als Legitimation einer Budgetüberschreitung bewilligt werden. Anders verhält es sich bei Ertragsausfällen. Für Ertragsausfälle müssen keine Nachtragskredite gestellt werden. Selbstverständlich besteht aber auch bei einem sich abzeichnenden Ertragsausfall eine Kompensationspflicht d.h. verzichten oder verschieben von Projekten ist in Betracht zu ziehen. Die Globalbudgets sind also im Grundsatz einzuhalten. Damit diese vorgängig genannten Regeln des Finanzgesetzes klar eingehalten werden können braucht es ein gutes Controlling. Fehlende Erträge oder sich abzeichnende Mehraufwendungen müssen frühzeitig erkannt und dann wie ausgeführt adressiert werden. Die Diskussion in der KFG habe gezeigt, dass bei diesem Thema noch Informationsbedarf und Potential vorhanden sei. Die KFG will sich dieser Thematik als beaufsichtigende Kommission noch intensiver annehmen. Entsprechende erste Schritte wurden definiert. Zu Fragen hat weiter auch der tiefe Betrag von Fr. 10'000.00 für Kosten der Auswirkungen der Covid Pandemie geführt. Dieser Betrag enthält jedoch nur direkte Kosten, wie beispielsweise Masken. Es beinhaltet nicht indirekte Kosten wie beispielsweise personelle Ressourcen, welche indirekt bedingt durch die Pandemie Kostenfolge waren. Beispielsweise Securitas beim Eingang. Die KFG hat sich intensiv mit der Rechnung auseinandergesetzt und kritisch hinterfragt. Die Kommission empfiehlt letztendlich dem Einwohnerrat den vorliegenden Bericht zur Rechnung 2021 gemäss Antrag zu genehmigen. Diese Empfehlung wurde mit 7:2 Stimmen gutgeheissen.

An erster Stelle möchte sich Raoul Niederberger im Namen der KBSG bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und den übersichtlichen Bericht bedanken. In der Kommission war das Eintreten unbestritten. Wie gewohnt konzentrierte sich die KBSG auf die ihr zugewiesenen Globalbudgets. Betreffend der Voten der Fraktionen in der Eintretensdebatte kann Raoul Niederberger auf die Ausführung der KFG-Präsidenten Martin Zellweger verweisen und verzichtet an dieser Stelle auf Wiederholungen. In der anschliessenden Detailberatung standen die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter den beiden Stadträten tatkräftig zur Seite und halfen bei der Beantwortung verschiedenster Fragen. An dieser Stelle möchte sich Raoul Niederberger auch dafür nochmals herzlich bedanken. Fragen gaben vor allem grösserer Abweichungen zwischen Budget und Rechnung Anlass, wie beispielsweise der sehr starke Anstieg von Schülerinnen und Schülern in der internen Sonderschulung und scheinbar Widersprüche in der Rechnung, wie der Umstand, dass zwei Kantonsschülerinnen und –schüler mehr als budgetiert zu einer Steigerung der Kosten von 8 % führen konnte. Im letzteren Fall lag die Antwort übrigens darin, dass der Kanton Luzern die Beiträge an die Kantonsschule nach der Budgetierung erhöht hatte. In der Schlussabstimmung stimmte die KBSG dem Beschlusstext mit 7 «Ja» zu 2 «Nein» Stimmen zu, wobei an dieser Stelle nochmals erwähnt sei, dass die KBSG nicht die gesamte Rechnung geprüft hatte, sondern nur die ihr zugewiesenen Globalbudgets.

Laut Matthias Erni hat die KBVU die für sie relevanten Abschnitte im Bereich Bau, Verkehr und Umwelt, namentlich den Abschnitt 35 Planungs- und Baudienste ab Seite 31 behandelt. Man stellte fest, dass einige Projekte gestoppt und zurückgestellt werden mussten. Grundsätzlich sei man jedoch einverstanden und für Eintreten. Aufgefallen sei, dass die fristgerecht erteilten Baubewilligungen um 25 % gesunken sind. Die 30 % der Baugesuche die fristgerecht erteilt wurden sind, sind weit von der Zielgrösse von 80 % entfernt. Der Grund sei gemäss dem Stadtrat die Komplexität der Baugesuche, wie auch die Personalfuktuation, welche dazu beigetragen habe. Im Baubewilligungsbereich muss man sich nämlich fragen, wie die Jobqualität verbessert werden kann. Mit Spezialgebieten und Projektleitungen versuche man dort Abwechslungen zu schaffen. Weiter sei aufgefallen, dass die bewilligten Wohneinheiten klar unterschritten wurde. Das sei damit zu erklären, dass die Projekte im Eichhof und der Pilatus Arena nicht realisiert wurden. Ein Thema, das schon länger in der Kommission pendent sei, sei die Sanierung der Hergiswaldstrasse. Anscheinend sind dafür die Investitionsfähigkeiten eingeschränkt und eine Realisierung sei erst etwa in einem bis zwei Jahre möglich. Dies weil die kantonalen Vorgaben einen grossen Teil der Investitionen verschlingen. Die KBVU stimmte dem Bericht 35 Planungs- und Baudienste (S. 31 ff.) der Jahresrechnung 2021 einstimmig zu.

Cyrrill Zosso dankt der Verwaltung für das dicke Dokument. Für die Grüne/glp-Fraktion ist das Resultat nicht überraschend und wie bereits gesagt auch nicht wirklich erfreulich. Sie anerkennen die hohe Budgetdisziplin und die tolle Arbeit der Verwaltung, welche trotz dem hohen Druck geleistet wird. Das aufgewiesene Defizit entspricht 0.5 % vom Gesamtumsatz. Dies sei durchaus vertretbar, gerade bei den Abweichungen welche es zum Beispiel bei den Kantonalen Vorgaben immer wieder gibt. Sie sehen auch erfreuliche Punkte, gerade in Bezug auf die tolle Arbeit, welche die Verwaltung leistet. Zum Beispiel die Aufstockung bei den Sozialdiensten. Dort kommt mit einer Personalaufstockung Einsparungen gemacht werden und gesetzliche Vorgaben konnten endlich besser eingehalten werden. Die Steuererträge seien natürlich etwas weniger erfreulich. Kriens ist trotz massiven Korrekturen vom letzten Jahr bei natürlichen Personen unter dem Budget. Mehrerträge hat Kriens den juristischen Personen zu verdanken. Überraschenderweise hat Kriens dort grosse Mehreinnahmen, welche für die Kompensation gebraucht werden konnten. Es wurde auch bereits gesagt, dass Kriens einen sinkenden relativen Steuerertrag hat. Dies steht im Kontrast zu dem heilbringenden Motto von starken Steuerzahler, welche Kriens irgendwann erlösen werden. Cyrrill Zosso meint der Einwohnerrat kann sich langsam von diesem Motto verabschieden und der Realität ins Auge schauen. Kriens braucht so massiv grosse Einkommensklassen und solche Personen ziehen nicht an den Sonnenberg oder in die Studentenwohnung im Ziegeilepark. Für die Grüne/glp-Fraktion sei es erfreulich, dass durch die leider abgelehnte leichte Steuererhöhung ein ausgeglichenes Budget erreicht worden wäre. Es erschreckt die Grüne/glp-Fraktion jedoch zu welchem Preis Kriens zu diesem Resultat gekommen ist. Es gibt weiterhin einschneidende Sparmassnahmen, welche zu negativen Schlagzeilen führen. Kriens hat eine Deckung

vom Selbstfinanzierungsgrad und vorhin wurde gesagt, dies habe Einfluss auf die Projekte, welche umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass man zu einem grossen Teil keine Einsparungen, sondern Aufschiebungen hat. Die Stadt Kriens hat immernoch eine extrem schlanke Verwaltung. 2020 hat Kriens pro 103 Bewohner eine angestellte Person in der Verwaltung. Im Vergleich zu der Nachbargemeinden Horw, die haben 89 Bewohner auf eine Verwaltungsangestellte, Emmen 84 und Luzern 50. Kriens steht also nicht schlecht da mit der Verwaltung. Mehr Einsparungen und Druck auf die Verwaltung und Schrauben bei den Arbeitskonditionen werden nicht viel nützen und zu noch höheren Fluktuation führen. Somit können in den Departementen auch die gesetzlichen Fristen nicht eingehalten werden. Für die weitere Entwicklung in Kriens werden weiterhin Grundsatzdiskussionen geführt werden müssen und die Demografische Entwicklung spricht nicht unbedingt für Kriens. Kriens braucht Familien und junge Bürgerinnen und Bürger, welche helfen die alternde Bevölkerung zu finanzieren und deshalb dürfen diese nicht verjagt werden. Aus Sicht der Grüne/glp-Fraktion wird nach dieser Rechnung eine kleine Steuererhöhung nötig sein. Zudem sind sie der Meinung, dass dies gut investiertes Geld sei. Wenn man sieht, dass bei einem Einkommen von Fr. 30'000.00 eine Zehntel Erhöhung ca. Fr. 20.00 ausmachen, bei einem Einkommen von Fr. 50'000.00 ca. Fr. 50.00 und bei einem Einkommen von Fr. 70'000.00 um die Fr. 100.00. Kriens hat ein Wachstum und Mehrkosten, jedoch auch eine sinkende pro Kopf Verschuldung. Es sind mehr Leute vorhanden, dies führt zu mehr Ausgaben, jedoch wird es auch auf mehr Köpfe verteilt. Die Grüne/glp-Fraktion ist für Eintreten, dankt nochmal für die Arbeit und freut sich auch die weitere Zusammenarbeit.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion bei allen beteiligten, Stadtrat und Verwaltung, insbesondere bei den Finanzdiensten unter der Leitung von David Schilling für die umfassende Berichterstattung. Sie bedanken sich auch bei der Verwaltung für ihre nicht immer einfache Mitarbeit die Stadt Kriens finanziell wieder auf den Weg der Tugend zu führen. Es braucht die Mitarbeit aller, um diesen Weggehen zu können. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein. Die Abnahme der Rechnung 2021 sei einmal mehr Vergangenheitsbewältigung. «Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten». Dieses Zitat von Helmut Kohl soll den Einwohnerrat ermuntern, die Rechnung 2021 gut zu verstehen, den bald steht die Gegenwart an, in welcher sich der Einwohnerrat mit der Zukunft, nämlich einem getragenen und umsetzbaren Budget beschäftigen muss. Als das Krienser Volk das Budget mit einer Steuererhöhung auf 2.0 Einheiten und einem gleichzeitigen Aufwandüberschuss abgelehnt hat und der Stadtrat dieselbe Variante mit Ertragsüberschuss vorgelegt hatte, hat die SVP-Fraktion den Kompromissvorschlag von 1.95 Einheiten gemacht. In ihrem Votum haben sie dargelegt, dass mit 1.95 Einheiten der Steuerertrag wesentlich höher ausfällt, so dass mindestens ein ausgeglichenes Budget machbar wäre. Es wurde der SVP-Fraktion damals Zweckoptimismus vorgeworfen. Die Fraktion habe aber nichts Anderes gemacht als 40 Jahre Steuerentwicklung der Stadt Kriens zu analysieren und damit die Vergangenheit zu verstehen. So konnte die SVP-Fraktion aufzeigen, wie sich die Steuern auch ohne Optimismus entwickeln könnten. Die Realität zeigt einmal mehr, der Vorschlag war fundiert. Das heisst das Budget 2021 Nr. 2 des Stadtrats, dass mit einer Steuererhöhung auf 2.0 Einheiten einen Ertragsüberschuss von knapp Fr. 900'000.00 vorgelegt wurde, wäre auch mit 1.95 Einheiten zutreffend, da der Steuerertrag sogar minimal über diesem Budget mit 2.0 Einheiten liegt. Wie die SVP-Fraktion es erwartet hat, sind die Steuern konstanter und positiver ausgefallen. Sie haben grundsätzlich kein Problem, resp. begrüßen es, wenn die Steuern eher tief und nicht zu optimistisch budgetiert werden, dass führt dazu, dass nicht ungewolltes Ausgabenwachstum budgetiert wird. Die SVP-Fraktion wird aber eine pessimistische Planung nie unterstützen nur um eine Steuererhöhung zu legitimieren. Kriens hat trotz dieser Steuererträge einen Aufwandüberschuss von über 1 Million. Franken, somit haben sich gegenüber dem Budget V2 gut 2 Millionen Franken wieder verflüchtigt. Eigentlich müsste mit diesen Steuereinnahmen ein Ertragsüberschuss von gut Fr. 900'000.00 möglich sein. Rechnet man noch die Altlast Krauermodul weg, dann wäre Kriens immer noch bei einem leicht positiven Ergebnis. Das Steuerwachstum in diesem Jahr war also voll und ganz, wie von der SVP-Fraktion angezeigt, vorhanden. Die Gründe für das Resultat sind also definitiv nicht dort zu begründen. Trotzdem sei die Steuerentwicklung der natürlichen Personen harte Realität. Die Steuerkraft sinkt. D.h. Kriens habe zwar mehr Einwohner, der Einzelne bezahlt aber weniger Steuern. Inzwischen verfügt Kriens über hervorragende Steueranalysen und Wohnkalkulatoren. Es muss einmal mehr gesagt werden, dass diese Steuerstruktur stabil ist. Die Gesamtsteuererträge sind nicht von Einzelnen Wohlhabenden abhängig. Das reduziert das Risiko auf der einen Seite, auf der anderen Seite bleiben die Steuern stabil und

dies halt auf beide Seiten. Es soll weder grosse Reduktion noch grosses Wachstum erwartet werden. Kriens soll selbstverständlich weitere Potentiale eruieren, um die Steuerkraft zu steigern. Kriens muss aber auch lernen in seinen Verhältnissen zu leben und nicht über seinen Verhältnissen, wie das die letzten Jahre geschehen ist. Kriens muss seinen Lebensstil den Einnahmen anpassen und nicht die andere Richtung, das waren die Träume der Politiker der vergangenen Jahre. Zugleich muss Kriens die Schulden-situation in den Griff kriegen und diese Kombination sei halt schmerzhaft. Die Krienser Bevölkerung hat 2021 klar signalisiert, dass sie nicht bereit waren die Steuern anzuheben. D.h. entsprechend hat die Stadt und die Politik auch Ausgaben und Investitionen mit äusserster Zurückhaltung vorzunehmen. Leider hat dies seine Schattenseiten. Schade sei es, dass jetzt diejenigen abgestraft werden, vor allem in der Presse, die sich bemühen die Fehler der vergangenen Jahre zu korrigieren. Das führt halt auch zu schmerzhaften Massnahmen. Die SVP-Fraktion weiss, dass Kriens in den nächsten Jahren noch weiterhin einen harten Weg vor sich hat. In Bezug auf die Einhaltung der Globalbudgets verweist die SVP-Fraktion auf die Diskussion und Berichterstattung der KFG. Es ist ihre klare Erwartung, dass Globalbudgets eingehalten werden. Im Falle von nicht bewilligten Kreditüberschreitungen muss eine präzise, plausible und gesetzeskonforme Begründung vorliegen. Andernfalls muss im Vorfeld ein Nachtragskredit gestellt werden. Die Rechnung ist, auch wenn das Resultat nicht ihren Vorstellungen entspricht, korrekt geführt und von der Revision geprüft. Sie wird von der Revisionsstellen und von der KFG zur Genehmigung empfohlen. Die SVP-Fraktion folgt den Empfehlungen und wird dem Beschlusstext zustimmen. Spätestens bei der Budgetierung wird sich der Einwohnerrat darüber unterhalten müssen, wie sich dieses Resultat auf die finanzielle Entwicklung von Kriens der nächsten Jahre auswirken soll.

Im Namen der FDP-Fraktion dankt Jörg Ziemssen der Verwaltung und dem Stadtrat für die Arbeit zum Bericht und Antrag «Jahresbericht 2021». Die FDP - Liberalen Kriens treten ein. Wie jedes Jahr wird dem Einwohnerrat ein Verlust präsentiert. Und dies seit über zehn Jahren. Bei diesem Bericht und Antrag handelt es sich um eine Vergangenheitsbewältigung. Jörg Ziemssen versucht auf die wichtigsten Punkte einzugehen. Kriens hat einen Finanzierungsüberschuss von Fr. 6,4 Millionen Franken erreicht. Es wurde mehr cash eingenommen als rausgegangen ist. Trotz anständig ausgewiesener Liquidität bleibt der Schuldenberg eine grosse Herausforderung. Insbesondere bei momentan stark steigenden Zinsen. Man darf nicht vergessen: Kriens hat neben den verzinslichen Drittschulden von 228 Millionen Franken noch weitere Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen (Feuerwehr, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung und Alterswohnungen Hofmatt) von Fr. 102 Mio. Das heisst die Verpflichtungen belaufen sich per Ende 2021 auf 330 Millionen Frank. Der Selbstfinanzierungsgrad mit über 100 % sieht erfreulich aus. Jedoch ist eine nachhaltige Nichtauslösung von Investitionen auf lange Sicht keine sinnvolle Option. Gut findet die FDP-Fraktion, dass die Investitionen buchhalterisch vom alten ins neue Geschäftsjahr rüber genommen wurden. Erfreulich sei, dass nicht ein höherer Verlust resultierte als budgetiert. Dem Einwohnerrat muss zu denken geben, dass die meisten Luzerner Gemeinden seit Jahren Gewinne erzielen. Die Entwicklung bei den Steuererträgen der juristischen Personen freut die FDP-Fraktion. Diese Entwicklung hat die FDP-Fraktion zusammen mit der SVP-Fraktion bei der Budgetdebatte 2021 prognostiziert. Auch der Regierungsrat unterstützte diese Zunahme. Die Entwicklung bei den Steuererträgen der natürlichen Personen sehen sie genau gleich wie der Stadtrat. Der Rückgang der Steuerkraft ist für die FDP-Fraktion besorgniserregend. In der Luzerner Zeitung konnte man interessante Details erfahren. Da die Steuerstruktur nicht auf die Top-Verdiener ausgerichtet sei, hatte die Corona-Pandemie mit ihrer Kurzarbeit und allgemein weniger Beschäftigung und Einkommen wohl verhältnismässig einen grösseren Einfluss auf diese Erträge als in anderen Gemeinden. Dass diese Steuerstruktur im Vergleich mit anderen Gemeinden nicht zu den stärksten gehört, sei wohl auch darauf zurückzuführen, dass in Kriens weniger auf Wohneigentum setzt und viel günstigeren Wohnraum aufweist. Aus Sicht der FDP-Fraktion findet das Krienser Bevölkerungswachstum mehrheitlich im günstigeren Wohnraum-Preissegment statt. Kriens wächst unter ihrer Steuerkraft. Bei dieser Ausgangslage kann man auch mit Steuererhöhungen finanziell nicht erfolgreich wirtschaften. Aber wenn man die Zahlen etwas genauer anschaut, wäre durchaus ein positiveres Ergebnis oder sogar ein Gewinn möglich gewesen. Da fällt zum Beispiel die a.o. Abschreibung von Fr. 800'000.00 für das Schulhausmodul auf. Zusätzlich hatte man über Fr. 650'000.00 nicht bewilligte Kreditüberschreitungen (dies bedeutet eine Kompetenzüberschreitung) vom Stadtrat. Die Kreditüberschreitungen betragen total 2,2 Millionen Franken. Die vorgenommene Rückstellung für Prozessrisiken von Fr. 428'000.00 kann die FDP-

Fraktion nachvollziehen auch wenn diese zu einem ungünstigen Zeitpunkt für Kriens eingetroffen sei. Neu sei Kriens eine Nehmergemeinde beim kantonalen Finanzausgleich. Der FDP-Fraktion sei es ein grosses Anliegen, dass Kriens mit diesen Geldern aus dem Lasten- und Ressourcenausgleich nachhaltig umgeht. Dies sei ein gutes Stichwort. Der Stadtrat schreibt: «Wir streben ein nachhaltig finanziertes Kriens an.» Diese Einstellung sei lobenswert. Sie kommt aber reichlich spät, wenn man das erste vom neuen Stadtrat selbst erarbeitete Budget 2022 mit einem Verlust von 3,2 Millionen Franken anschauet. Die FDP-Fraktion setzt sich seit Jahren für nachhaltige Finanzen ein. Leider hat die Mehrheit des Einwohnerrates kein Interesse daran. Die Bemühungen und Ideen der letzten Jahre wurden nicht gehört. Zum nachhaltig finanzierten Kriens hat die FDP-Fraktion an den Stadtrat zwei Fragen. Wie gedenkt der Stadtrat dies umzusetzen? Wie geht der Stadtrat mit den kantonalen Kennzahlen-Vorgaben um? Wann fängt der Stadtrat endlich damit an?. Auf Seite 85 sei die Kompetenzüberschreitung des Stadtrates bei den nicht bewilligten Kreditüberschreitungen ersichtlich. Dazu hat die FDP-Fraktion die folgenden Fragen. Welche Positionen und Ursachen haben zu diesem Resultat geführt? Die FDP-Fraktion möchte verstehen wie dies passiert sei. Ein Controlling sei vorhanden. Wieso funktionierte das Controlling nicht? Was wird konkret unternommen, dass dies nicht mehr passiert? Aus den PUK-Diskussionen hat Jörg Ziemssen mitgenommen, dass man aus der Vergangenheit lernen will. Die FDP-Fraktion wünscht sich für die Zukunft, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Erfreut nimmt die FDP zur Kenntnis, dass die Digitalisierungsstrategie angelaufen sei. Sie gehen davon aus, dass die Erfahrungen und das Wissen der neuen Abteilungsleiter im Budgetprozess 2023 miteinbezogen werden. Jörg Ziemssen sei überzeugt, dass hier einige gute Ideen eingebracht werden können. Auf den ersten Blick sehen die Zahlen bei der Mitarbeiter-Fluktuation nicht schön aus. Jörg Ziemssen interpretiert dies als Folge der Pandemie-Zeit sowie auch Veränderung in der Führungskultur, welcher der neue Stadtrat einbringt. Die FDP-Fraktion sei überzeugt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach ihren Möglichkeiten und Interessen weiterentwickelt werden und auch die Eigenverantwortung gestärkt wird. Damit das Legislaturziel des Stadtrates einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung erreicht wird, sei noch eine unverändert starke Führungsarbeit des Stadtrates gefragt. Jörg Ziemssen kommt zum Schluss. Nicht nur der Stadtrat strebt ein finanziell nachhaltig finanziertes Kriens an. Das Volk hat mehrmals ihrem Willen Ausdruck verliehen, dass mit den vorhandenen Einnahmen die Ausgaben gedeckt sein sollen. Die FDP-Fraktion schaut unverändert genau hin. Die FDP-Fraktion stelle auch inskünftig kritische Fragen. Sie setzen sich unverändert für gesunde und nachhaltige Krienser Finanzen ein. Aufgrund der nicht bewilligten Kreditüberschreitungen sei es ihrer Fraktion nicht möglich diesem Jahresbericht zuzustimmen. Wenn die Antworten des Stadtrates auf ihre Fragen nachvollziehbar seien könnten sie sich eine Enthaltung vorstellen und hoffen, dass dies ein einmaliger Ausrutscher war.

Laut Andreas Vonesch ist Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für Eintreten und wird der Rechnung, bzw. dem Antrag so zustimmen. Zuerst möchte Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion auch dieses Jahr der ganzen Verwaltung für die grosse Budgetdisziplin danken. Die Globalbudgets konnten mehrheitlich eingehalten werden. Das zeugt von Kostenbewusstsein, auch wenn in einigen Bereichen Kostenüberschreitungen ausgewiesen wurden. Danken möchte Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion auch für den übersichtlich und gut lesbaren Jahresbericht. Die Hoffnung stirbt zuletzt: Nämlich diejenige, dass auch Kriens einmal einen unerwarteten, schönen und positiven Abschluss schreiben kann, wie ganz viele andere Gemeinden im Kanton. Aber eben, die Forecasts haben ja gezeigt, dass der Einwohnerrat wiederum sehr zerknirscht einen, wohl etwas besser als erwarteten negativen Abschluss hinnehmen müssen. Andreas Vonesch kann sich in vielen Punkten den Vorrednern anschliessen. In der KFG wurde die Jahresrechnung intensiv diskutiert. Eine Jahresrechnung sei Vergangenheitsbewältigung, hat aber Auswirkungen in die Zukunft. Deshalb möchte Andreas Vonesch noch auf einige Aspekte hinweisen. Man kann sich wie jedes Jahr wiederholen. Es sei ein Treten an Ort, Kriens kommt einfach nicht vom Fleck. Das mediale Echo auf die Krienser Finanzsituation sei katastrophal. Das Personal läuft belastungsmässig am Anschlag. Auf der einen Seite seien von der Bevölkerung keine Mehreinnahmen gewollt, auf der anderen Seite aber auch keine Sparübungen erwünscht. Da hat der Einwohnerrat dann bei der Budgetdebatte wiederum eine Herkulesaufgabe vor sich. Dank Minderinvestitionen konnte zumindest die Verschuldung etwas reduziert werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion möchten aber gerade hier den Mahnfinger aufhalten. Das kann mittel- oder langfristig auch nicht die Lösung sein. Als weiterer Punkt schlägt die schwache Steuerstruktur wiederum voll durch. Der grosse Artikel dazu in der Luzerner Zeitung hat das schonungslos aufgezeigt, und wenn die Fraktion die

Zahlen aus dem Wohnkalkulator und die demografische Entwicklung sehe, stimmt sie das nicht sehr zuversichtlich. Die Fraktion unterstützt die Haltung vom Stadtrat für eine Nachhaltige Sanierung der Krienser Finanzen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hofft, dass in der Budgetdebatte für das Jahr 2023 im Rat ein guter Konsens gefunden werden kann.

Michael Portmann dankt der Stadtverwaltung im Namen der SP-Fraktion für eine weitere ausserordentliche Leistung im ersten Jahr nach dem Lockdown 2020. Von der SP-Fraktion sind alle froh, dass Kriens diese schwierige Zeit nach dem Lockdown mit mehreren Corona-Wellen, Impfkampagnen und Masken-tragepflicht gut überstanden hat. Es sei erst ein Vierteljahr her, seitdem Michael Portmann an seiner Kanti wieder ohne Maske unterrichten darf. Und dies hat ihm seine Arbeit wesentlich vereinfacht. Das war aber noch nicht alles, was die Stadtverwaltung 2021 zu verkraften hatte. Dafür geht Michael Portmann zurück ins Jahr 2019. Niemand im Einwohnerrat wäre je auf die Idee gekommen, die Steuern zu senken. Das strukturelle Defizit auf der Einnahmenseite drückte bereits damals immer wieder durch. Selbst die geplante Schuldenbremse hätte 2019 ganz klar «Nein» gesagt zu der Steuersenkung durch die AFR18. Das «Ja» des Kantons Luzern traf die Stadt Kriens im falschen Moment. Seither wird jedes Jahr, selbst im Corona-Jahr 2020 oder auch letztes Jahr 2021 mit dem budgetlosen Zustand immer wieder die Notbremse gezogen und gekürzt. Eine wahre Misere, und trotzdem wird im Rat der Eindruck geweckt, dass Kriens es mit einem ganz normalen Finanzjahr zu tun hatte. Trifft das denn wirklich zu? Michael Portmann findet nicht. Schliesslich wurde ja ganz nebenbei ab 2019 der gesamte Finanzhaushalt neu aufgesetzt und gemäss dem FHGG das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 implementiert. Wenn der Stadtrat im Jahresbericht grosszügig davon spricht, dass HRM2 eingeführt sei, dann sei das sogar wahr. Die Transparenz vom Jahresbericht und Budget sei höher, die Aufgabenbereiche sind klar strukturiert und der Aufbau des Finanzhaushalts werde klar ersichtlich. Mit den Kostenzielen und den Wirkungsgrössen wurden aber noch weitere neue Instrumente eingebracht, welche alle Vorteile einer wirkungsorientierten Verwaltung bieten. Gemäss FHGG soll nun der Finanzhaushalt mit den Wirkungsgrössen gesteuert werden, um die Finanzziele zu erreichen. Michael Portmann zitiert: «Finanzziele sind nicht geeignet, um die Qualität einer Leistung zu beurteilen.» Gemäss Regelkreis aus dem FHGG befinden sich Kriens nun mit dem Jahresbericht exakt an dem Punkt, dass Michael Portmann zitiert «die Massnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und bewertet werden sollen». Da im Budget 2021 auch Chancen und Risiken von den Fachleuten in der Stadtverwaltung formuliert wurden und ab und zu – leider noch zu selten – passende Wirkungsgrössen definiert wurden, lassen sich diese Risiken überprüfen. Mehr dazu hört der Einwohnerrat danach in der Detailberatung, wenn Michael Portmann mindestens eine Risikoanalyse an einem konkreten Beispiel vornimmt. Nicht alle im Budget 2021 erwähnten Risiken beziehen sich allerdings auf interne Abläufe. In den Gesellschafts- und Gesundheitsdiensten wird auf das externe Risiko «Mengenwachstum in den Ergänzungsleistungen» hingewiesen. So betrachtet haben die zusätzlichen 1,3 Millionen Frankendie Stadt Kriens nicht unerwartet getroffen. Zum Glück gab es die Vakanzen von fünf Vollzeitstellen, den budgetlosen Zustand und ausserordentlich gute Steuereinnahmen von den juristischen Personen. So konnte doch noch knapp über Budget abgeschlossen werden. Wie gut oder schlecht die Finanzziele eingehalten werden, wurde bereits von seinen Vorrednern aufgezählt. Folgende Schlussfolgerungen daraus wären aber unhaltbar: «Wäre noch konsequenter gearbeitet worden, dann hätte es gereicht.» «Noch besser wäre erfreulicher gewesen.» Wie kann dies überprüft werden, wenn nur die Finanzziele betrachtet werden? Da schaut Michael Portmann gerne für den Einwohnerrat genauer hin. Schliesslich gibt es für 150 der 400 Wirkungsgrössen auch eine entsprechende Zielgrösse. Mit diesen Zielgrössen wird angezeigt, was eine Ausgabe langfristig bewirken soll. Ein typisches Beispiel sei die Wirkungsgrösse «Betrieblicher Unterhalt» in den Immobiliendiensten. Gemäss Strato, dem neuen Prognose-Tool für den Unterhalt, müsste die Stadt Kriens pro Jahr mindestens 2 Millionen Franken für den Unterhalt aufwenden. 2021 wurde aber nur 1,1 Millionen Franken aufgewendet. Und prompt steht da im zugehörigen Risiko im Budget 2021, dass bei fehlendem Unterhalt mit Schäden an den Immobilien zu rechnen sei. Das heisst also, lieber die Steuern tief halten und dafür die Immobilien der Stadt verlottern lassen. Das FHGG-Prinzip True und fair, wahrheitsgetreu und fair wurde hier klar verfehlt. Michael Portmann graust es, wenn er dann feststelle, dass weitere rund 70 Wirkungsgrössen in den nächsten vier Jahren nie erfüllt werden. Besonders fatal sei, wenn mit den Projekten aus der Finanzstrategie einzelne Bereiche herausgepflückt werden und isoliert vom Rest optimiert werden. Zack und schon haben die Eltern den Aufwand aus den Tagesstrukturen selbst zu tragen. Der Imageschaden sei so

gross, dass sehr viele Bekannte und Verwandte von Michael Portmann wissen wollten, warum die Stadt Kriens Familien so schlecht behandelt. Das zeigt auch, dass im Wirkungsgeflecht Stadt Kriens Einzelaktionen nur zu Katastrophen führen. Zack, und schon sei die jahrelange sorgsame Aufbauarbeit vom Gemeinnützigen Frauenverein für die Tagesstrukturen direkt und schnell zerstört worden. Und wieder muss Michael Portmann klar feststellen: Eine Schuldenbremse hätte das nicht verhindert. Das kann nur der auf Wirksamkeit ausgerichtete Finanz-Regelkreis mit einer seriösen Prüfung der Leistungen so wie es das FHGG auch vorsieht. Warum es nicht noch schlechter aussieht, fragt sich der Einwohnerrat? Der Puffer im System war auch 2021 die Stadtverwaltung. Deshalb sollten sich alle Einwohnerräte bei der Stadtverwaltung bedanken, die für die Laien aus der Politik seit Jahren in der unterfinanzierten Stadt Kriens die Kohlen aus dem Feuer holt und mit einer Dauer Notfall-Übung versucht ein Gleichgewicht zwischen Vorwärts und Bremsen zu erreichen. Die SP-Fraktion hofft sehr, dass alle im Stadtrat und Einwohnerrat sich bewusst sind, was mit dieser Form der Kürzungspolitik auf dem Spiel steht. Die SP Fraktion wird eintreten und auch den Jahresbericht genehmigen. Es gilt nun vorwärtszuschauen und mit Blick aufs Budget 2023 an den richtigen Schraubchen zu drehen.

Erich Tschümperlin unterstreicht die Worte von Martin Zellweger, dass es wichtig sei die Rechnung zu verstehen um für die Zukunft gewappnet zu sein. Deshalb hat sich Erich Tschümperlin überlegt, was man aus der Rechnung 2021 mitnehmen kann. Der Einwohnerrat hat schon verschiedenste Beurteilungen der Rechnung 2021 gehört. Vor allem erstaunt hat Erich Tschümperlin die Aufforderung, die Rechnung abzulehnen, weil zu wenig gespart wurde. Hat der Stadtrat wirklich nicht genug gespart und was hätte es für Auswirkungen gehabt, wenn er noch mehr gespart hätte? Was hat die Stadt Kriens bereits gemacht? Die Schulklassen sind bis an die gesetzlichen Limiten erhöht worden und teilweise auch darüber hinaus. Kriens verteuert Betreuungsgutscheine um 50 % und senkt gleichzeitig auch noch die Limite für die anspruchsberechtigten Familien um 25 % auf Fr. 75'000.00. Die Kürzung der Betreuungsgutscheine kratzt ebenfalls an den gesetzlichen Vorgaben. Der Schwimmunterricht an den Schulen wird von bisher sechs Jahren auf das absolute Minimum von zwei Jahren zusammengestrichen, damit das Hallenbad fremdvermietet werden kann. Gleich ganz gestrichen hat Kriens die Ferienbetreuung von Schulkindern. Was sind die Konsequenzen dieser Sparmassnahmen? Mit der Streichung der Ferienbetreuung und mit der Tarifierhöhung der Betreuungsgutscheine werden mehrere Frauen (und Erich Tschümperlin wage zu behaupten, dass es ausschliesslich Frauen sind) gezwungen zuhause zu bleiben und ihren Beruf aufzugeben. Gerade für Frauen mit kleinen Kindern wäre es wichtig, im Beruf möglichst bald wieder Fuss zu fassen. Dadurch können sie weiterhin in ihrem angestammten Beruf arbeiten und verdienen auch besser. Mit diesen Massnahmen verliert die Stadt Steuereinnahmen, und zwar auf lange Zeit hinaus. Kriens hat nicht nur ein Finanzproblem, sondern nun auch noch ein Imageproblem. Neben den lokalen Medien ist Kriens nun auch schweizweit bekannt. Und dies nicht etwa wegen der 200 Millionen Franken Schulden, die hat Kriens schon lange, sondern wegen den familienfeindlichen Sparmassnahmen. Die haben die Berichterstattung erst ausgelöst. Die Grüne/glp-Fraktion möchte die Krienser Finanzprobleme mit zusätzlicher Wohnbevölkerung lösen. Dafür möchte die Grüne/glp-Fraktion vor allem jüngere Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen. Da der Altersdurchschnitt der Krienser Bevölkerung stetig steigt, sei Kriens dringend auf jüngere Personen angewiesen. Dies zeigt die Analyse der Stadt mittels Wohnkalkulator klar auf. Gleichzeitig vergrault Kriens Familien bei der Kinderbetreuung und reduziert das schulische Angebot auf das Minimum. Zum Glück hat der Stadtrat auf weitere Sparmassnahmen dieser Art verzichtet. Der Schaden wäre wohl noch grösser geworden. Was machen, wenn Sparmassnahmen zum Eigengoal werden? FDP und SVP beschwören die Krienser Finanzstrategie. Gleichzeitig bekämpfen sie die Einnahmenseite konsequent. Sowohl die moderate Steuererhöhung als auch die Nachkommen-Erbschaftssteuer haben sie versenkt. Ähnlich wird es wohl auch den anderen Massnahmen ergehen: der Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Baugebiets und der Billettsteuer. De facto sei dies der Ausstieg aus der Finanzstrategie, sind diese Einnahmen doch gleichberechtigte Massnahmen wie die Sparmassnahmen. Und der Bevölkerung signalisiert dies, dass es gar keine Sparmassnahmen braucht. Bei Abstimmungen wird dann auch so argumentiert: zuerst soll einmal gespart werden. Einnahmen an der Urne zu bekämpfen sei einfach, aber es bringt Kriens nicht weiter. Der Stadtrat schreibt in diesem B+A (S. 4 und S. 6): «Kriens hat als Agglomerationsgemeinde mehr Aufgaben zu erledigen und zu finanzieren, als aufgrund der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur Steuereinnahmen vorhanden sind.»

Kriens hat also ein strukturelles Defizit und um dieses zu lösen braucht es zusätzliche Einnahmen. Einerseits auf kommunaler Ebene, wie gerade beschrieben, aber auch aus dem kantonalen Finanzausgleich. Genau dafür sei er da um strukturelle Nachteile auszugleichen. Da erstaunt es die Grüe/glp-Fraktion schon sehr, dass derselbe Stadtrat dann in der Medienmitteilung zur Rechnung schreibt: «Diese Rolle als Nehmergemeinde entspricht aber nicht dem Selbstverständnis der Stadt Kriens, ...». Wie sonst, wenn nicht mit dem Finanzausgleich, will der Stadtrat die Finanzen denn ins Lot bringen? Der Finanzvorsteher hat dem Einwohnerrat schon öfters aufgezeigt, wie schwierig es geworden sei noch mehr zu sparen und dass der Kanton ständig neue Aufgaben aufbürdet. Die geradezu verzweifelten Sparmassnahmen haben gar ein schweizweites Echo ausgelöst. Und man hat auch schon vom Stadtrat gehört, dass das Krienser Finanzproblem ein strukturelles sei. Die Grüne/glp-Fraktion glaubt ihm das und es überrascht sie, dass ausgerechnet seine Parteikollegen ihm dies nicht glauben wollen und eine ausgeglichene Rechnung verlangen. Als langjähriges Mitglied im Einwohnerrat und der KFG, und nach einem Jahr als Finanzvorsteher kennt er als ausgebildeter Ökonom die Krienser Zahlen wie kein anderer. Alle sinnvollen Möglichkeiten zum Sparen sind ausgeschöpft. Was nimmt Erich Tschümperlin mit, nachdem er die Rechnung studiert hat? Kriens möchte eine attraktive Stadt sein, so steht es bei den Massnahmen zur Umsetzung des Legislaturprogramms. Bei der Volksschule steht z.B. (S. 11): «Wir schaffen Raum in den Schulhäusern für Unterrichtsformen, die selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Lernen ermöglichen und ergänzen die Tagesstrukturen mit den entsprechenden Betreuungselementen weiter.». Kriens wird vor allem für Familien immer unattraktiver, im Speziellen für solche, die es sich leisten und den Wohnort auswählen können (z. B. Doppelverdiener). Die Schule sei einer der wichtigsten Standortfaktoren für Familien, dazu gehören auch Betreuungsangebote. Mit dem eingeschlagenen Weg besteht die Gefahr einer Abwärtsspirale. Da das Geld fehlt, wird das Angebot abgebaut und dies schreckt gutverdienende ab. Der bisherige Weg des Sparens ist am Ende, Kriens braucht mehr Einnahmen.

Beat Tanner möchte klarstellen, dass heute über die Rechnung 2021 gesprochen wird. Die Betreuungsgutscheine und das Schulschwimmen haben nichts damit zu tun. Als Grundlage vom Budget 2023 erinnert Beat Tanner nochmal, dass Mitte-Links mit vollem Bewusstsein von diesen Massnahmen dies so Beschlossen hat. Die FDP-Fraktion hat das Budget abgelehnt, da sie die Prioritätensetzung so nicht gesehen haben. Kriens hat ein Problem mit den Kompetenzüberschreitungen. Es gibt nichtbewilligte Kreditüberschreitungen im Baudepartement. Erich Tschümperlin war der erste Präsident in der PUK und hat sich extrem über das nichteinhalten der Kompetenzen beschwert und heute hört man nicht mehr viel davon. Evtl. sieht man es nun anders oder möchte nicht darüber sprechen. Das sei das aktuelle Problem von Kriens und deshalb wird sich die FDP-Fraktion voraussichtlich enthalten. Das sei der Punkt und sie haben nicht gesagt, dass noch mehr eingesparte werden muss

Roger Erni zeigt sich komplett einverstanden mit dem Statement vom KFG Präsident. In der KFG hat er ein anderes Zitat genannt und zwar «Nur wer die Vergangenheit kennt, weiss besser Bescheid um die Zukunft». Die Zukunft heisst für den Stadtrat und er hofft auch für den Einwohnerrat, ein mehrheitsfähiges Budget 2023 zu suchen und hoffentlich finden. Das Finanzstrategiepapier hat nach wie vor noch die Gültigkeit und der Stadtrat versucht dies umzusetzen, auch im Wissen, dass nicht alles davon umgesetzt werden kann. Stadtfinanzen im Gleichgewicht. Der Stadtrat kommt im Juni mit den Billetsteuern und Roger Erni ist gespannt wie dies vom Einwohnerrat gesehen wird, ob es ein Referendum gibt und was das Volk dazu sagt. Der Stadtrat wird im Verlauf vom 2022 mit dem Parkieren ausserhalb vom Siedlungsgebiet kommen, dies steht ebenfalls im Papier. Im November und im Dezember wird der Stadtrat mit dem Budget 2023 und einem möglichen Finanzhaushaltsreglement in 2. Lesung kommen. So sieht der Stadtrat auch als Antwort auf die Partei von Roger Erni, der FDP-Fraktion, nachhaltige Finanzpolitik Stand 2022 in Kriens. Roger Erni zeigt mittels der Seite 94 die Lage von der Finanzen der Stadt Kriens auf. Die Lage sei ernst. Punktuell erfreulich, dies hat nicht nur der KFG-Präsident sondern zum Beispiel auch die FDP-Fraktion erwähnt, den Finanzierungsüberschuss von 60.4 Millionen Franken. Selbstverständlich sei auch die Titelschlagzeile der Medienmitteilung erfreulich. Der leicht bessere Abschluss gegenüber vom Budget. Die letzten zehn Jahre wurden nur rote Zahlen geschrieben. Roger Erni war in dieser Zeit ebenfalls im Einwohnerrat und er gibt

nun natürlich auch jetzt als Stadtrat nicht die Schuld dem alten Stadtrat, sondern es sind immer alle zusammen, welche für dieses Resultat verantwortlich sind. Am Schluss ist auch das Volk in der Verantwortung. Nun kommt die politische Interpretation. Auf der einen Seite hat Roger Erni gehört Kriens sei unterfinanziert und auf der anderen Seite hört er, Kriens hat zu viele Aufgaben. Der Stadtrat muss nun darauf eine Antwort geben können. Ein Ökonom, welcher dies Anschaut sagt klar, dass dies ein strukturelles Defizit sei. Nun muss der Stadtrat eine Mehrheitsfähige Lösung finden. Die Frage sei nun was der Stadtrat mit der ersten Grafik macht. Roger Erni interpretiert gleich die nächste Grafik auf politischer Ebene. Eine externe Person würde sagen: «Sensationell, ein Selbstfinanzierungsgrad von 700 %, über 280 % oder 270 %.» Doch dann kommt sofort die Interpretation – der Mahnfinger – da gibt Roger Erni dem Einwohnerrat auch ein wenig recht. Im Jahr 2020 hat der alte Stadtrat eine starke Investitionsbremse gemacht. Im Jahr 2021 hatte die Stadt Kriens sechs Monate lang ein budgetloser Zustand. Das sei mitverantwortlich, dass Kriens einen Finanzierungsüberschuss von 6.4 Millionen Franken hat. Nun sagt Michael Portmann statt 2 Millionen Franken im Unterhalt, hat die Stadt Kriens nur 1,1 Millionen Franken verwendet. Roger Erni muss als Immobilienchef sagen, dass es wichtig sei, dass die Cashflows, welche der Stadtrat anzeigt auch die Selbstfinanzierung hat, damit Kriens, wie in den Stadtfinanzen angezeigt die nötigen Investitionen wie zum Beispiel Schwynferch machen kann. Dieses Jahr sieht es gut aus. Die KFG und alle anderen wissen, es können 8 Millionen Franken investiert werden. Maurus Frey hat 4 bis 4,5 Millionen Franken und das muss auch zuerst auf den Boden gebracht werden. Seit dem ersten 1. Januar 2022 hat die Stadt Kriens ein gültiges Budget. Kriens versucht es. Nach aussen muss der Stadtrat grosse Herausforderungen, gegenüber der Bevölkerung und dem Einwohnerrat in den Investitionen anzeigen. Im Jahr 2017 wusste der Stadtrat noch nicht, dass im Jahr 2019 HRM2 kommt und was passieren wird mit dem Eigenkapital. Kriens hat wieder Eigenkapital, jedoch wissen die Einwohnerräte, welche schon lange dabei sind, dass dies ein Eigenkapital auf Aufwertung sei. Im Jahr 2019 hat die Stadt Kriens mehrere dutzend Millionen aufgewertet aufgrund von HRM2. Das Volk sagt, Kriens hat noch Eigenkapital und zuerst soll dieses aufgebraucht werden. Der geneigte Politiker sagt jedoch, es muss aufgepasst werden und so kann es nicht weitergehen. Der Stadtrat muss dort zusammen mit dem Einwohnerrat eine Antwort finden. Der Bruttoertrag Aufwand hat Roger Erni bereits gesagt und der Stadtrat versucht da eine Lösung zu finden. Im Jahr 2021 hat der Stadtrat diese mit der Million Minus gefunden. Es wurde von den Medienberichten geredet. Es sei ein Spiel zwischen Ausgaben zurückzufahren und Einnahmen hochzufahren. In der Mitte sucht der Stadtrat Mehrheiten, jedoch nicht 50.2 % dies sind nicht gute Mehrheiten, sondern eher 55 – 60 %. Der Stadtrat sei nach vorne gerichtet und gespannt, wo es nacher im Verlauf von den nächsten Monaten hinführen wird. Roger Erni möchte nun das Thema Drittschulden mit dem Einwohnerrat besprechen. Die 200 Millionen Franken wurden vom Stadtrat angezeigt, wenn man nun die Finanzierungsüberschüsse in den nächsten Jahren zusammen mit den Investitionen und den richtigen Einnahmen und Ausgaben, welche Kriens benötigt, anzeigen könnte, würde die Schuld zurückgehen. Dies sei auch auf der rechten Grafik ersichtlich. Als das HRM2 im Jahr 2017 noch nicht bekannt war, wurde mit über Fr. 5'000.00 Schulden pro Einwohner gerechnet. Die Abnahme der Nettoschuld pro Kopf sei erfreulich. Der Stadtrat möchte auf diesem Weg bleiben und Roger Erni sagt, dass Kriens in diesem Jahr ein gutes Finanzierungsergebnis hat. Auf der Bilanz sei ersichtlich, dass Kriens über 30 Millionen Franken liquide Mittel hat. Die Stadt Kriens zeigt an, dass sie die rote und die schwarze Grafik in den nächsten drei Jahren auf unter 200 Millionen Franken zurückfahren will. Es sind zwar immer noch 200 Millionen Franken jedoch muss man auch immer den Gegenwert sehen. Wenn der Blick also schreibt «Kriens hat 200 Millionen Franken Schulden» steht da nichts im Gegenwert. Kriens hat seine Infrastruktur auf einem guten Stand und hat sich sehr gut entwickelt. Der Stadtrat muss nun schauen, ob sich dies in den Steuererträgen niederschlagen wird. Roger Erni kommt nun zu der Bevölkerung und öffnet dafür den Voranschlag 2017. Im Jahr 2017 hat die Stadt Kriens angezeigt, dass Kriens im Jahr 2021 über 30'000 Einwohner hat. Letztes Jahr hat die Stadt Kriens die Steuerzahl um 5,6 Millionen Franken zurückgefahren und doch sei Kriens immer noch 2,5 Millionen Franken zu hoch bei der wichtigen Zahl «Steuererträge natürliche Personen vom laufenden Jahr». Es sei einfach ein Fakt, dass Kriens die relative Steuerzahl im 2021 pro Kopf verloren hat. Wenn diese Entwicklung weitergeht, und der Finanzausgleich schaut immer drei Jahre zurück, wird Kriens nicht 0, wie bis im Jahr 2021, auch nicht Fr. 400'000.00 wie im Jahr 2022 sondern mehrere Millionen aus diesem Gefäss erhalten und der Stadtrat muss schauen, was man mit diesem Geld machen will. 30'000 Einwohner gegenüber von 28'500 Einwohner bedeutet bei einer Richtlinie von Fr. 2'500.00 Steuern im Durchschnitt ergeben 5 Millionen Franken, welche fehlen. Dies sei nicht strukturell,

sondern es hat einfach damit zu tun, dass mehr Einwohner prognostiziert wurden und auch die ganze Infrastruktur darauf ausgerichtet sei. Diese Wachstumsfehler im Mattenhof oder Schweighof haben damit zu tun, dass auch viele Krienser dort ausgezogen sind. Zum einen sind das nicht gerade sehr steuerkräftige und zum anderen auch nicht neue Einwohner. Deshalb wird pro Einwohner mehr Wohnraum benötigt. Abschliessend zu den Investitionen. Nach den unglaublichen Jahren der Entwicklung, die 50 Millionen Franken im 2018 sind der absolute Wahnsinn, Roger Erni hat dies beim Zentrumsbericht mit der NEAT verglichen. Wenn man diese 60 Millionen Franken hochrechnet auf die Einwohner, entspricht dies ca. 12 Milliarden Franken für die ganze Schweiz. Die Stadt Kriens hatte es schwierig mit dem Personal und zum Schluss hatte die Stadt noch die PUK am Hals. Letzte Woche wurde in der Immobiliendiensten die PUK präsentiert und dies wird weiterentwickelt. Viele Fragen, welche bei den Eintretensvoten gestellt wurden, sind an der KFG-Sitzung während zwei Stunden rege diskutiert und beantwortet worden. Ein Punkt zum Finanzausgleich. Der Input von Erich Tschümperlin, Kriens nimmt das Geld nicht und ist zu Stolz. Dies interpretiert Roger Erni nicht so, es sei einfach im Strategiepapier nicht vorgesehen. Kriens hat im 2011 «Ja» zu einer eigenständigen Stadt Kriens gesagt. Kriens hat ebenfalls gesagt, die Steuereinnahmen, welche Kriens für die Erfüllung der Aufgaben benötigt, eigenständig zu erfüllen. Roger Erni nimmt den Finanzausgleich gerne und der Einwohnerrat ebenfalls. Dies wird dazu führen, dass einige Aufgaben besser erfüllt werden können, die Steuern weniger erhöht werden müssen und vlt., dass man in dem Verhältnis zwischen Bevölkerung und Verwaltungsmitarbeiter etwas nachgeschoben werden kann. Momentan muss Kriens versuchen die schlanke Verwaltung mittels Digitalisierung effizienter zu machen. Wenn man Kriens mit Emmen vergleichen möchte im Finanzausgleich, wie dies im Briefwechsel in der Luzerner Zeitung geschehen ist, muss einfach klar gesagt werden, dass Kriens in den letzten fünf Jahren null Franken vom Finanzausgleich erhalten hat. Emmen hat in dieser Zeit über 50 Millionen Franken erhalten. Roger Erni möchte nicht sagen, dass diese 50 Millionen Franken in Kriens fehlen. In Emmen hat der Kanton Luzern gemerkt, dass dort die Steuerstruktur oder die Industrie verloren gegangen sei und somit 50 Millionen Franken Finanzausgleich bezahlt wurden. Roger Erni hofft nicht, dass Kriens dahin geht, weil sonst der Kanton ein Problem hat. Roger Erni hofft, dass Emmen hochkommt und Kriens nicht zu weit runter zieht, und der Stadtrat versucht die Finanzausgleichsgelder gut einzusetzen. Roger Erni wird auf Seite 85 noch auf eine mit der KFG getroffene Abmachung hinweisen. Dies hat mit den bewilligten Kreditüberschreitungen zu tun. Roger Erni wird da versuchen dem Einwohnerrat etwas aufzuzeigen und hofft, dass der Einwohnerrat die Rechnung genehmigt und dass sich der Einwohnerrat und der Stadtrat gemeinsam Richtung Budget 2023 begeben kann. Dies wird ein steiniger Weg. Die Grünen haben erwähnt «der Realität ins Auge schauen», die SVP sagt «Träume der Realität anpassen» und nicht nur Roger Erni weiss, dass das Wort Realität politisch gefärbt sei. Roger Erni hofft auf Mehrheiten im Einwohnerrat sowie beim Volk, bedankt sich und wünscht eine gute Diskussion in der Detaildebatte.

Detailberatung

Seite 8 – «Die Rechnungslegung HRM2 ist erfolgreich eingeführt und hat eine hohe Akzeptanz.»

Michael Portmann merkt an, dass auf Seite 8 unter Punkt 6 notiert sei, dass die Rechnungslegung HRM2 erfolgreich eingeführt wurde. Was Finanzziele sind sie allen bekannt. Mit HRM2 und FHGG stellt sich aber die Frage, was Wirkungsgrößen oder die sogenannten Messgrößen sind. Michael Portmann zitiert dazu aus dem Handbuch zum FHGG, Kapitel 2.2.5.9 mit dem Titel Messgrößen: «Zur Beurteilung einer Leistung braucht es Messgrößen. Traditionell dienen dazu die Finanzen. Messgrößen im Finanzbereich sind aber nicht dazu bestimmt, Leistungen umfassend beurteilen zu können, und schon gar nicht vermögen sie die Qualität einer Leistung zu beurteilen. Als Hilfsmittel zur Überprüfung von Leistungsaufträgen dienen Indikatoren, die «Anzeigen», wie eine Leistung erfüllt wird. Bei der Haushaltsführung mit Globalbudgets dient die Festlegung von Indikatoren dazu, nach Erfüllung einer Leistung eine sinnvolle Aussage zur Zielerreichung machen zu können. Indikatoren dienen als Orientierung, um Fehlerquellen in der Planung oder Leistungserstellung aufzuspüren. Sie dienen der Verbesserung der Effektivität der einsetzbaren Ressourcen.» Ein Indikator erhält seinen Sinn erst, wenn er im entsprechenden Kontext eines Leistungsauftrags und in Relation zu einer Zielsetzung steht. Michael Portmann wagt zu behaupten, dass für viele der im Finanzkreislauf vorhandenen Mess- oder

Wirkungsgrössen der Stadt Kriens ein Kontext zu einer konkreten Leistung fehlt. Damit bleibt es unmöglich die Qualität einer Leistung zu beurteilen und damit kann immer mal wiedergesagt werden, dass da noch viel Luft drin sei und dass noch nicht alle streichbaren Ausgaben gefunden worden seien. Da gäbe es sicher noch welche. Hätte, könnte und wäre. Alles keine Fakten, sondern bloss Vermutungen. Ein Qualitätsmanagement mit Wirkungsgrössen als Grundlage wäre noch systematischer aufzubauen. Michael Portmann zitiert weiter: «Für jede Messgrösse sei ein Zielwert anzugeben. Die mit den Messgrössen verbundenen Ziele sollten möglichst genau definieren werden, so dass sich die Erfassung der Zielerreichung einfach gestaltet. D.h. es sei anzugeben, welcher Zustand erreicht werden soll (z. B. Prozentzahl, Anzahl Einheiten, usw.). Wenn dies nicht möglich sei, sind Tendenzen anzugeben (hoch, sehr hoch, sehr tief, usw.).» Michael Portmann sei sich bewusst, dass dies eine echte Herausforderung für eine an sich nur aufs Tagesgeschäft ausgerichtete Stadtverwaltung sei. Wie könnte man nun weitergehen? Michael Portmann sei überzeugt, dass wenn bei den Ausgaben mehr Wirkung reingebracht wird und man schaut weshalb man was macht und wie man es macht, kann man darüber nachdenken, welche Wirkung so eine Ausgabe hat. So kann man am Schluss schauen, ob die Finanzziele tatsächlich erfüllt sind. Das sei die Aufgabe vom Einwohnerrat, dies sicherzustellen.

Antrag SP: Seite 13 – zur Massnahme 10.03 Personalstrategie und Lohnanalyse
Reto Felber möchte im Namen der SP folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Der Stadtrat soll in dieser Personalstrategie (Projekt FS18, Finanzstrategie) formulieren, wie verhindert werden soll, dass sich die Wirkungsgrössen «Nettofluktuationen der einzelnen Abteilungen», die «KTG-Ausfalltage» sowie die «Erfolgsquote Lernende» noch schlechter entwickeln. Gleichzeitig soll in der Personalstrategie auch überprüft werden, ob und wie die schlechten Werte bei diesen Wirkungsgrössen mit den oft überschrittenen Mengengerüsten in den einzelnen Aufgabenbereichen zusammenhängen.»

Reto Felber sagt, dass gemäss FHGG (Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden) mit den Wirkungsgrössen überprüft werden soll, ob die Chancen und Risiken aus dem Budget eingetroffen sind. Das mache Reto Felber hiermit: Im Budget 2021 sind folgende Risiken aufgeführt. Risiko 1, Seite 32: «Tiefer Personalstand: Folge sei eine höhere Arbeitsbelastung, vermehrte Krankheitsausfälle, hohe Fluktuationen, vermehrt Tendenzen zu Dienst nach Vorschrift und eine höhere Fehlerquote.» Im vorliegenden Jahresbericht wird sichtbar, dass Fluktuationen und alle Ausfalltage deutlich gestiegen sind. Beides bewirkt direkt höhere Kosten. Mit geeigneten Massnahmen wären sie vermeidbar. Risiko 2 und 3, Seite 32: «Sparen bei Weiterbildungsmassnahmen und Lohnrunden hat Einbussen bei der Arbeitsmarktattraktivität zur Folge». Bei unattraktiven Arbeitsorten mit zu tiefen Löhnen und ohne Weiterbildungsmöglichkeiten wird es schwierig langjährige und erfahrene Mitarbeitende halten zu können und die entstandenen Vakanzen mit den geeignetsten Kandidatinnen und Kandidaten zu besetzen. Ob die fünf Vakanzen im Stellenplan 2021 auf die fehlende Attraktivität oder nur durch den Stellenstopp zurückzuführen sind, bleibt ungeklärt. Ergebnis der Prüfung von der SP-Fraktion sei, dass der Stadtrat unbedingt etwas unternehmen muss. Er muss vom Einwohnerrat die Erlaubnis erhalten, dass er handeln darf. Mit diesem Antrag soll die Arbeitsmarktattraktivität der Krienser Verwaltung kurzfristig gesichert bzw. langfristig wieder verbessert werden. Die SP-Fraktion dankt allen Anwesenden für die Überweisung des vorliegenden Antrags.

Christine Kaufmann-Wolf opponiert diesem Antrag im Namen vom Stadtrat und würde gerne erklären weshalb der Stadtrat opponiert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen dem Stadtrat am Herzen und der Stadtrat sei bemüht, da sie wissen, dass eine Verwaltung ohne die geschulten und guten Mitarbeitenden nicht funktionieren kann. Zu der Fluktuation: Einerseits haben an vielen Orten Mitarbeitende aufgrund von der Unsicherheit nicht gekündigt. Es waren wenige Stelleninserate oder offene Stellen vorhanden. Einige wollten abwarten wie die neue Führung, der sogenannte frische Wind sei. Einige Mitarbeitende haben gekündigt, weil sie sich beruflich weiterentwickeln möchten und vielleicht innerhalb von der Verwaltung in Kriens nicht mehr weitergekommen sind oder weil sie einfach frische Luft

im beruflichen Alltag schnuppern wollten. Die Prozentsätze, welche relativ hoch sei, hat auch damit zu tun, dass nicht pro Kopf gezählt wurde, sondern pro Stellenprozent. Wenn also jemand mit einem hohen Stellenprozent kündigte hatte dies eine grössere Auswirkung auf den Prozentsatz. Es gab mehr Unfälle, meistens privat also NBU und auch vermehrt Krankentaggelder-Fälle. Oft waren dies auch grössere Fälle. Mitarbeitende mit einer schlechten Diagnose, welche über mehrere Wochen krank waren. Natürlich gab es auch Personen mit Corona, welche nicht arbeiten kommen konnten. Geplante Weiterbildungen konnten aufgrund vom Budgetlosen Zustand nicht ausgelöst werden, da man diesbezüglich bis im Sommer ausgebremst wurde und die Anmeldungen für die Weiterbildungen liefen, deshalb konnte man dies nicht machen. Bei der Zahl der Lernenden geht es um ein Lernender, welcher den Abschluss nicht erfolgreich hinter sich bringen konnte und dies hat bei der kleinen Zahl natürlich eine grosse Auswirkung. Mit diesem Antrag zu der Umsetzung der Personalstrategie, welche auch im Stadtfinanzen im Gleichgewicht vorhanden sei als Projekt Nummer 18. Kriens hat momentan im Personalbüro absolut keine Ressourcen, damit diese Strategie umgesetzt werden kann. Das Krienser Personalbüro sei sehr eng bestückt. Es sind alles ruhige Krämpfer und arbeiten sehr viel mit kleinen Teilpensen. Bis im Sommer 2023 sei die Personalabteilung mit der Digitalisierung vom HR-Tool beschäftigt. Wenn das Personalbüro zusätzlich Ressourcen bekäme für externe Hilfe, wäre es allenfalls möglich, dass dem Einwohnerrat im Herbst 2023 eine Personalstrategie vorgelegt werden kann. Eine Personalstrategie sei ein grosser Prozess mit ganz viel Arbeit im Hintergrund wie zum Beispiel Personalverordnungen, Personalwerbung, Personalabgänge, generell die ganze Strukturierung und die ganze Organisation. Dies kann nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt werden. Weil der Stadtrat genau weiss, dass er das Projekt noch auf der Liste hat und weil das Personal dem Stadtrat am Herzen liegt, sei dieser Antrag obsolet, da sich der Stadtrat so oder so daranmachen wird. Es ist einfach heute oder morgen gerade nicht möglich, deshalb würde es der Stadtrat begrüssen, wenn der Antrag abgelehnt wird.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP: Seite 13 – Massnahme 10.03

Mit 16:13 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Räto	Nein
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja

Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Seite 20 – Messgrössen/Indikatoren

Beim Studieren der vielen Details sei Michael Portmann erst vor kurzem auf die Wirkungsgrösse Buchungsnummer pro 100 %-Stelle Rechnungswesen gestossen. Im Jahresbericht 2019 waren es 23'463 Buchungsnummern. Budgetiert wurden dann 2020 nur 17'857 was mit einer Stellenaufstockung von 0,4 Stellen begründet wurde. Im Jahresbericht 2020 mit 20'633 Buchungsnummern wurden die budgetierten Werte wieder überschritten. 2021 wiederholt sich das Ganze. Budgetiert sind 21'429 und effektiv ausgeführt wurden 24'454 Buchungsnummer pro 100 % Stelle. Das sei eine richtige Steigerung in diesem Mengengerüst und deshalb hat Michael Portmann drei Fragen. Warum steigt die Zahl der Buchungsnummer derart stark an? Wie gross sei das Risiko, wie vorhin erwähnt, von einer höheren Fehlerquote, wenn diese Buchungsnummern verarbeitet werden müssen? Bei dieser Wirkungsgrösse handelt es um ein Mengengerüst im Aufgabenbereich Finanzdienste, eine direkt vom Stadtrat beeinflussbare Grösse. Warum wird sie dann als scheinbar unbeeinflussbare Grösse bei den statistischen Grössen aufgeführt? Michael Portmann wäre froh um Antworten, vielleicht nicht gerade hier mündlich, sehr gerne schriftlich.

Seite 42 – Interkommunale Zusammenarbeit

Auf der Seite 42 des Jahresberichts unter Punkt 45.09 sei gemäss Beda Lengwiler die Interkommunale Zusammenarbeit genannt. Die Interkommunale Zusammenarbeit sei eine von den Stossrichtungen in der vierten Säule «Strukturen anpassen» des Berichtes Stadtfinanzen im Gleichgewicht. In den andern drei Säulen «Globalbudget senken», «Steuereinnahmen sichern» und «Investitionen optimieren» merkt man, dass etwas geht. In der vierten Säule jedoch nicht. Aus Sicht der Die Jungen Mitte könnte man aber in einer Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden für die Stadtfinanzen Entlastung bewirken. Aus diesem Grund hat Die Junge Mitte eine Motion eingereicht und fordert, dass die Stadt in einem Planungsbericht in einer systematischen Auslegeordnung konkreter Massnahmen aufzeigt, wie für die Stadt Kriens dank Kooperationen mit Nachbargemeinden finanzielle Entlastungen möglich sind. Kriens muss aufhören, auf kommunaler Ebene die Autonomie so hoch anzusetzen und der Einwohnerrat sollte mehr überregional denken. Es muss etwas gehen im Bereich Zusammenarbeit. Vielleicht gibt es eine Win-Win Situationen, in denen alle profitieren, also neben der Stadt Kriens, zum Beispiel auch Horw, die Stadt Luzern oder andere Agglogemeinden.

Seite 70 - Entgelte

Es würde Michael Portmann grundsätzlich interessieren, wie diese Entgelte oder Gebühren im Bereich Volksschule auf Seite 70 zustande kommen. Er vermutet, dass der Betrag von 1,289 Millionen Franken den Elternbeiträgen für die Tagesstrukturen entspricht. Das lässt sich wie folgt überprüfen. Die Kantonsbeiträge an Horte und Mittagstische auf Seite 71 betragen 0,94 Millionen Franken. Die Summe von Entgelten und die Kantonsbeiträge sollten dem Ertrag im Kostenträger Schul- und familienergänzende Tagesbetreuungsstrukturen auf Seite 71 ganz oben entsprechen. 1,289 Plus 0,94 ergeben 2,229 Millionen Franken. Und dann habe Michael Portmann gestaunt. Der Ertrag aus den Tagesstrukturen sei mit 2,015 Millionen Franken deutlich kleiner als die Summe von 2,220 Millionen Franken. Da muss es also neben den Gebühren für die Tagesstrukturen noch mindestens eine zweite Form der Entgelte geben. Ganze Fr. 214'000.00 werden irgendwo als Schulgeld erhoben. Michael Portmann fragt den Stadtrat, wo und warum diese Gebühren in der unentgeltlichen Volksschule erhoben werden. Bei den Tagesstrukturen lässt sich mit dem Ertrag von 2,015 Millionen Franken wieder der Elternbeitrag und damit auch der Prozentanteil berechnen.

Schliesslich werden in Erträgen nie Verrechnungen oder Umlagen hineingerechnet. Der Gesamtertrag von 2,015 Minus die Kantonsbeiträge von 0,94 Millionen Franken ergibt einen Elternbeitrag von 1,075 Millionen Franken. Mit dem Kostenteiler 50:50 ergeben sich Betriebskosten vor Umlagen und internen Verrechnungen von 2,995 Millionen Franken. Somit haben die Eltern 2021 36,4 % der Betriebskosten der Stadt Kriens getragen, also 6,4 % mehr als es die Richtlinien des Kantons Luzern erlauben. Oder als Betrag ausgedrückt: Die Stadt Kriens habe vermutlich Kosten über Fr. 150'000.00 unrechtmässig auf die Eltern überwältzt. Michael Portmann hofft, dass seine Abschätzungen nicht richtig sind und die Schulaufsicht des Kantons Luzern nicht einschreiten muss. Langfristig wird wohl aber nichts darum herumführen, dass der Elternanteil als direkt beeinflussbare Wirkungsgrösse im Budget und Jahresbereich zusätzlich zum Kostendeckungsgrad erscheint. Die dazu passende Zielgrösse zeigt dann an, dass die Elternbeiträge maximal 30 % betragen dürfen, so wie es rechtlich korrekt sei. Damit wäre direkt überprüfbar, ob sich die Stadt Kriens an die Richtlinien des Kantons Luzern bezüglich bezahlbarer Kinderbetreuung hält. Das wäre ein toller Service, der Michael Portmann sehr viel Recherchearbeit erspart hätte.

Martin Zellweger sei überzeugt, dass sehr viel Überlegung dahintersteckt und wäre sehr froh, wenn dies in der Kommission besprochen werden kann und dann mit den wesentlichen Aussagen in den Einwohnerrat kommen. Er hat es nicht verstanden.

Seite 85 – Bewilligte Kreditüberschreitungen

Roger Erni merkt an, dass in der KFG darüber diskutiert wurde und es auch schon vorher erwähnt wurde, dass das dritte Jahr mit der Rechnung HRM2 vorliegt. Wenn in der Spalte Abweichung ein Minus sei, deutet dies daraufhin, dass die Rechnung grösser als das Globalbudget sei. Roger Erni bezieht sich für eine einfache Erklärung auf den Punkt 55 Freizeitdienste. 3,69 Millionen Franken hat das Globalbudget erhalten und mit 3,7 Millionen Franken abgeschlossen. Also mit Minus Fr. 21'000.00. Darin sei ersichtlich, dass die Stadt Kriens mehrere Zehntausend Franken weniger Einnahmen beim Parkbad hatte. Der Stadtrat kann dies ohne bewilligte Kreditüberschreitung anzeigen. Auch wenn man noch etwas versucht hätte zum Beispiel mit Marketing, dann wären die Ausgaben noch höher gewesen. Nach rechtlicher Abklärung werden im Juni die fünf grössten bewilligten Kreditüberschreitungen der KFG aufgezeigt. Damit die Kommission sieht, wie der Stadtrat in solchen Fällen entscheidet. Der Stadtrat wird auch im Controlling genau hinschauen und David Schilling hat die Aufgabe das IKS mit dem Stadtrat weiterzuentwickeln. Der Stadtrat möchte im IKS Prozesse einführen, damit sie dies im nächsten Jahr besser im Griff haben. Es gab auch im letzten Jahr solche Positionen, jedoch geht es Roger Erni nicht darum zu sagen, dass dies niemand bemerkt hat, sondern einfach um die Weiterentwicklung aufzuzeigen. Der Stadtrat möchte aus der aktuellen Rechnung lernen. Der Einwohnerrat soll die Rechnung genau prüfen und dann versuchen der Stadtrat zusammen mit der KFG die Prozesse zu verbessern und dies dem Einwohnerrat im nächsten Jahr anzuzeigen.

Erich Tschümperlin dankt Roger Erni für die Ausführungen und denkt es sei eine Antwort auf das Votum von Beat Tanner, welcher sagte, dass es unbewilligte Kreditüberschreitungen gebe. Es wurde ein Beispiel angeschaut, dass zum Beispiel, wenn ein grosses Baugesuch in das nächste Jahr hineinfällt und somit das Geld für die Baugesuche erst dann eingenommen werden, sei dies etwas anderes als unbewilligte Kreditüberschreitungen. Für Erich Tschümperlin sind dies einfach fehlende Entgelte und er findet es sehr gut, wenn diese ausgewiesen werden, dann kann man dies klar unterscheiden. Es sei nicht immer sehr einfach fehlende Entgelte zu kompensieren. Es macht keinen Sinn jemanden, welcher zum Beispiel Baugesuche bewilligt, einfach zu entlassen. Fehlende Einnahmen und zu hohe Ausgaben müssen klar differenziert werden.

Laut Beat Tanner wurde nur eine Seite der Medaille gezeigt. Er selbst arbeitet bei einer grösseren Stadt und wenn man weniger Einnahmen hat, gebe es ein Controlling. Dann wird nach wirksamen Massnahmen gesucht um die ausfallenden Einnahmen zu reduzieren oder allenfalls aufzuheben. Bei den Einnahmen sei dies eine Herausforderung und man könne nicht alles kompensieren. Beat Tanner denkt jedoch, dass in

diesem Fall einfach nicht viel gemacht wurde. Auf der anderen Seite wurde von Kreditüberschreitungen nichts gesagt, wie zum Beispiel bei der Bepflanzung von Kastanienbäumen im Sonnenberg. Im Controlling muss genau hingeschaut werden. Es gibt ein Globalbudget und die Budgetkompetenz sei ausschliesslich beim Einwohnerrat. Bewilligte Kreditüberschreitungen gehen nur wenn ein Gericht sagt, dass man es bezahlen muss oder wenn für die Stadt Kriens eine extrem negative Folge daraus entstehen würde und dies nicht voraussehbar war. Das Finanzdepartement vom Kanton Luzern sagt, dass es dies nur in äusserst seltenen Fällen gebe. Es sind Kompetenzüberschreitungen passiert und diese könne man nun schönreden oder nicht. Die FDP-Fraktion wird genau hinschauen und findet das so nicht in Ordnung.

Cyrill Zosso denkt es sei wichtig, dass weiterhin genau hingeschaut wird. Er schätzt es sehr, dass Roger Erni angekündigt hat, wie man mit dieser Problematik umgehen möchte. Einerseits mit der KFG, dass diese das Controlling überarbeiten und andererseits auch Kreditüberschreitungen mit dem Einwohnerrat zu diskutieren. Cyrill Zosso ruft dazu auf, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht torpediert wird, indem man die Rechnung ablehnt oder sich enthält. Der Hinweis wurde aufgenommen und sei sicher beim Stadtrat angekommen. Er findet es für die offene Zusammenarbeit hilfreicher, wenn das so aufgenommen wird und der Stadtrat und der Einwohnerrat so weiterarbeiten kann.

Seite 98 – Spezialfinanzierungen im EK/Wasserversorgung

Beat Tanner sagt, dass der Einwohnerrat heute vom Baudepartementsleiter gehört hat, dass man in der Wasserversorgung zu wenig Investitionen vornehmen kann. Die FDP-Fraktion hat dies schon immer gesagt. Sie haben das Gefühl, dass man zu wenig unternehmen kann. Beat Tanner sei es wichtig aufzuzeigen, wie viel Geld die Wasserversorgung hat. Auf Seite 98 sei ersichtlich, dass die Wasserversorgung 96,7 Millionen Franken Eigenkapital hat. Dann gibt es noch Anlagen, welche nicht abgeschrieben wurden, dies sind die 19 Millionen Franken in der Bilanz und die Fr. 155'000.00. Das heisst die Wasserversorgung hat Netto 17,5 Millionen Franken Eigenkapital. In der Finanzstrategie wurde festgelegt, dass auch die Spezialfinanzierungen einen Beitrag leisten müssen, dass der Selbstfinanzierungsgrad nicht weiter sinkt. Für die FDP-Fraktion sei es einfach ein Problem, dass die Wasserversorgung davon ausgenommen wird. Sie denken, dass dies nicht gut kommt. Es wird zu wenig investiert und dies führt in Zukunft zu Problemen. Beat Tanner sei es einfach wichtig aufzuzeigen, dass die Wasserversorgung Netto 17,5 Millionen Franken zur Verfügung hätte um die Infrastruktur zu erhalten, dass keine Probleme entstehen würden. Die Mehrheit vom Einwohnerrat sieht dies jedoch anders. Es war der FDP-Fraktion wichtig dies aufzuzeigen, damit es auch so im Protokoll vorhanden sei. Die FDP-Fraktion kann das so nicht mittragen und hat auch deswegen eine zehnjährige Finanzplanung von der Wasserversorgung verlangt. So kann man sehen, was gemacht werden muss und dann möchte die FDP-Fraktion nochmal mit dem Einwohnerrat über dieses Thema sprechen.

Karin Schumacher-Bürgi liest den Beschlusstext vor:

1. Der Jahresbericht 2021 mit:

- dem Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogramms,
- den Berichten zu den Aufgabenbereichen,
- der Jahresrechnung 2021 der Stadt Kriens bestehend aus der Bilanz per 31. Dezember 2021, der Erfolgsrechnung 2021, der Investitionsrechnung 2021 sowie der Geldflussrechnung 2021, inklusiv Anhänge,
- dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans,
- dem mündlichen Bericht der Kommission Finanzen und Gemeindeentwicklung,
- dem Kontrollbericht zur Jahresrechnung 2020 der kantonalen Finanzaufsicht vom 26. August 2021

wird genehmigt.

2. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über Beschlussetext

Mit 23:0 Stimmen und 6 Enthaltungen wird der Beschlussetext angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Räto	Ja
Durrer Ivo	Enthaltung
Erni Matthias	Enthaltung
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Enthaltung
Marco Meier	Enthaltung
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Segger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Enthaltung
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	Ja

8. Motion Niederberger: Erhalt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Nr. 103/22

Raoul Niederberger habe in der schriftlichen Begründung zu seiner Motion bereits vieles ausgeführt. Die Grünen Kriens haben den Budgetkompromiss 2022 mitgetragen. Ein weiteres Mal budgetlose Zustände mit unnötigen Leerläufen und Unsicherheiten wären Gift für die Stadt Kriens gewesen. Die Grünen haben allerdings immer klar festgehalten, dass dies kein Freipass für sozialen oder ökologischen Kahlschlag bedeutet. Mit der Erhöhung der Horttarife um 50 % innerhalb weniger Monate sowie der Streichung der Betreuung von Kindern in den Ferien hat der Stadtrat eine rote Linie überschritten. Bewilligt wird vom Einwohnerrat nur das

Globalbudget, die Budgethoheit liegt aber beim Stadtrat. Die geplante Erhöhung der Horttarife und die Streichung des Ferienhorts stellt Familien vor gravierende Probleme und schadet bei einer langfristigen Betrachtung der Gesundheit der Krienser Stadtfinanzen. Das mediale Echo sei unlängst bekannt. Für Raoul Niederberger sei es fraglich, ob der Einwohnerrat so Kriens für attraktive Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schmackhaft machen. Die Erhöhung der Horttarife reiht sich damit auch an eine Reihe weiterer fragwürdiger und aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion wenig zielführender Sparmassnahmen ein: Kürzung der Leistungen Betreuung zu Hause bei der Spitex. Der geplante Verkauf diverser Grundstücke. Über Jahre zu Hohe Falllast für die Mitarbeitenden Sozialarbeit. Es sei schön zu sehen, dass auch der Stadtrat bemerkt zu haben scheint, dass dieser übermässige Aktionismus nicht zielführend sei und andeutet, dass er im Budget 23 korrigierend eingreifen will. Nachfolgend wird es nun bestimmt auch Stimmen geben, die sagen, dass die Motion damit überflüssig geworden sei, insbesondere, da die Behandlung der Motion mit einem entsprechenden Vorlaufzeit verbunden sei. Dazu möchte Raoul Niederberger hier vorweg entgegnen, dass erstens, die Motion durchaus weiterhin ihre Berechtigung hat, verpflichtet sie den Stadtrat doch, eine bezahlbare Tagesbetreuung wieder sicherzustellen (zumindest vorerst), und zweitens, sei die mögliche Umsetzung in zeitlicher Hinsicht auf einen Entscheid dieses Rates – den es zu akzeptieren gilt – zurückzuführen, aber eine schneller Umsetzung wäre möglich gewesen.

Michèle Akermann dankt dem Stadtrat im Namen der SVP-Fraktion für die Begründung der Ablehnung der Motion. Sie unterstützen die ablehnende Haltung des Stadtrates und können dazu grundsätzlich auf die an der vorletzten Einwohnerratssitzung gemachten Ausführungen verweisen. Die Sparmassnahme war explizit im AFP erwähnt und man hätte in der Budgetdiskussion die Möglichkeit gehabt entsprechende Anträge zu stellen. Grundsätzlich hat auch der Motionär dem Budget zugestimmt, auch wenn der Einwohnerrat heute wieder gehört hat, dass es einen Kompromiss zur Vermeidung eines budgetlosen Zustands gewesen sei. Wie Michèle Akermann ebenfalls bereits erwähnt habe, muss man halt auch ein Budget ablehnen, wenn man es nicht akzeptieren will. Sparen sei nicht einfach und es müssen auch unpopuläre Sparmassnahmen umgesetzt werden. Wie es der Stadtrat völlig richtig sagt, würden die Sparmassnahmen zu Nichte gemacht, wenn diese durch einen Sonderkredit wieder aufgehoben würden. Dies entspricht keineswegs der Haltung der SVP noch des Einwohnerrates, denn auch dieser fordert grossmehrheitlich, dass auch Sparmassnahmen umgesetzt werden und nicht nur Geld ausgegeben wird. Die politischen Prozesse korrekt verlaufen und das Budget 2022 wurde vom Einwohnerrat ordentlich genehmigt. Es wäre daher auch formal gesehen völlig der falsche Weg und ein falsches Zeichen, nun einen Sonderkredit zu sprechen um diese Massnahme wieder aufzuheben. Die Diskussion zu diesen Massnahmen soll, wenn, dann wiederum im Rahmen der nächsten Budgetrunde stattfinden. Auf keinen Fall darf medialer Druck dazu führen, dass formal korrekt getroffene Entscheide die breit abgestützt waren, mittels Sonderkredit wieder aufgehoben werden. Die Abstimmungen in Kriens in der letzten Zeit haben klar aufgezeigt wohin der Weg gehen soll und diesen Weg unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung. Auch wenn dieser Teil der Bevölkerung nicht auf einer Blick Titelseite erscheint hat er es absolut verdient, beachtet zu werden. Die SVP-Fraktion bringt deshalb auch nicht vor, dass die Überweisung der Motion sowieso nichts mehr bringen würde, da es bis zur Umsetzung zu spät wäre, sondern verweisen auf die vorangehende Begründung. In diesem Sinne bittet die SVP-Fraktion den Einwohnerrat, dem Stadtrat folgend, die Motion abzulehnen.

Laut Marco Meier hat die FDP-Liberale Fraktion das Budget 2022 abgelehnt und sei mit der Festlegung der Prioritäten seitens Stadtrat nicht einverstanden. Dies haben sie bereits mehrmals beim Einwohnerrat und Stadtrat platziert. Die FDP-Fraktion sei erstaunt über die Motion, so hiess es doch Zitat vom ER Protokoll vom 4. November wie folgt: «Die Grünen/GLP-Fraktion ist bereit, dieses Budget mitzutragen. Sie wollen den Stadtrat ein Jahr seine Arbeit mit gültigem Budget machen lassen...». Auch die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion und die SP-Fraktion haben das Budget unterstützt. Dies unter vollem Bewusstsein, dass die Elternbeiträge um rund 50 % erhöht werden müssen. Die Tarife wurden in der Budgetdiskussion thematisiert. Detailberatung Zitat Michèle Albrecht: «Dies bedeutet jedoch, dass die Elternbeiträge um rund 50 % erhöht werden müssten. » Damals war die in der Motion erwähnte rote Linie nicht überschritten. Die Motion hat für die FDP-Fraktion Wahlkampfcharakter und deshalb einen faden Beigeschmack. Denn es sei nicht die Zeit für Wahlkampf, sondern die Zeit die Finanzen in den Griff zu bekommen. Die Motion will Fr. 400'000 mehr

Ausgaben von einem Budget, dass bereits tief rot sei. Von wo soll die Stadt Kriens dieses Geld herzaubern? Wenn dann müsste man diese Gelder mit anderen Budgets kompensieren, da käme aber dann der Stadtrat zum Zug. Die vorliegende Motion sei aber auch unfair, sie berücksichtigt nur einen Teil der von den Leistungskürzungen betroffenen. Was macht Kriens denn mit den Leistungskürzungen bei der Spitex, sei das weniger schlimm oder einfach weniger Druck da? Das geht für die FDP-Fraktion nicht. Das sind falsche Signale, die der Einwohnerrat hier aussenden würde. In der Motion sei auch die Rede von limitierten Lohnerhöhungen. Wie fühlt man sich als Angestellte der Stadt Kriens, welche im letzten Jahr eine Nullrunde hinnehmen mussten? Wie bereits erwähnt, der Stadtrat kann im Rahmen seines Budgets die Verteilung priorisieren. Dass die FDP-Fraktion mit der diesjährigen Priorisierung nicht einverstanden sei, haben sie klar mitgeteilt. Sie sind insofern aber überzeugt, dass der Stadtrat diese Prioritätensetzung im Budget 2023 stark überdenken wird. Wenn Kriens nun noch mehr nicht vorhandenes Geld ausgibt, so wird das die Stadt langfristig noch mehr belasten. Das wird zu noch düsteren Zeiten führen und womöglich noch zu viel mehr Leistungskürzungen in der Zukunft. Dahinter kann die FDP-Fraktion nicht stehen. Kurz: Die Motion verschlechtert die Situation von Kriens nachhaltig. Die Motion sei unfair, sie berücksichtigt nicht alle. Der Stadtrat muss und wird gemäss seinem Antrag die Prioritäten beim Budget künftig anders setzen. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Stadtrates.

Michèle Albrecht erlaubt sich einen kurzen Exkurs: Befremdend musste Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion im KriensInfo 4. April 2022 die öffentliche Anfeindung der Grünen/glp-Fraktion adressiert an Die Mitte lesen. Michèle Albrecht möchte hiermit klarstellen, dass die vorab erfolgte Anfrage an ihren Fraktionschef bereits abschlägig beantwortet wurde, in der Kommission entsprechend bestätigt und sie am 17. Februar 2022 nicht einer Diskussion ausgewichen sind, sondern schlicht die Dringlichkeit der Motion aus bereits mitgeteilten Gründen nicht unterstützten. In diesem Sinne halte sie das Votum, vorbereitet bereits für den 17. Februar 2022 inhaltlich aber heute nicht minder aktuell. Selbstverständlich setzt sich Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion als Familienpartei auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Sie können aber zum heutigen Zeitpunkt ein Nachtragskredit und Sonderkredit an den Einwohnerrat und auch den unrealistischen Betrag von Fr. 400'000.00 nicht unterstützen. Dies begründet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion auch mit dem zähneknirschenden «Ja» zum Budget 2022, obwohl Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion damals explizit auf diesen Missstand hingewiesen hat. Deshalb bleiben sie ihrer Strategie treu und hoffen auf positive Signale im Budget 2023: Einerseits für die Familien und andererseits für ein gesundes Kriens. In diesem Sinne hoffe Michèle Albrecht doch, zukünftig nicht auf öffentlichen Informationsplattformen Parteikämpfe führen zu müssen, sondern innerhalb dieses Rates lösungsorientierte und zielführende Debatten zu halten. Der Einwohnerrat soll doch eine Kultur des Dialogs schaffen, auch im Interesse der Öffentlichkeit und mit Sicherheit für die Reputation des Rates.

Bettina Gomer-Beacco kann sich kurzhalten. Die SP-Fraktion sei nach wie vor für diese Motion und zwar unabhängig von der medialen Berichterstattung. Bei der letzten Budgetdebatte ging es vor allem darum, ein Debakel zu verhindern. Die SP-Fraktion hat das Budget (mit Vorbehalt) angenommen, weil sie ihren Teil dazu beitragen wollten. Sie waren bereit zu sparen und haben darauf hingewiesen, dass es aber nicht weiter zu Lasten der Betreuung und Gesundheit gehen soll. Sie waren gutgläubig - und glaubten dabei an eine gewisse Vernunft und Weitsicht, statt budgetlosem Zustand. Man kann jetzt sagen, man habe auf die Konsequenzen hingewiesen. Man kann sogar sagen, wer A sagt muss auch B sagen. B heisst einfach etwas gegen jede Vernunft durchboxen. Und was hat Kriens nun davon neben schlechter Presse? Viele gutverdienende Familien haben ihre Kinder von den Tagesstrukturen abgemeldet. Genau jene, die einen grösseren Teil mitfinanziert haben. A heisst bei den Schulergänzenden Tagesstrukturen sparen, B heisst Familien noch mehr belasten. Und aktuell gibt es eine Preissteigerung wie seit langem nicht mehr. Ölpreise die nur in eine Richtung zeigen und Nebenkostenabrechnungen, welche bestimmt vielen Familien noch Bauchweh bereiten werden und dazu noch die Misere der Erhöhung der Tarife für die schulergänzende Betreuung. wer A sagt muss auch B sagen, oder - frei nach Brecht - auch erkennen das A falsch war. B war und sei definitiv der falsche weg. Denn das Alphabet bietet glücklicherweise noch mehr Buchstaben. Die SP-Fraktion findet den Vorschlag C der Grünen/glp-Fraktion den momentan einzigen Ausweg um Nutzerinnen und Nutzer der schulergänzenden Betreuung zu Helfen und sie nicht praktisch als Kollateralschaden im Regen

stehen zu lassen. Überall in der Wirtschaft fehlen Fachleute, diese sollten unterstützt und so zur Arbeit zurückgeholt werden. Nur wer säht erntet, nur wer Investiert kann von einem ROI reden. Um das Ziel zu erreichen, gutsituierte Steuerzahlende und Gemeindetragende Personen anzulocken, muss Kriens einfach mehr bieten als schöne Fotos auf der Homepage. Darum braucht es diese Motion um Sicherheit zu generieren statt nur Vertrauen.

Raoul Niederberger hat einiges gehört und es wurde gesagt, dass die Grüne/glp-Fraktion das Budget mitgetragen hat, diesen Massnahmen zugestimmt und man hätte sich bereits dort wehren sollen. Es ist richtig, die Grüne/glp-Fraktion hat das Budget mitgetragen, jedoch war das ein Globaldbudget, welches genehmigt wurde. Wie der Stadtrat danach die Mittel in diesem Globaldbudget einsetzt, kann der Einwohnerrat nicht beeinflussen. Wenn man im Nachhinein findet der Stadtrat habe die Mittel falsch eingesetzt, muss es eine Möglichkeit geben korrigierend einzugreifen. Das sei also der einzige formale Weg um im Nachhinein zu korrigieren. Es wurde ebenfalls gesagt, man muss bei so Budgetprozessen auch unpopuläre Massnahmen mittragen und Raoul Niederberger wird dann die Bürgerliche Seite gerne an der nächsten Budgetdebatte daran erinnern, wenn es um eine Steuererhöhung geht. Dies seien nämlich auch unpopuläre Massnahmen. Die Grüne/glp-Fraktion war auch immer bereit diese mitzutragen. Es wurde gesagt, die Motion sei unfair, weil sie nicht alle berücksichtigt. Kriens hat nun mal beschränkte Ressourcen und diese müssen verteilt werden. Die Grüne/glp-Fraktion hat nun diese Prioritäten höher gewichtet als andere. Natürlich würde die Fraktion gerne auch die Leistungen bei der Spitex wieder hochfahren und ebenfalls auch bei der Verwaltung. Dafür benötigt man jedoch die entsprechenden Ressourcen und so kommt Raoul Niederberger wieder auf die Steuererhöhung zurück. Die Einnahmenseite muss gestärkt werden und dies braucht einen unpopulären Entscheid im Einwohnerrat. Es wurde gesagt es sei unfair gegenüber von der Verwaltung, da man bei den Löhnen eine Nullrunde hatte und nun 1 %. Da gilt wieder das Selbe und die Grüne/glp-Fraktion hat sich ebenfalls dafür eingesetzt, dass die Verwaltung die entsprechende Lohnerhöhung erhält. Die Grüne/glp-Fraktion sei immer dialogbereit- und kompromissbereit. Raoul Niederberger erinnert an die Budgetdebatte 2020 als sie den Kompromiss angeboten haben und sich andere Fraktionen jedoch nicht bewegen konnten und so führte es zum Budgetlosen Zustand.

Für Räto Camenisch überschreitet der Vorstoss eine rote Linie. Es sei nicht korrekt, wenn man ein Budget, welches man mitgetragen hat, versucht nachträglich auszuheben und dies in der aktuellen Finanzlage. Dies sei unverständlich. Man könnte schon fast sagen, eine Frechheit. Der Einwohnerrat darf dem einfach nicht zustimmen. Die Stadt Kriens befindet sich aktuell in einem furchtbaren Presse-Bashing und dieses schmerzt Räto Camenisch. Es sei nicht korrekt was gesagt wird, es sei verleumderisch. Im Blick stand gestern «Pleite-Stadt» und das sei einfach nicht wahr. Die Stadt Kriens sei nicht pleite. Kriens gibt sich mühe und spart, es werden Opfer gefordert und dies auf jeder Stufe nicht nur beim Hort. Kriens gibt sich mühe sich zu verbessern und muss sich so etwas gefallen lassen. Nun schauen alle auf Kriens, wie die Diskussion gestaltet wird. Der Einwohnerrat soll ganz klar an seinem Kurs festhalten. Der Einwohnerrat möchte die Finanzen sanieren und Kriens durch diesen Sturm hindurchbringen und solche Vorstösse sind einen Pfeil in den Rücken.

Tomas Kobi bezieht sich auf die Aussage von Marco Meier, dass es unfair sei, wenn bei anderen gespart wird. Tomas Kobi möchte deshalb darauf hinweisen, dass er bei der Leistungsvereinbarung von der Spitex einen Antrag gestellt hat, dass die freiwilligen Leistungen auf Fr. 390'000.00 erhöht werden. Dieser Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die Grüne/glp-Fraktion sei also auch dort bereit und hat sich dafür eingesetzt, dass auch auf der anderen Seite das entsprechende Geld gesprochen wird.

Martin Zellweger möchte gerne eine Aussage von Raoul Niederberger präzisieren. Die Steuererhöhung hat das Krienser Stimmvolk abgelehnt, nicht der Einwohnerrat. Der Einwohnerrat hat der Steuererhöhung mit dem ersten Budget mit einer links-grünen Mehrheit zugestimmt und das Volk hat es mit 65 % abgelehnt.

Nun kann natürlich Erich Tschümperlin schon sagen es sei einfach das Volk von einer Steuersenkung zu überzeugen. 65 % sprechen jedoch für sich und das Volk sei auch nicht immer ganz so einfältig.

Michael Portmann hat auch schon ein Budget angenommen, obwohl er mit einem Punkt nicht einverstanden war. Ein Budget sei ein enorm komplexes Geflecht, welches den gesamten Finanzhaushalt einer Gemeinde beschreibt. Wirkungen und Aufgaben seien extrem vielfältig. Der Einwohnerrat hatte heute schon sehr gute Beispiele mit dem Wasserreservoir Schwynferch. All das, worüber sich die Fachleute so viele Gedanken gemacht haben, wegen einem einzigen Punkt abzulehnen, wäre verantwortungslos. Solches Verhalten gilt es zu vermeiden. Die Gesamtsicht sei wichtig in allen Bereichen. Man kann auch ein «Nein» zum Budget von der SVP und FDP auch nicht so interpretieren, dass sie gegen die Gebührenerhöhung bei den Tagesstrukturen wären.

Marco Frauenknecht dankt für die Rückmeldungen und möchte hier gleich anschliessen, dass der Stadtrat die Voten aus den Parlament annimmt. Sie nehmen Voten aus dem Rat mit. Stadtrat zu sein, heisst Führungsverantwortung wahrnehmen und eben auch Entscheidungen treffen. Diese Entscheidungen seien nicht immer populär. Kriens sei in einen finanziellen Korsett. Der Stadtrat hat die Aufgabe die Finanzen im Gleichgewicht zu halten und dafür müssen unschöne Massnahmen getroffen werden und diese können nicht immer von allen getragen werden, dies konnte man in den Medien lesen. Der Stadtrat sei sich bewusst, dass sie vorwärts schauen müssen um in der Debatte Budget 2023 einen Konkordanten Entscheid zusammen zu bringen. Es soll ein guter Entscheid für Kriens getroffen werden, denn für das seien die Anwesenden hier und stehen auch dafür ein. Am Schluss wird sich zeigen, wie die neuen Massnahmen zu gunsten der Familie eingesetzt werden können. Stand Heute kann der Stadtrat dieser Motion nicht zustimmen und lehnt diese deshalb ab.

Abstimmung Ablehnung Motion Niederberger: Erhalt der Vereinbarkeit von Familien und Beruf (Nr. 103/22)

Mit 16:13 Stimmen wird die Motion Niederberger abgelehnt

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Segger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja

Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

9. Bericht Postulat Tanner: Anpassung der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats Nr. 046/21

Beat Tanner dankt dem Stadtrat im Namen der FDP-Fraktion für den Bericht zur Prüfung einer Anpassung der Ausgabenkompetenz zu Gunsten des Einwohnerrats. Der Stadtrat hält in seinem Bericht fest, dass mit der Teilrevision 2018 infolge dem neuen Finanzhaushaltsgesetz für Gemeinden (FHGG), keine Änderung der Kompetenz betreffend freibestimmbarer Ausgaben erfolgte. Als ehemaliger Präsident der Arbeitsgruppe neue Gemeindeordnung hält Beat Tanner fest, dass die Finanzkompetenzen mit der Teilrevision der Gemeindeordnung, welche am 4. März 2018 vom Volk gutgeheissen wurde, für freibestimmbare Ausgaben auf 3 % Steuerertrags (heute 2,6 Millionen Franken früher 4 Millionen Franken) gesenkt wurde. Schon damals hätte die FDP-Fraktion lieber eine fixdefinierte Finanzkompetenzen und tiefere Limiten für die Exekutive gehabt, so wie dies die allermeisten Städte in der Schweiz kennen. Die Zusammenstellung im Bericht zeigt gut auf, dass die Stadt Kriens bei den Parlamentsgemeinden in Sachen Finanzkompetenzen des Stadtrates Spitzenreiter sei. Die FDP-Fraktion findet es schwierig, wenn Gemeinden mit und ohne Parlamente miteinander verglichen werden. Man vergleicht ja auch nicht Äpfel mit Birnen. Zurzeit verfügt nur die Stadt Luzern, die Gemeinde Emmen und die Gemeinde Horw über ein Parlament. Dass Gemeinden ohne ein Parlament höhere Ausgabenkompetenzen haben, kann die FDP-Fraktion nicht nachvollziehen. Hier müsste jedes Mal eine Volksabstimmung oder eine Gemeindeversammlung durchgeführt werden, was sehr aufwendig sei. Das sieht bei einem Parlament etwas anders aus. Eher müsste man die Kompetenzen mit der Stadt Luzern mit Fr. 750'000.00, mit der Gemeinde Emmen mit Fr. 500'000.00 und mit der Gemeinde Horw mit rund Fr. 700'000.00 vergleichen. Sie klassieren sich gemeinsam bezogen auf die Kompetenzen gemessen am Steuerertrag bei unter 1 % des Steuerertrages, wie der Bericht aufzeigt. Dies ergibt einen Durchschnitt von einer Kompetenz in den Parlamentsgemeinden von Fr. 650'000.00. Die Stadt Kriens hat für den Stadtrat mit rund 2,6 Millionen Franken eine 4-mal grössere Ausgabenkompetenz, als anderen Luzerner Parlamentsgemeinden. Finanziell steht Kriens aber auch nicht 4-mal besser da, als die Parlamentsgemeinden, höchstens bei der Verschuldung. Und ja, die Schlussfolgerung kann man machen, dass Kriens und Ebikon anderweitige Merkmale als Gemeinde aufweisen, welche relevant sind für die heute geltende Finanzkompetenz für frei bestimmbare Ausgaben. Beat Tanner habe nur die äusserst schwierige Finanzlage der beiden Gemeinden gefunden. Zu den möglichen Folgen von der Erhöhung der Finanzkompetenzen für den Einwohnerrat geht die FDP-Fraktion mit dem Stadtrat zum Teil einig. Ja der Einwohnerrat müsste sich bei mehr Geschäften neu mit Ausgaben auseinandersetzen. Zum einen sei der Einwohnerrat für dies auch gewählt, zum anderen sei die FDP-Fraktion überzeugt, dass damit viel weniger Vorstösse eingereicht würden, weil der Einwohnerrat ein Mitbestimmungsrecht erhalte. Ja der Handlungsspielraum des Stadtrats würde eingeschränkt, so wie es bei den anderen Parlamentsgemeinden auch der Fall sei. Die Entscheidungen wären aber breiter abgestützt. Es sei nicht auszuschliessen, dass das Parlament vermehrt über Ausgaben debattiert, welche eher operativen Charakter haben. Zum einen sei das ihr Recht da es um Steuergelder handelt, zum anderen sei die FDP-Fraktion überzeugt, dass es weniger Vorstösse geben würde und das Vertrauen in die Krienser Ausgabenpolitik wieder zurückkehrt. Ja sämtliche Beschlüsse würden dem fakultativen Referendum unterstehen. Aber wenn man hier Angst vor der Demokratie hat, dann sei das Geschäft offenbar nicht mehrheitsfähig. Beat Tanner fragt den Einwohnerrat, will man Weiterregieren ohne Kontrolle – die Bürger von der Macht ferngehalten, weil sie ungemütlich sind? Von was hat man Angst? Die FDP die Liberalen haben keine Angst davor, gute, sinnvolle und nachvollziehbare Ausgaben dem Volk zu unterbreiten. Wenn diese Mehrheitsfähig sind, werden die Entscheidungen auch mitgetragen. Dann wird auch nicht mit dem Finger auf einige Stadträte gezeigt und das Politische Klima würde angenehmer und sachlicher. Weiter würde aus Sicht der FDP-Fraktion das Vertrauen in die Politik wieder zurückkehren. Gerne würden sie vom Stadtrat hören, was er mit der Gefahr einer Verwässerung der im FHGG zu Grunde gelegten eindeutigen Zuordnung von Kompetenzen meint? Auch der Regie-

rungsrat hat für freibestimmbare Ausgaben eine Limite von 3 Millionen Franken. Die FDP-Fraktion anerkennt, dass der Stadtrat im Bericht einen eher unfreiwilligen Schritt machen will und sich vorstellen kann, die Kompetenz des Einwohnerrats und des Volkes um rund 1 Million Franken. (Kompetenz Einwohnerrat ab 1,6 bis 1,7 Millionen Franken) zu erhöhen. Die FDP-Fraktion hätte es sehr begrüsst, wenn der Vorschlag vom Stadtrat für die Festlegung der Kompetenz im Bereich der anderen Luzerner Parlamentsgemeinden gelegen wäre. Sie haben keine stichhaltigen Argumente gefunden, wieso Kriens ein Sonderfall sein sollte. Die FDP wird auf die anderen Parteien zugehen, um einen Kompromiss zu finden. Als weitere Option könnten sie sich vorstellen, dem Volk zwei Varianten vorzuschlagen. Weiter würde die FDP-Fraktion einen fixen Betrag für die Kompetenzfestlegung wie es der Kanton Luzern hat begrüssen. Jedes Jahr müssen die Kompetenzen wieder neu berechnet werden. Unklar sei wann welche Kompetenzen nun greifen. Ebenfalls sei nicht klar oder zu wenig definiert, was der Steuerertrag beinhaltet. Mit Sondersteuern? mit Quellensteuern usw. Beat Tanner Fragt den Einwohnerrat ob jeder wisse wie hoch die Kompetenz im 2021 war und wie sie im 2022 sei? Diese Unsicherheiten wären mit einer fixen Limite aus der Welt geschafft. Die FDP-Fraktion bitten den Stadtrat, vor der Erarbeitung des B+A für eine Teilrevision der Gemeindeordnung sich noch einmal darüber Gedanken zu machen. FDP arbeitet und kämpft weiter dafür, Vertrauen in die Politik zu schaffen und den Einwohnerinnen und Einwohnern ein höheres Mitspracherecht zu gewähren.

Erich Tschümperlin dankt dem Stadtrat im Namen der Grüne/glp-Fraktion für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Sie haben die Auswirkungen und die Vor- und Nachteile einer Reduktion der Ausgabenkompetenz des Stadtrats intensiv diskutiert. Und sind zum Schluss gekommen, dass momentan keine Änderung notwendig sei. Die eingespielte Aufgabenteilung zwischen Einwohnerrat und Stadtrat erlaubt die effiziente Umsetzung der vom Einwohnerrat getroffenen Entscheide und den Aufgaben des Stadtrats. Wie im Bericht aufgezeigt, gibt es in anderen Gemeinden und Städten andere Limiten und andere Formen der Aufgabenteilung. Das heisst aber nicht, dass Kriens dies deshalb ändern muss, denn jede Gemeinde hat ihre eigene Lösung, die für sie stimmt. Eine Senkung der Limite würde wohl dazu führen, dass sich der Einwohnerrat vermehrt ins operative Geschäft einmischen würde und dieses dadurch zum politischen Spielball würde. Auch der administrative Aufwand dürfte mit den neuen Limiten grösser werden, wenn auch nicht gewaltig. Doch sei gerade dies für die FDP ein wichtiges Argument, wenn es um neue Gesetze geht. Zudem würden diese Geschäfte dem fakultativen Referendum unterstehen und dies führt dann zu zusätzlichen Abstimmungen über relativ kleine Geschäfte. Das sie aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion nicht sinnvoll, da dies nicht die richtige Fallhöhe für Abstimmungen sei. Der Stadtrat schreibt im Bericht, dass er im Sinne einer Vertrauensbildung bereit sei, seine Ausgabenkompetenz herabzusetzen. Ein gut eidgenössischer Kompromiss, er kommt dem Anliegen etwas entgegen. Diese Aussage überrascht die Grüne/glp-Fraktion ein wenig, denn sie haben kein Misstrauen gegenüber dem Stadtrat und sehen keinen Bedarf für vertrauensbildende Massnahmen. Das heisst nicht, dass sie mit allen Entscheiden des Stadtrats immer glücklich seien. Aber sie respektieren, dass der Stadtrat seine Aufgaben nach besten Wissen und Gewissen macht. Aus diesen Gründen lehnt die Grüne/glp-Fraktion eine Änderung der Ausgabenkompetenz des Stadtrats ab. Sie beantragen zudem das Geschäft abzuschreiben. Es macht keinen Sinn bis zur nächsten Revision der Gemeindeordnung alle sechs Monate einen Bericht zu verfassen und dem Einwohnerrat vorzulegen. Zudem nimmt der Stadtrat das Thema auf eine Pendenzenliste. Und im Rahmen einer Revision der Gemeindeordnung kommt das Thema ganz sicher wieder auf die Agenda. Und erst dann wird definitiv entschieden, wie die Finanzkompetenzen aufgeteilt werden. Darauf hat dieses Postulat keinen Einfluss. Erich Tschümperlin sagt noch ein paar Worte dazu, dass er den Vorstoss damals unterzeichnet habe. Er habe unterschrieben in einem Umfeld, wo die massiven, systematischen Kostenüberschreitungen von Bauprojekten der Vergangenheit aufgearbeitet wurden. Dies war der Grund, dass Erich Tschümperlin eine Ausleageordnung befürwortet habe. Diese liegt nun vor und auch für ihn sei klar, dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, dank dem kompletten Neuanfang im Stadtrat. Dieses Thema soll und wird ganz sicher im Rahmen der nächsten Änderung der Gemeindeordnung auf die Traktandenliste kommen. Es macht keinen Sinn für dieses Thema eine Teilrevision der Gemeindeordnung aufzugleisen.

Martin Zellweger hat noch ein kurzer Hinweis zum Votum von Erich Tschümperlin. Es handelt sich bei dem Vorstoss den Erich Tschümperlin mitunterschrieben hat um eine Motion. Insofern war Erich Tschümperlin eigentlich zu dem Zeitpunkt bereit zu handeln und nicht nur einen Bericht zu verlangen. Der Einwohnerrat hat es bereits gehört, keine Gemeinde im Kanton Luzern mit Parlament hat eine Ausgabenkompetenz der Exekutive in einer Grössenordnung wie Kriens sie hat. Mit gut 2.5 Millionen Franken sei Kriens einmal mehr Spitzenreiter – leider wieder am falschen Ort. Das Parlament sei genau dazu da die Kompetenz-Distanz zwischen einer Volksabstimmung und einem Stadtratsentscheid zu überbrücken. Genau deshalb zeigt sich auch der Unterschied zwischen Gemeinden mit oder ohne Parlament. Sämtliche Parlamentsgemeinden im Kanton Luzern liegen mit der Ausgabenkompetenz für die Exekutive zwischen Fr. 500'000.00 und 1 Million Franken aber Kriens genehmigt sich 2.5 Millionen Franken. Eine tiefere Ausgabenkompetenz für den Stadtrat hat nichts mit Vertrauen zu tun, sondern eher mit Verantwortungsbewusstsein. Nach den Diskussionen der letzten Jahre zum Umgang mit den Krienser Finanzen sei auch die Öffentlichkeit sensibilisiert. Das Kriens auch hier einen Extrazug fährt stösst nicht nur bei der SVP-Fraktion auf Unverständnis. Die Parlamentsmehrheit wie auch der Stadtrat hat sich in der letzten Revision der Gemeindeordnung erfolgreich gegen einen Anglich der Kompetenzen an vergleichbare Gemeinden oder Städte gewehrt. Die SVP-Fraktion konnte sich mit ihren Anträgen nicht durchsetzen. Als ein wesentliches Argument für das Hochhalten der Ausgabenkompetenz wurde immer wieder die durch eine Senkung resultierende Mehrarbeit für Verwaltung, Stadtrat wie auch Parlament hervorgehoben. Es wurde immer von massiv mehr zu behandelnden B+A's gewarnt. Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht nun bestens auf, dass an den Beispieljahren 2019 bis 2023 bei Senkung der Kompetenz auf 1 Million Franken nicht viele zusätzliche Geschäfte im Einwohnerrat hätten behandelt werden müssen. Seit 2019, Einführung HRM2 waren es gerade mal 3 Geschäfte. Und das Beispiel der Ausschreibung Mittagsverpflegung Horte zeigt speziell, dass es sich dabei um ein Geschäft handelt, welches nachträglich zu grossen Diskussionen im Einwohnerrat und zu zusätzlichen Vorstössen geführt habe. Die SVP-Fraktion denkt, hätte sich das Parlament vor dem Entscheid mit dem Thema befasst und entschieden, wären viele nachfolgende Vorstösse hinfällig und die Arbeit für Verwaltung und Parlament wäre nicht im Nachhinein angefallen. Unter dem Strich wahrscheinlich sogar ein Nullsummenspiel. Oder die Massnahmen des GVKK welche im 2023 einen Antrag im Umfang von über 2 Millionen Franken zur Folge hätten. Angesichts der Tatsache, dass soeben das Krienser Volk ein Planungskredit zur Verkehrsplanung im Zentrum im Betrag von Fr. 300'000.00 mit 58 % abgelehnt hat, kann sich Martin Zellweger nicht vorstellen, dass es goutiert wird, dass ab 2023 Verkehrsprojekte von bis zu 2.5 Millionen Franken vom Stadtrat in Eigenregie bewilligt werden können. Garantierte Aktionen zum Korrigieren solcher nicht getragenen Entscheide werden dann kaum zu weniger Arbeit für die Verwaltung führen, das sei eine Wunschvorstellung. Die SVP-Fraktion goutiert den Willen des Stadtrats zur Senkung auf 2 %, was ca. 1.6-1.7 Millionen Franken entspricht, würden aber direkt auch einen fixen Betrag vorziehen. Obwohl Kriens immer noch teilweise über dem 3-fachen der Nachbargemeinden liegen, würde die SVP dies unterstützen um eine Mehrheit zu erlangen und nicht womöglich in der heutigen schwindelerregenden Höhe festzustecken. Allerdings wäre aus Sicht der SVP-Fraktion 1 Million Franken die absolute Obergrenze, das findet aber bis heute leider keine Unterstützung von Links-Grün und Mitte. Die SVP-Fraktion würde die Anpassung auch gerne vorziehen und zu einem früheren Zeitpunkt umsetzen, sollte es einen politischen Weg geben. Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den transparenten Bericht und unterstützen den Antrag das Postulat nicht abzuschreiben und somit zur Umsetzung pendent zu halten.

Andreas Vonesch dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für den Bericht und die umfassende Auslegeordnung mit umliegenden Gemeinden der Region Luzern. Der Vergleich der nackten Zahlen zeigt ein sehr unterschiedliches Bild mit grossen Unterschieden. Aufgrund dieser Auslegeordnung und insbesondere der Vergleich unter den K5-Gemeinden zeigt, dass eine Anpassung nach unten für Kriens durchaus angebracht sei. Es sei aber verglichen mit weiteren Gemeinden nicht so, dass Kriens massiv überschiesst. Die durch den Stadtrat gemachten Aufzählungen der möglichen Folgen auf Seite 7 des Berichts erachtet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion als etwas pessimistisch betrachtet. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion würdigt eher die positiven Folgen für den Stadtrat und den Einwohnerrat. Mit dem Willen, seine Kompetenz um 1/3 zu reduzieren, zeigt der Stadtrat Bereitschaft zur verstärkten Mitsprache des Parlaments in der Finanzkompetenz bei frei bestimmbar Ausgaben. Die Beantwortung dieses Postulats zeigt

für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion eigentlich gut auf, wie Exekutive und Parlament zusammenarbeiten müssten. Damit Kriens weiterkommt braucht es Kompromisse. Es sei ein Geben und Nehmen. Der Stadtrat kommt dem Anliegen des Postulanten entgegen und das Parlament schenkt dem Stadtrat das Vertrauen, dass der Einwohnerrat dem Stadtrat weiterhin einen Handlungsspielraum lässt. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben genügend Kontrollmechanismen, die sie als Parlament einsetzen können. Der Stadtrat will die Umsetzung auf seine Pendenzenliste setzen. Aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion macht die Umsetzung auf Beginn der neuen Legislatur Sinn. Andreas Vonesch möchte eine Verfahrensfrage klären betreffend Abschreibung oder nicht Abschreibung und was es genau bedeutet. Der Stadtrat plädiert auf nicht Abschreibung und Aufnahme in die Pendenzenliste und Die Mitte würde dem grundsätzlich zustimmen. Was hätte es jedoch für Folgen, wenn der Einwohnerrat das Postulat abschreibt? Andreas Vonesch dankt für die Klärung seiner Frage.

In den Voten der Vorredner von Michael Portmann wurde erwähnt, dass es keinen Unterschied zwischen der Stadt Luzern, Horw und der Stadt Kriens gäbe. Der Einwohnerrat habe vorher aber auch gehört, dass es sie gibt. In der Stadt Luzern arbeiten pro 50 Einwohnerinnen und Einwohner eine Person in der Stadtverwaltung. In Horw arbeitet eine Person pro 80 Einwohnerinnen und Einwohner und in der Stadt Kriens eine Person pro 103 Einwohnerinnen und Einwohner in der Verwaltung. Das Fazit von Michael Portmann daraus sei, dass in der Stadt Kriens die Stadtverwaltung praktisch ausschliesslich fürs Alltagsgeschäft optimiert sei. Es gibt keine Reserve und keine Kapazität für z.B. grosse Bauprojekte, wo dann der Stadt wegen Personalmangel Einnahmen entgehen. Viele Projekte, welche zu freibestimmbaren Ausgaben führen, sind Projekte, welche aus der Stadtverwaltung heraus erarbeitet wurden, um gebundene Ausgaben zu senken. Die KIG sei eines dieser Projekte. Aber auch das Bauprojektmanagement, welches heute in den Immobiliendiensten angewendet wird. Das seien die Produkte der engagiertesten Angestellten in der Stadtverwaltung, die Krienser Streckenpferde. Diese Produkte seien so innovativ, dass die Gesetze praktisch immer hinterherhinken. Ja, es führt so weit, dass andere Gemeinden diese Produkte übernehmen. Der Einwohnerrat dagegen will sie abschaffen, weil diese Produkte rein formal betrachtet keine gesetzliche Grundlage haben und deshalb nicht finanziert werden sollen. Dabei sind diese Produkte seit Jahren die sehr gesunde Reaktion der Stadtverwaltung auf alle Forderungen aus dem Stadtparlament nach mehr Effizienz. Gleichzeitig braucht Innovation neben dem Alltagsgeschäft auch Luft zum Atmen. Diese Luft sei rar. Obwohl HRM2 erfolgreich eingeführt wurde, muss es nun umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Mammutaufgabe die Vielfalt der Projekte und Massnahmen so weiterzuentwickeln, dass die Produkte und ihre Wirkung so sichtbar werden, dass alle Ausgaben ihre maximale Wirkung entfalten. Dieser absolut wichtige Schritt hin zu einer wirkungsorientierten Steuerung des Finanzhaushalts muss jetzt angepackt werden. Das heisst wieder das Alltagsgeschäft effizient erledigen und wenn dann noch Luft bleibt, innovativ anpacken. Das braucht Unterstützung mit wohlgesetzten Mikrodosen an Ressourcen und sehr viel Wohlwollen und Vertrauen von den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten. Warum also schon wieder neue Finanzinstrumente einführen, welche die Stadtverwaltung noch stärker belasten und am Schluss auch den letzten Rest an Innovation der Stadtverwaltung abwürgen? Hat die Stadtverwaltung nicht schon genügend Arbeit mit den Forderungen vom Einwohnerrat nach besserem Controlling? Michael Portmann sei überzeugt, dass das Stadtparlament zusammen mit dem Stadtrat politisch eine klare Linie in der Finanzpolitik zieht, wenn gemäss dem Grundprinzip des FHGG gehandelt wird: True and fair bedeutet, dass der Einwohnerrat fair und transparent eine wirksame Ausgabenpolitik fordert und die Stadtverwaltung dazu auch fair fördert. Deshalb setzt die SP-Fraktion auf mehr Wirksamkeit als Strategie, verzichtet als Entlastung der Stadtverwaltung auf neue Ausgabenlimiten und lehnt den Antrag des Stadtrates ab. Das Postulat soll abgeschrieben werden, ohne die Ausgabenlimiten zu senken.

Martin Zellweger kommt nochmals kurz auf die Thematik Mehrarbeit zu sprechen. Es wird immer wieder als Argument aufgebracht, dass der Einwohnerrat Mehrarbeit verursacht, wenn die Ausgabenlimite gesenkt würde. Martin Zellweger betrachtet gerade die aufliegende Liste mit den sechs Neuvorstössen von den Parlamentariern seit der letzten Einwohnerratssitzung. Dies verursacht auch Mehrarbeit für die Verwaltung und den Einwohnerrat. Es wäre seines Erachtens gescheiter die Geschäfte mit grösseren finanziellen Auswirkungen, welche durch die Senkung der Limite der Ausgabenkompetenzen entstehen, im Einwohnerrat

zu beraten, als all die parlamentarischen Vorstösse, welche auch als einfache Anfragen zu befriedigen wären. Aber das sei halt politisch nicht so publik.

Für Simon Solari kommt die Überweisung dieses Postulats durch den Stadtrat einer Bankrotterklärung gleich. Indirekt suggeriert der Stadtrat, dass er nicht willig und fähig sei, die durch das Volk erteilten Kompetenzen und Verantwortungen auszuführen. Eine Reduktion der Finanzkompetenz nun unter dem Deckmantel des Vertrauens und der Stärkung der Demokratie zu verkaufen, sei schlicht mehr als fragwürdig. Dadurch entsteht unnötiger bürokratischer Mehraufwand zu Lasten des Einwohnerrates. Seiner Meinung nach sollte die Abgabe von Kompetenz und Verantwortung mit einer Reduktion des Stadtratlohns zu Gunsten des Einwohnerrates einhergehen. Falls der Stadtrat bereit dazu wäre darüber zu diskutieren, könnte man es sich nochmals überlegen. Aus oben genannten Gründen appelliert Simon Solari dringend zur Abschreibung dieses Postulats.

Erich Tschümperlin hat eine Verfahrensfrage. Der Einwohnerrat kann dieses Postulat schon nicht abschreiben, jedoch ändert dies nichts. Es wird einfach bis zur nächsten Gemeindeordnung warm gehalten im sechs Monatsrhythmus. Erich Tschümperlin sei sich sicher, dass es hier im Raum Personen gibt, welche die Finanzkompetenz bei der nächsten Gemeindeordnungsrevision auf die Traktandenliste nehmen werden. Das sei auch in Ordnung, es wird wieder eine Arbeitsgruppe geben. Jedoch, dass bis dahin einen Bürokratischen Aufwand betrieben wird macht keinen Sinn. Es sei nicht Relevant, denn die einen sagen es sei diese Limite und die anderen sagen diese. Die Diskussion wird auf die Tagesordnung kommen und man wird darüber diskutieren. Ausser der Arbeit hat es keine Vorgreifende Wirkung, wenn dieses Postulat nicht abgeschrieben wird, ausser der Stadtrat belehrt ihn eines Besseren.

Michael Portmann möchte noch auf eine Änderung vom HRM2 hinweisen. In der Sozialen Arbeit z.B. Jugendanimation und ähnliche Gebiete, sei es üblich, dass die Vorgaben und Rahmenbilder über Leitbilder und Konzepte definiert. Leitbilder und Konzepte seien jedoch keine Reglemente und in der Ausgabenverordnung vom HRM2 steht, dass jede Ausgabe eine gesetzliche Grundlage braucht. Also muss mindestens ein Reglement vorhanden sein. In der Sozialen Arbeit gibt es keine Reglemente. In den Tagesstrukturen, das war eine Leistungsvereinbarung mit den Gemeinnützigen Frauenverein, hat man auch kein Reglement, obwohl dies nun eine Aufgabe der Stadt Kriens sei. Das seien alles frei bestimmbare Aufgaben, welche nicht gebunden seien. Der Einwohnerrat muss nun schauen, wie man damit umgeht. Nun die Ausgabenlimite zu senken und sagen man möchte alles dem Volk überlassen, findet Michael Portmann eine gewagte Sache, weil der Einwohnerrat schauen muss, dass die Stadt Kriens einen Modus entwickelt mit welcher sie klarkommt. Es gibt immernoch Gebiete im Aufgabenreich, in denen nicht mit Reglementen gearbeitet wird. Der Einwohnerrat muss schauen, dass dies einheitlich wird, ansonsten gibt es immer Gebiete, welche gestrichen werden können, da sie als ungebunden gelten. Dies muss geregelt werden, bevor die Ausgabenlimite angepasst wird.

Laut Christine Kaufmann-Wolf hat der Motionär am 4. November folgende Forderungen gestellt: Verschiebung von der Finanzkompetenz für frei bestimmbare Ausgaben zu Gunsten vom Einwohnerrat. Dies, weil andere Parlamentsgemeintsgemeinden eine tiefere Ausgabenkomptenz haben. Der Einwohnerrat hat dann auf Antrag vom Stadtrat die Motion in ein Postulat umgewandelt und der Motionär war damit einverstanden. Der Stadtrat war damals einverstanden mit der Entgegennahme als Postulat, weil er folgende Punkte klären wollte. Vergleich mit anderen Gemeinden (K5 Gemeinden und sechs zusätzlichen Gemeinden). Der Stadtrat hat damals gesagt nicht nur einen Vergleich, sondern auch eine Auslegeordnung, dies kann auch so nachgelesen werden. Die Auslegeordnung, das Aufzeigen von den Auswirkungen vom Parlament und Kommissionen, Rückblick von Geschäften in der Vergangenheit, Ausblick von Geschäften in der Zukunft und einen Vorschlag zu unterbreiten. Das hat der Stadtrat damals versprochen und nun auch gemacht und der Einwohnerrat hat es mit diesem Bericht erhalten. Aufzeigen von möglichen Auswirkungen oder auch von den Folgen. Generell hätte der Einwohnerrat eine grössere Anzahl an Geschäften zu beraten und doch

sei es erstaunlich für den Stadtrat, dass es nicht eine grosse Anzahl an zusätzlichen Geschäften wäre. Christine Kaufmann-Wolf muss ehrlich sagen, dass sie erstaunt war, dass es nicht mehr waren. Der Stadtrat wollte noch die Verkleinerung vom Handlungsspielraum vom Stadtrat gegenüber der Vergrösserung vom Handlungsspielraum vom Einwohnerrat und auch die Abgabe von Verantwortung an den Einwohnerrat. Einflussnahme in operative Geschäfte, dadurch kann es eine Verlangsamung der Prozesse geben oder sogar Verhinderung der operativen Geschäfte. Die Geschäfte werden häufiger dem fakultativen Referendum unterstellt und eine vermehrte Einflussnahme durch Referenden sind möglich. Der Stadtrat hat davor keine Angst und erachtet dies als ein sehr gutes und wichtiges Instrument, wenn es am richtigen Moment eingesetzt wird. Nun sei natürlich die Frage was der richtige Moment sei. Es sei sehr wichtig, dass dieses Recht mit Vernunft eingesetzt wird, weil die Stadt sonst unter Umständen einen Stillstand hat. Durch die Referenden kann es auch zusätzliche zeitliche Verzögerungen geben, aufgrund von der Referendumsfrist, der Aufarbeitung, dem Bericht und der Abstimmung. Angst davor hat der Stadtrat nicht, jedoch wollte er dies aufzeigen. Der Stadtrat hat ebenfalls ein weiteres Vorgehen aufgezeigt. Er hat einen Vorschlag gemacht mit der Teilrevision der Gemeindeordnung. Der Stadtrat schlägt vor, die Anpassung der Finanzkompetenz auf 2 % vom Steuerertrag zu senken, ob das ein fixer Prozentsatz oder ein fixer Betrag sein soll, kann dann bei der Behandlung von der Teilrevision im Parlament diskutiert werden. Der Vorschlag den Vorstoss nicht abzuschreiben hat damit zu tun, dass der Stadtrat ein Vertrauen zum Parlament schaffen wollte. Wenn das Geschäft abgeschrieben wird, dann sei es abgeschrieben. Wenn es nicht abgeschrieben wird, müsste der Stadtrat eigentlich in sechs Monaten einen Bericht bringen. Christine Kaufmann-Wolf möchte jedoch für das Protokoll festhalten, dass der Stadtrat in sechs Monaten nicht mit einem Bericht kommen würde. In sechs Monaten kann der Stadtrat nur sagen, dass man noch immer am selben Punkt steht und noch nicht weiter sei. Die SVP oder Martin Zellweger hat gesagt, dass sie es unterstützen würden eine Teilrevision früher anzupacken. Eine Teilrevision kann jedoch nicht aus dem Ärmel geschüttelt werden. Es muss dann auch geschaut werden, welche weiteren Punkte da noch miteinbezogen werden sollen. Allenfalls müsste man eine Kommission bilden, wie dies bei der letzten Revision gemacht wurde. Diese Kommission würde besprechen, was dort alles miteinbezogen wird und weil man auch schon am Ende des zweiten Jahres von dieser Legislatur sei, würde dies sehr knapp werden. Der Stadtrat würde dies jedoch selbstverständlich auf die Pendenzenliste nehmen. Das Geschäft könnte auch Abgeschrieben werden und es würde kommen, da Christine Kaufmann-Wolf denkt, dass es in den Kommissionen auf das Tapet kommt. Der Einwohnerrat hat also nun im Grund genommen die Wahl, von Seiten vom Stadtrat sei es einfach ein Vertrauen schaffen zum Parlament. Christine Kaufmann-Wolf hat noch etwas zum Votum von Simon Solari betreffend Bankrotterklärung. Dies sei auf keinen Fall eine Bankrotterklärung, sondern ein Entgegenkommen und Christine Kaufmann-Wolf denkt in der heutigen Zeit muss man die Zeichen der Zeit erkennen. Wenn der Stadtrat nun standhaft gewesen wäre und gesagt hätte es gebe nichts, wäre dies wahrscheinlich nicht gut angekommen im Einwohnerrat. Der Stadtrat hat die Zeichen der Zeit erkannt und kommt dem Parlament mit einem Schritt entgegen, damit man sich irgendwo in der Mitte treffen kann. Dies hat auch mit Vertrauen zu tun, damit eine gute Basis geschaffen wird. An dieser Stelle möchte Christine Kaufmann-Wolf noch einen grossen Dank aussprechen, da es eine Departementsübergreifende Zusammenarbeit war. Christine Kaufmann-Wolf wurde einerseits von der Stadtschreiberin Karin Schuhmacher Bürgi und vom Abteilungsleiter Finanzdienste, David Schilling, unterstützt. Christine Kaufmann-Wolf dankt für die Zustimmung.

Raoul Niederberger hat eine Frage an Christine Kaufmann-Wolf. Es wurde gesagt, der Stadtrat bringt nicht in sechs Monaten wieder einen Bericht, jedoch sei das in der Geschäftsordnung so vorgesehen, dass der Stadtrat einen Bericht bringen muss. Es kann eine Fristverlängerung eingereicht werden, jedoch möchte Raoul Niederberger wissen, wie der Stadtrat damit umgehen möchte. Es sei nicht das Ziel, dass endlos Fristverlängerungen eingegeben werden. Wenn man von der Finanzkompetenz spricht, da geht es auch um eine gewisse Ordnung, welche eingehalten werden muss. Es stellt sich die Frage, weshalb das Postulat nicht Abgeschrieben und einfach auf die Pendenzenliste genommen wird.

Laut Christine Kaufmann-Wolf sei dies aufgrund vom Vertrauen. Mit diesen «all sechs Monaten einen Bericht bringen». Man könne dies hier protokollieren, dass der Einwohnerrat sagt «Nein, ihr müsst in sechs

Monaten nicht mit einem Bericht kommen, obwohl es in der Geschäftsordnung so steht». Christine Kaufmann-Wolf denkt, dass der Einwohnerrat diese Kompetenz hat, um hier entgegenzukommen. In sechs Monaten kann der Stadtrat nur sagen, dass sie immer noch am selben Punkt sind, ausser es wurde schon eine Kommission einberufen. Es geht darum, dass man einen Platzhalter irgendwo noch hat. Wenn es abgeschrieben wird kommt das Thema natürlich ebenfalls auf den Tisch und da sind sich wahrscheinlich alle einig.

Raoul Niederberger muss hier widersprechen. Der Einwohnerrat kann nicht einfach sagen es sei gut so und der Einwohnerrat haltet sich nicht an die eigene Geschäftsordnung, dann müsste es in der Geschäftsordnung den entsprechenden Vorbehalt geben. Die Geschäftsordnung müsste also entsprechend angepasst werden. Der Einwohnerrat kann auch nicht einfach sagen, er halte sich an sonst nicht irgendetwas, weil er es gerade nicht gut findet. Das sind die gesetzlichen Grundlagen und an diese hat sich der Einwohnerrat zu halten. Entweder nimmt man es auf die Pendenzenliste und schreibt das Postulat ab, oder man bringt alle sechs Monate einen Bericht oder verlangt eine Fristverlängerung. Einfach etwas zwischendrin geht aus Sicht von Raoul Niederberger nicht.

Anita Burkhdt-Künzler dankt herzlich und ist der Meinung, dass der Einwohnerrat in der Abstimmung nun die Möglichkeit hat dieses Geschäft abzuschreiben. Anstelle von einem Schlagabtausch kann einfach darüber abgestimmt werden.

Christine Kaufmann-Wolf gibt der Einwohnerratspräsidentin recht. Der Einwohnerrat hat es nun in der Hand und kann über die Abschreibung Abstimmen.

Abstimmung über Antrag vom Stadtrat das Postulat nicht abzuschreiben

Mit 17:12 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Seeger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja

Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Somit ist das Traktandum erledigt.

10. Bericht Postulat Ercolani: Solarpanels auf Krienser Dächern

Nr. 047/21

Laut Ivo Durrer dankt die FDP-Fraktion sowie der ehemalige Postulant für den ausführlichen Bericht. Sie konnten die Antwort vom Stadtrat lesen, sind zufrieden aber nicht ganz glücklich. Die FDP-Fraktion hofft, dass die Stadt Kriens die als gut befundenen Objekten in Zukunft auch für die Solarenergie nutzen. Die FDP-Fraktion findet es sehr schade, dass es noch keine vernünftige Lösung für das Schwimmbad in Kriens gibt. Nach dem Motto: Schade, auch in Zukunft kein beheiztes Bad.

Laut Pascal Meyer sind Photovoltaik Anlagen am Boomen, da er in diesem Gewerbe arbeitet kann er dies aus erster Hand erzählen. Swisssolar schreibt, dass der Schweizer PV-Markt in den letzten drei Jahren durchschnittlich 30 % gewachsen sei. Um auf die Ziele bis 2030 zu kommen braucht es eine Verdreifachung von dieser Leistung. Auch International wurden die Photovoltaikanlagen als Königin vom Strommarkt beschrieben. «Die Erneuerbaren Energien können je nach Szenario in 10 Jahren 80 % der Weltweiten Stromnachfrage decken. Die Sonne stehe beim Wachstum im Mittelpunkt. Photovoltaik sei in den meisten Ländern durchweg billiger als Neukohle und Gaskraftwerke. Solarprojekte würden den günstigsten Strom überhaupt bieten. Wasserkraft bleibe zwar die grösste erneuerbare Quelle aber Solar sei die Hauptwachstumsquelle, gefolgt vom onshore- und offshorewin. Die Regierung hätten die Verantwortung entscheidende Massnahmen zu ergreifen und den Übergang zu sauberen Energie zu beschleunigen und die Welt auf den Weg zu bringen die Klimaziele zu erreichen.» So sagte es der Direktor von der IAEA. Diese erfreuliche Nachricht widerspiegelt sich auch in diesem Postulat. Leider weniger im Bericht. Der Einwohnerrat darf nicht vergessen, dass Kriens, die 25 grösste Stadt der Schweiz, bezüglich Entwicklung hin zu erneuerbaren Energien zu wenig Verantwortung, geschweige dann Vorbildfunktion übernimmt. 1,1 % der Krienserinnen und Krienser fahren heute elektrisch. Dies sei hinter dem Schweizer durchschnitt, schnellwachsender Wert und Haupttreiber vom PV Ausbau. 5.1 % vom PV-Potential sei in Kriens ausgeschöpft. Dies sei im Schweizer Durchschnitt jedoch seien eben 95 % nicht ausgeschöpft. 19.8 % der Krienser Wohnungen werden erneuerbar geheizt. Auch dies sei ein wichtiger Treiber der PV Technologien. Der Stadtrat sei also kein Vorreiter im Umbau von erneuerbarer Energieerzeugung, deshalb ja, die öffentlich nutzbaren Flächen müssen belegt werden. Rund 3.8 Millionen Killo wattstunden elektrische Energie benötigt die Stadteigene Immobilie und Infrastruktur pro Jahr. Heute können rund 10 % von dieser Energie sauber und lokal produziert werden. Kriens benötigt also rund die zehnfache Fläche um die jährlich nötige Energie lokal zu ernten. Das ausgewiesene Potential in diesem Bericht führt dazu, dass Kriens auf 25 % kommen würde. Die Grüne/glp-Fraktion sieht jedoch mit dieser vorgeschlagenen Strategie, dass bei der Umsetzung von diesen Projekten erheblich weniger realisiert werden kann, als im Bericht ausgewiesen. Erstens werden Anlagen im contracting nach ökologischen Anhaltspunkten dimensioniert. Dies führt zu kleineren Anlagen und folglich werde das Potenzial von den Dächern nicht genutzt. Weiter hängt das Ausschöpfen von diesen Flächen erheblich vom Auftrag von der Ausschreibung ab. Es gelte daher zu verhindern, dass mit den Ausschreibungen nur ökonomisch relevante Flächen realisiert werden. Die Grüne/glp-Fraktion bezweifelt, dass aus finanzpolitischer Sicht in diesem Bericht die richtigen strategischen Schlüsse gezogen wurden. Energie verteuert sich mit den geopolitischen Problemen aktuell erheblich. Mit einer breiten Betrachtungsweise kann sich die Stadt gegen Preisschwankungen im Energiemarkt absichern. Es gelte auch dieses Risiko mit in die Überlegungen miteinzubeziehen. Die Grüne/glp-Fraktion hat noch einige Fragen. Kann der Stadtrat nachvollziehen, dass mit dieser Strategie das im Bericht ausgewiesene PV-Potenzial nicht ausgeschöpft werden kann? Sei es im Sinn von einer verantwortungsbewussten nachhaltig und lokalen Energiepolitik die richtige

Strategie das PV-Potenzial aufgrund von kurzfristigen finanziellen Überlegungen, das PV-Potential nicht auszuschöpfen. Hat der Stadtrat im Kontext von der Klimapolitischen Herausforderung tatsächlich entschieden, wie es im Bericht steht «keine Investitionen in erneuerbare Energie tätigen zu wollen»? Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion hat der Stadtrat mit diesem Bericht eine zu einseitige Lösung beschrieben. Sie fordern daher, dass mindestens die Submission so ausgeschaltet wird, dass das angegebene Potential ausgeschöpft werde. Es sollten keine Flächen verschwendet werden.

Laut Patrick Koch kann mit der Förderung von erneuerbarer Energie ein wertvoller, nachhaltiger Beitrag zur Energiewende geleistet werden. Mit dem absehbaren Importverbot von fossilen Brennstoffen aus dem russischen Schurkenstaat werde es eine grosse Herausforderung eine Energiekrise abzuwenden. Während viele nur von einer Stromlücke reden, soll die Stadt Kriens endlich aktiv werden und nicht nur Papier produzieren. Einmal mehr sei die SVP-Fraktion der Zeit wieder voraus und hat bereits vor 10 Jahren im Einwohnerrat einen praktisch identischen Vorstoss eingereicht, wie man jetzt einen von der FDP präsentiert bekommen. Der Titel des damaligen Postulates: Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen. Die damalige Forderung: Die Gemeinde wird aufgefordert, bei gemeindeeigenen Bauten die Eignung für die Installation von Solaranlagen zu prüfen, resp. durch ein Unternehmen abklären zu lassen. Für die Vermietung oder Verpachtung von geeigneten Dachflächen wird ein Dachnutzungsvertrag mit einem spezialisierten Unternehmen angestrebt. Im damaligen Bericht zum Postulat wurde ein Solarkataster für die gemeindeeigenen Liegenschaften versprochen. Dies als wichtigste Grundlage für die zukünftige energetische Nutzung von freien Dachflächen. Zur Realisierung von Photovoltaik-Anlagen auf Gemeindeliegenschaften bieten sich aus Sicht der Gemeinde deshalb grundsätzlich zwei Strategien an: Die Stadt finanziert, erstellt und betreibt eigene Photovoltaik-Anlagen. Dies setzt hohe Investitionen voraus. Der Stromertrag fliesst jedoch vollumfänglich in die Gemeindekasse. Die Stadt stellt einem Investor die Dachfläche für die Erstellung einer Photovoltaik-Anlage zur Verfügung. Bei der Gemeinde fällt kein Investitionsaufwand an, allerdings können auch keine nennenswerten Mieteinnahmen generiert werden. Im Jahr 2012 gab es eine Photovoltaikanlage auf dem Turnhallendach Amlehn sowie auf dem Betriebs- und Garderobengebäude des Parkbades. Die Erstellung wurde aber einem Investor überlassen. Zum Erstaunen der SVP-Fraktion seien in diesen zehn Jahren nur gerade sechs Anlagen dazu gekommen. Dabei kam es offenbar zu keiner zusätzlichen Vermietung von Krienser Dachflächen. Wenn bedenkt wird, dass bis zu 40 Dächer das Potenzial für eine Solaranlage aufweisen. Im Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion wurde damals auch auf das Projekt der CKW «Solarstrom macht Schule» hingewiesen. Die CKW stellt den Gemeinden im Versorgungsgebiet Unterstützungsbeiträge für die Realisierung von Photovoltaikanlagen auf Schulhausdächern zur Verfügung. Die Gemeinde hat damals im Bericht zum Postulat ihr Interesse angemeldet. Doch blieb es offensichtlich beim Interesse. Wie dem Bericht zum Postulat Ercolani entnommen werden kann, wäre aber gerade die Zusammenarbeit mit einem Contractor interessant, wenn er gleichzeitig Energieversorger sei. Die vom Postulanten genannte Firma Solarify sei eine von vielen Firmen die Dachdächer mieten. Erstrebenswert wäre jedoch die Zusammenarbeit mit den Krienser Energieversorgern EWL und CKW sowie mit lokalen Unternehmen. Ein Paradebeispiel sei z.B. die Energiegenossenschaft Luzern. Sie habe bereits mehrere Solardächer erstellt. So u.a. auf dem Schulhausdach oder auf dem Mehrzweckgebäude «Ökihof» in Udligenswil. Die Bürger können sich mit Anteilscheinen aktiv an der Finanzierung beteiligen. Eine tolle Sache. Einer Beheizung des Schwimmbeckens steht die SVP-Fraktion aus wirtschaftlichen Gründen kritisch gegenüber. Auch deshalb, da der Schwimmverein Kriens offenbar nicht mehr aktiv sei und Wettkämpfe somit weitgehend wegfallen dürften. Wenn immer wirtschaftlich sinnvoll und möglich, sollen jetzt auf Dächern der Stadt Kriens Solardächer montiert werden. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt sei eine Vermietung der Dachflächen sinnvoll. Schlussendlich habe eine Kommune auch immer eine Vorbildfunktion. Entstehen auf Dächern der Stadt Kriens mehr Photovoltaik-Anlagen, so werden auch private Nachahmer folgen.

Beda Lengwiler dankt im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dem Postulante für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Beantwortung. Sie finden es eine sehr gute Lösung, die Dächer in Kriens an Firmen zu vermieten. Speziell positiv findet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Idee aus drei Gründen: Finanziell: Weil Firmen auf Krienser Dächern die Anlagen bauen und selbst Geld in die Hand nehmen, muss

dies die Stadt Kriens nicht selbst finanzieren. Das KnowHow sei bei den Firmen vorhanden und Kriens muss kein Geld für Weiterbildungen oder externe Arbeiter in die Finger nehmen. Förderung der erneuerbaren Energie. Schlussendlich halte Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Förderung der erneuerbaren Energie für ein wichtiges Thema und Beda Lengwiler hoffe, dass im Bereich der Krienser Energiepolitik Fortschritte verzeichnen werden können. So kann Kriens auch das vom Einwohnerrat geforderte Ziel des Energielabels «Energistadt Gold» bis spätestens 2027 erreichen.

Laut Reto Felber zeigt der vorgelegte Bericht gut strukturiert das zur Verfügung stehende Potential von Solarnutzung auf den Krienser Dächer. Mit der aktuellen Situation sei es wichtig und richtig, dass dieses Potential bestmöglich genutzt werde. Dies auch in Verknüpfung mit der kürzlich angekündigten Idee bzw. Konzept «Wärmeverbund». Der vorgeschlagene Weg, als Stadt nicht selbst als Investor aufzutreten sondern nach möglichen Investoren zu suchen, findet die SP-Fraktion erstrebenswert. Die SP-Fraktion würde hier gerne die Idee von einer Solargenossenschaft anstossen. Auch die Vermietung von Dachflächen an willige Unternehmer soll eine Möglichkeit sein. Es stellt sich die Frage, wie die Öffentlichkeit informiert werde- Werde nur der altbekannte Weg vom Kriens Info gewählt, oder seien auch andere direktere Wege möglich um Hauseigentümer und weitere interessierte zu informieren und abzuholen? Zuletzt muss dem Stadtrat für die Verneinung von der letzten Frage einen Dank ausgesprochen werden. Die Umsetzung von der Vision «beizbares Schwimmbecken im Parkbad» wäre auch mit einem ökologischen Stempel schon rein aus finanzpolitischer Sicht eine unverhältnismässige Luxusinvestition. Das eine solche Anfrage von der auf das Budget beharrenden FDP-Fraktion kommt sei bemerkenswert.

Laut Roger Erni muss der Stadtrat die Balance aus den Voten finden. Wenn er hört, dass von Klimapolitischen Herausforderungen bis Krieg in der Ukraine bei der Beantwortung von diesen Fragen angesprochen werden, muss Roger Erni dem Einwohnerrat ein wenig die Hoffnung nehmen. Was der Stadtrat mit diesen fünf Fragen dem Einwohnerrat aufzeigen wollte. An dieser Stelle dankt Roger Erni noch Patrick Koch, was er schon vor zehn Jahren gemacht habe, dies sei etwas vergessen gegangen. In der Verwaltung sei es so, dass teilweise der Politiker den Anstoss geben muss, dass etwas wieder gemacht werde. Der Abteilungsleiter Daniel Hofmeister habe gesagt, dass man wirklich aufgrund von diesem Vorstoss oder auch aufgrund von Zahlen, Daten und Fakten mit den Solarkataster alles zusammenführen sollte und dann hätte man das was man hier in Stundenlanger Arbeit, aufgrund vom Vorstoss von Enrico Ercolani erarbeitet hat. Die Realität in der Verwaltung oder auch im Leben sei jedoch, dass man dies nicht so einfach machen kann. Der Stadtrat hat fünf Fragen von einem Postulanten erhalten und Roger Erni kann nun sagen der Stadtrat sei froh, dass sie wissen auf welchen Dächern das Potential am grössten sei. Roger Erni kann sagen, dass auf diesen angegebenen sechs Dächern in einem ersten Schritt, dies wird weitergehen aber es kann nicht alles auf einmal erledigt werden, auf das Krauermodul eine Solaranlage stellen. Daniel Hofmeister habe Roger Erni versprochen, dass im Sommer mögliche Anbieter angefragt werden. Es geht jedoch nicht, dass man einfach sagen kann ich habe eine gute Idee, Energiegenossenschaft, CKW oder EWL, sondern die Stadtverwaltung muss eine Submission machen. Pascal Meyer mag recht haben, dass nicht alle möglichen Dachflächen belegt werden können, da die Stadt Kriens abhängig vom Investor sei. Wenn der Investor sagt auf dem Gabeldingen Pächterhaus, auf welchem das Solarkataster vorgibt man könnte maximal 779 Quadratmeter belegen, würde Roger Erni die Forderung von Pascal Meyer nicht entgegennehmen wollen, dass gemäss Bericht die ganze Fläche belegt werden muss. Dies wird sich erst zeigen, wenn im KV oder in einer vertieften Abklärung den Solarkataster in der Realität überprüft werde. Der Stadtrat möchte in der Stadt Schritt für Schritt, der genannten Königin der Stromwelt, mehr Gewicht geben. Der Stadtrat sei froh, dass Kriens beim PV-Potential im Durchschnitt sei und man versucht auch dort zu bleiben, weil die anderen Städte und Gemeinden machen auch das Eine oder Andere. Der Stadtrat macht mit diesen sechs Dächern den ersten Schritt und der Einwohnerrat soll wieder nachfragen, damit der Stadtrat in einem zweiten Schritt vielleicht noch schneller und noch besser über Kanäle, über Information, dies wird im ersten Schritt das K-Intern sein, wo die SP-Fraktion nachgefragt hat. Der Stadtrat probiert, wie sie es bei der Frage drei und vier gesagt haben, wie sie motivieren oder mehr machen lassen könnten aus Gemeindesicht für die Krienser Bevölkerung.

11. Bericht Postulat Niederberger: Spielplätze für Kriens

Raoul Niederberger dankt dem Stadtrat für den Bericht zu seinem Postulat und für die Transparenz. Es wäre sicherlich auch möglich gewesen, die fehlenden Spielflächen beim Stadthaus undurchsichtiger auszuweisen. Wirklich zufrieden sei Raoul Niederberger mit dem Bericht aber noch nicht. Für ihn stellen sich insbesondere im Zusammenhang mit dem Mattenhof doch noch einige Fragezeichen. Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht, dass «einen Bedarf von 2'820 m² für Spielplätze und Freizeitanlagen ausgewiesen sei. Gemäss Umgebungsplan seien insgesamt sechs Bereiche für Spielplätze und Freizeitanlagen mit einer Gesamtfläche von 3'197 m² ausgewiesen. Demzufolge seien die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und die Bauherrschaft musste keine Ersatzabgabe leisten.» Der Stadtrat erwähnt auch Art. 11 BZV – die Bestimmung in der Verordnung zum BZR, welche Bestimmungen zu den Spiel- und Freizeitflächen enthält. Der besagte Art. 11 BZV regelt aber nicht nur die vom Stadtrat erwähnte Ersatzabgabe, sondern legt sehr detailliert fest, wie Spiel- und Freizeitflächen auszugestalten seien (Abs. 2). Raoul Niederberger zitiert aus der Bestimmung: «Es sind variantenreiche Spielplätze und Freizeitanlagen für verschiedene Altersgruppen (Kleinkinder, Schulkinder, Jugendliche, Erwachsene) und mit ausreichend beschatteten Sitzgelegenheiten zu schaffen. Neben herkömmlichen Spielgeräten sind auch Elemente vorzusehen, die Veränderbarkeit und Nutzungsvarianten ermöglichen (Sandmulde mit Wasserstelle, Kletterbaum, bewegliche Spiel- und Baumaterialien etc.).» Wenn sich jetzt einige die Frage stellen, wo denn diese abwechslungsreichen Spielplätze im Mattenhof sind, seien sie nicht die einzigen. Diese Frage habe sich auch ein Journalist der Luzerner Zeitung gefragt und sich auf die Suche nach den Spielplätzen gemacht. Fündig geworden sei er nicht. Wer ein Bild des Brunnens der «zum Wasserspiel» anregt sehen will, denn verweist Raoul Niederberger an dieser Stelle auf den entsprechenden Artikel vom 16. April 2022 «Mattenhof Kriens: Wo sind die Spielplätze geblieben?». Genau die Arbeit, die der Journalist der Luzerner Zeitung übernommen hat, hätte Raoul Niederberger eigentlich vom Stadtrat erwartet. Eine echte Kontrolle, nicht einfach eine «Literatur-Recherche». Papier gibt viel her und dass es in Kriens mit der Baukontrolle nicht immer bestens funktioniert hat, dürfe allen im Einwohnerrat bekannt sein – die Causa-Hochwald lässt grüssen. Raoul Niederberger hoffe deshalb, dass sich der Stadtrat diesbezüglich nochmals Gedanken macht, wie er eine effektive Baukontrolle gewährleisten will und sicherstellt, dass in Zukunft auch das geliefert werde, was versprochen wurden.

Hans Fluder dankt dem Stadtrat im Namen der SVP-Fraktion für den Bericht. Wie der Postulant in seiner Begründung schreibt, seien die Bauherren bei grösseren neuen Überbauungen grundsätzlich verpflichtet, Spielplatz und Freizeitanlagen zu realisieren. Aus Sicht der SVP-Fraktion sollte man die Bauherren auffordern Räume für Kitas einzuplanen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinden und Städte für solche Räume viel Geld ausgeben müssen. Auf der Anlage des Stadthauses sei es schwierig einen Spielplatz zu bauen. Im nahen Bellparkareal habe es einen sehr schönen Spielplatz mit Geräten. Im Sommer sehr einladend, da dieser mit Bäumen überdeckt sei und der Spielplatz immer im Schatten sei. Was bringt das für Kinder, wenn Bauherren mit einer Ersatzabgabe bestraft werden? Das hilft den Kindern auch nicht viel. Eine andere Idee wäre, mit der Sonnenbergbahn auf den Sonnenberg zu fahren zur Freude der Kinder und dort treffe man auch auf einen Spielplatz, der sehr gut eingerichtet sei, oder die Langmatte mit dem grossen Angebot an Geräten.

Jörg Ziemssen bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion beim Stadtrat für die Beantwortung dieses Postulats. Noch möchte sich die FDP-Fraktion bei Raoul Niederberger für die Einreichung dieses Postulats bedanken. Wenn Jörg Ziemssen die Antworten auf die Fragen lese, dann scheint alles in Ordnung zu sein. Auf den ersten Blick beeindruckte ihn die grosse Quadratmeter Zahl an Spielplätze. Macht man jedoch einen Vorortbesuch, dann sehe es anders aus. Kleines Beispiel: Seine 14-jährige Tochter hätte wohl Freude an diesem Spielplatz genannt «Treppe». Sei ideal um sich teenagermässig zu verweilen. Die FDP-Fraktion fragt sich ob diese Abnahme im Sinne von Spielplatz-Fläche gemacht wurde? Wie erfolgt eine solche Abnahme? Sei es Sinn und Zweck jeden Quadratmeter anrechnen zu lassen? Vielleicht sei eine Überprüfung des Verrechnungspreises von Fr. 200.00/m² sinnvoll um den

Druck etwas zu erhöhen. Auf dem Papier sieht es einfach aus und vor Ort kriegt man einen anderen Eindruck. Was kann stadtseitig unternommen werden, dass inskünftig bei diesem Thema mehr Spielplatz-Lebensqualität auch vor Ort umgesetzt werde. Die FDP-Fraktion wäre froh, wenn in Zukunft genauer hingeschaut werde.

Beda Lengwiler dankt dem Postulanten herzlich für den Vorstoss und dem Stadtrat für den Bericht. Als Vertreter einer Familienpartei sei für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion Spielplätze ein sehr wichtiges Thema. Sie finden es richtig und wichtig, dass der Bau von Spielplätzen gesetzlich geregelt sei und in der Praxis umgesetzt werde. Wichtig sei der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion speziell, dass das Geld, welches durch die Ersatzabgaben an die Stadt fliesst nicht in der Stadtkasse verschwindet, sondern auch wieder für Spielplätze und Freizeitflächen eingesetzt wird. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei froh, dass die Stadt Kriens dies mit einem Fonds regelt. Die Spielplätze sowie die Freizeitflächen müssen in Kriens gefördert werden und auch durch regelmässige Wartungen intakt gehalten werden. So dass Kinder in der Stadt Kriens die Möglichkeit haben, sich auf Spielplätzen auszutoben und eine schöne Kindheit zu verbringen.

Laut Cedric Seger hat auch die SP-Fraktion verwundert festgestellt, dass im Mattenhof über 3'000 Quadratmeter Spiel- und Freizeitflächen bestehen sollen. Cedric Seger sei ähnlich wie Raoul Niederberger vorgegangen und habe sich die gesagte Verordnung angeschaut. Im Abs. 1 steht: «Die Beurteilung der Spielplätze und Freizeitanlagen erfolgt im Einzelfall und nach qualitativen Kriterien. Wenn Cedric Seger in den Mattenhof schaut, nehme es ihn wunder was das für qualitative Kriterien seien. Ausserdem verweise man im Abs. 4 auf eine Publikation «Grundlage für kinderfreundliche Wohnumfelder». Darin stehe treffend: «Attraktive und naturnahe Spielräume sind Qualitätsmerkmale der Familien- und Generationenfreundlichkeit einer Gemeinde, eines Quartiers, einer Überbauung oder einer Institution. Eine naturnahe Spielumgebung bietet Kindern Raum für prägende und elementare Lebenserfahrung und Lernprozesse. Sie sind Grundvoraussetzung einer ganzheitlichen Entwicklung». Dies möchte Cedric Seger gerne in den Vordergrund stellen, denn es gehe nicht darum, dass Kinder ein wenig Schaukeln können. Es sein ein wichtiger Punkt in der persönlichen Entwicklung von den Kindern. Cedric Seger möchte an dieser Stelle den Professor für Stadtplanung, Jan Gehl, zitieren: «Die Lebensqualität eines Ortes misst sich daran wie viele Kinder und Seniorinnen auf den Strassen und Plätzen anzutreffen sind». Im Mattenhof seien diese bloss anzutreffen, wenn sie gleichzeitig auf den Zug gehen. Es zeigt sich auch, dass 33 % von den Baugesuchen fristgerecht abgehandelt werden konnten. Das heisst es fehlen Ressourcen. Wenn Ressourcen fehlen muss das Controlling vernachlässigt werden. Insbesondere bei grossen Überbauungen, was eben der Grund für die 33 % sei, habe Bauherren häufig eine freie Hand. Daher verlangt die SP-Fraktion, dass in erster Linie eine klare Definition von diesen qualitativen Kriterien erfolgt und dass Ersatzabgaben nicht die Norm sein sollten. Wenn Cedric Seger an seine Kindheit zurück denkt, sind viele Erinnerungen auf dem Spielplatz im Obernau entstanden. Es wurden viele bis heute anhaltende Freundschaften gegründet, Dispute wurde ausgefochten und mit einem Fussball verursachte Fensterschäden wurden beglichen. Kurzum, Cedric Seger konnte seine sozialen, physischen und gezwungenermassen auch monetären Kompetenzen stärken und entwickeln. Viele von diesen Erfahrungen seien spontan vor der Haustüre entstanden und nicht auf einem weit entfernten Leuchtturm-Spielplatz. Cedric Seger möchte den heutigen Kindern dieselben Erfahrungen ermöglichen. Es sei ihm lieber, wenn Krienserinnen und Krienser von Erfahrungen auf dem Spielplatz erzählen und nicht vom Play-Station Highscore, weil sie nur eine Betonwüste bespielen konnten, wie dies aktuell auf im Mattenhof der Fall sei.

Bettina Gomer-Beacco möchte etwas vorwegnehmen, weil sie das Gefühl hat es komme jetzt dann die Aussage, dass der Mattenhof ja nicht viele Kinder habe. Natürlich habe es dort nicht so viele Kinder in den Wohnungen aber vielleicht bei der Grossmutter oder beim Grossvater. Es habe auch Geschäfte und Restaurants. Wo Restaurants sind möchte man bestimmt auch Familien ansprechen und die benötigten Aussenqualität. Nicht nur in der Allmend sondern wirklich vor Ort. Es sei auch nicht so, dass Aussenqualität nur

für Kinder wichtig sei, sondern auch für Erwachsene. Der Mattenhof sei im näheren Einzugsgebiet von Bettina Gomer-Beacco und sie läuft dort oft vorbei. Ausser gerade vor dem Kaffee lädt es nicht ein sich dort aufzuhalten. Boule spielen könne man nicht vor der Migros im Mattenhof, es sei sogar schwierig im Sommer dort zu sitzen, weil es so heiss sei.

Maurus Frey dankt für die Statements bezüglich der Qualität oder Qualitätserwartungen zu den Spielflächen. Maurus Frey versucht zuerst Gemeinsamkeiten zusammenzufassen, welche er durch alle Fraktionen gehört habe. Spielplätze seien wichtig für den Einwohnerrat, diese Haltung teilt der Stadtrat ebenfalls. Es sei ein trauriges Bild in der Luzerner Zeitung, ein Kiesplatz im Regen und ein kleiner Brunnen neben zu und das ganze ausgewiesen als Spielplatz. Maurus Frey möchte schnell rekonstruieren was passiert sei. Es wird über die Spiel- und Freizeitfläche beim Mattenhof gemeckert. Der Mattenhof basiert auf einem Gestaltungsplan. In diesem Gestaltungsplan habe man quantitative Vorgaben zu den Spielflächen gemacht. Es wurde definiert wie viel Fläche erstellt werden muss. Dies war die erste Stufe von der Verwässerung. Es wurde nicht auf das BZV verwiesen, sondern man hat in den Sonderbauvorschriften Quantität vor Qualität erwähnt. Die nächste Kaskade von der Verwässerung sei beim Baugesuch selbst. Dort wurden Spielflächen nachgewiesen und die Spielflächen wurden als solches erlaubt bzw. wurde die Baubewilligung aufgrund von diesem Nachweis erteilt. Es werde suggeriert, dass hier Gesetze nicht eingehalten werden. Schlussendlich muss festgehalten werden, dass der Stadtrat zwei Mal entschieden hat. Das erste Mal beim Gestaltungsplan und das zweite Mal beim Erteilen der Baubewilligung für die Überbauung Mattenhof. Maurus Frey denkt, dies muss auch etwas dem Geist von dieser eingeordnet werden. Es herrschte einen Entwicklungsenthusiasmus in der damaligen Gemeinde Kriens. Der Mattenhof musste um jeden Preis gebaut werden. Es war ein Leuchtturmprojekt, der Anfang einer richtig grossen Entwicklung im Luzern Süd. Es sei eine Frage von der Qualität und wie diese beurteilt werden soll. Es sei eine herausfordernde Frage und auch eine Beurteilung, welche sich in den letzten Jahren stark gewandelt habe. Maurus Frey denkt, dass Kriens nicht mehr in dieser entwicklungsenthusiastischen Zeit sei, wo man mit jeder Spielfläche zufrieden ist. Maurus Frey zeigt dem Einwohnerrat den Spielflächennachweis. Man kann feststellen, dass alles was im Gestaltungsplan verlangt wurde und alles was im Baugesuch versprochen wurde auch realisiert wurde. Es wurde gesagt, dass nicht kontrolliert werde. Dies sei keine richtige Aussage. Maurus Frey liest aus einem Bericht vom zuständigen Abteilungsleiter vor: «Sehr geehrter Herr X wir haben am 27. Juni die realisierten Umgebungsarbeiten vor Ort besichtigt. Es zeigt sich, dass die Umgebungsarbeiten weitgehend entsprechend den bewilligten Plänen und Vorgaben ausgeführt wurden. Wir können die Umgebungsarbeiten daher mit folgenden Auflagen abnehmen». Da werden noch zwei Auflagen gemacht beim einen gehe es um Veloabstellplätze und beim andern um Bäume. Es habe also eine Kontrolle stattgefunden. Der Stadtrat muss und möchte etwas daraus lernen. Der Stadtrat sei mit dem geschehenen ebenfalls nicht zufrieden. Wie soll damit umgegangen werden? Der Einwohnerrat habe momentan die Möglichkeit in der Mitwirkung zum Bell Areal die Sonderbauvorschriften zu kommentieren. Sonderbauvorschriften zu Spielplatz und Freizeitflächen werden in diesen Sonderbauvorschriften nicht auffindbar sein. Weshalb nicht? Genau aus diesem Grund, dass der Stadtrat mit Sonderbauvorschriften nicht die erste Kaskade von der Verwässerung vornehmen möchte. Das BZV komme voll und ganz zum Tragen und Greifen. Im Fall von nicht realisierten Spielflächen könne also die Abgeltungsgebühr einverlangt werden. Dies mache die Stadt Kriens bereits. In der Rechnung, welche heute behandelt wurde, sei im Eigenkapitalnachweis der Fonds für Spielplätze. Dieser Fonds habe momentan Fr. 32'000.00 und dies dient ausschliesslich der Erstellung und dem Unterhalt von öffentlichen Spielflächen. Dies sei klar und gut geregelt. Der Stadtrat wird, wie es das jüngste Beispiel von den Sonderbauvorschriften vom Bell zeige, keine Verwässerung von den guten Vorschriften im BZV zulassen. Der Stadtrat wird im Rahmen von der Ortsplanungsrevision versuchen der Versorgungsgrad an Spielflächen zu untersuchen. Die Vorschriften bezüglich dem erstellen seien noch nicht so alt und deshalb gebe es das Eine oder Andere Defizit bei den altsubstanzen. Es würde dem Stadtrat fernliegen damit zu argumentieren, dass dort keine Kinder wohnen, dies sei dem Stadtrat völlig Egal. Die Flächen von Spielplätzen bemessen sich alleine von der Anzahl an Wohnungen und dessen Grössen. Es sei ein wichtiges Thema, welches angesprochen wurde. Maurus Frey fasst nochmal zusammen, dass allen die Spielflächen in der Qualität sowie in der Quantität wichtig seien und der Stadtrat sei sich dieser Haltung vom Einwohnerrat bewusst und wird sich bei den Bauprojekten dafür einsetzen, dass diesen

Ansprüchen Rechnung getragen werde. Spielflächen und Aufenthaltsflächen seien Aufenthaltsqualität und je mehr Kinder und ältere Leute auf den Strassen seien, umso besser wurde die Gesetzgebung umgesetzt.

Das Traktandum ist somit erledigt.

12. Bericht Postulat Tanner: Pilotversuch: Betriebsauslagerung Parkbad Kriens und Krauer an die Hallenbad AG

Beat Tanner dankt dem Stadtrat im Namen der FDP-Fraktion für den sehr guten und aufschlussreichen Bericht. Erstaunt hat die FDP-Fraktion, dass Luzerner Vereine und Schwimmunterrichte keine Gebühren für die Benützung der Wasserflächen bezahlen müssen. Schliesslich kann man nicht davon ausgehen, dass die Benutzer alle Krienser Bürgerinnen und Bürger seien. Sie begrüssen es, wenn sorgfältig die Gebühren und Erträge überprüft werden und eine Anpassung erfolgt, wenn dies sinnvoll und angezeigt sei. Zum Schulschwimmen wartet die FDP-Fraktion die Beantwortung der Interpellation zum Schulschwimmen ab, um ein richtiges Bild machen zu können. Eine Erhöhung des Kostendeckungsgrad sei zu begrüssen. Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass ein durchschnittliches Hallenbad in der Schweiz einen Kostendeckungsgrad von 30 % bis 50 % aufweist. Eine Auslagerung der Badibetriebe bringt aus Sicht der FDP-Fraktion hohe Synergien und einen grossen Nutzen für die Besucherinnen und Besucher. Die FDP-Fraktion stellt sich vor, dass der bauliche Unterhalt der Anlagen sowie die Abschreibungen der Investitionen (Fixkosten) bei der Stadt verbleiben. Hingegen soll der ganze Betrieb der Badi, der Restauration, inkl. WC-Reinigungen usw. ausgelagert werden. Ähnlich wie eine Pacht eines Restaurants. Sie begrüssen es sehr, dass der Stadtrat mit der Hallenbad AG Kontakt aufnehmen werde, um die Bereitschaft und die Möglichkeiten zur Auslagerung von heute durch die Stadt Kriens erbrachten Leistungen zu prüfen. Sehr wichtig erscheint der FDP-Fraktion, dass der Stadtrat zuerst Kontakt mit dem Verwaltungsrat der Hallenbad AG aufnimmt, um die Bereitschaft zu klären. Dies kann nicht mit dem Geschäftsführer der AG gemacht werden, da für die Strategie der Verwaltungsrat der Hallenbad AG zuständig sei. Sie seien gespannt, was der Verwaltungsrat der Hallenbad AG für eine Haltung dazu hat und welche Möglichkeiten sie sehen. Die FDP-Fraktion freue sich auf die Berichterstattung in einer der nächsten KFG Sitzungen.

Laut Simon Solari nimmt die Grüne/glp-Fraktion den Bericht des Stadtrates zur Betriebsauslagerung Parkbad Kriens und Krauer an die Hallenbad AG zur Kenntnis. Die aufgezeigten Zahlen in diesem Bericht verheissen nichts Gutes für die Zukunft der Krienser Badis. Gleichzeitig zeigt der Bericht aber auch, dass eine Betriebsauslagerung nicht die Lösung sei, da finanzielle Effizienzsteigerungen durch engere Kooperation nur in bescheidenem Ausmass erreicht werden können, weil sich die Betriebskosten zu einem hohen Teil aus Fixkosten zusammensetzen. Sie fragen sich, ob eine Erhöhung der Eintrittspreise der richtige Weg sei. Bitter sei, dass man sich den kantonalen Richtlinien anpasst und den Schwimmunterricht auf das Minimum kürzt. Die Grüne/glp-Fraktion kann sich nicht vorstellen, dass die Vermietung an Dritte so viele Einnahmen generieren, dass im Gegenzug auf den Schwimmunterricht für Kinder verzichtet werden kann. Dabei werde die Wichtigkeit des Schwimmens für Kinder aussenvor gelassen, was ein fatales Zeichen sei.

Laut Akermann Michele möchte sich die SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Ausführungen zum Postulat bedanken, diese seien sehr ausführlich erfolgt. Von einer eigentlichen Beantwortung kann die SVP-Fraktion aber noch nicht sprechen, worauf sie später noch zurückkomme. Die SVP-Fraktion unterstütze den eingeschlagenen Weg, dass Ertragssteigerungen und Kostensenkungen eruiert und umgesetzt werden. Leider scheint das Potential dazu eher gering zu sein. Die Idee einer Auslagerung findet

die SVP-Fraktion durchaus interessant. Leider sei diese Frage und damit das Hauptthema des Postulates ihrer Ansicht nach nicht beantwortet worden. Es interessiert die SVP-Fraktion stark, was die Diskussionen mit der Hallenbad AG ergeben bzw. allenfalls bereits ergeben haben. Da dadurch das Postulat bislang nicht beantwortet wurde, beantragt die Fraktion der SVP das Postulat nicht abzuschreiben. Sie hoffen dies sei im Sinne des Postulanten.

Vonesch Andreas dankt Beat Tanner im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für das Postulat. Es richte den Blick nicht nur auf einen finanzpolitischen Aspekt, sondern auch auf weitere Bereiche einer engeren Zusammenarbeit mit verschiedenen regionalen Betrieben oder Behörden. Leider werden diese Bereiche wie schnellere und innovative Reaktion auf Kundenbedürfnisse, Nutzung von Synergien oder mehr Flexibilität im Personalbereich kaum angesprochen. Dass der Bericht aus der Feder des Finanzdepartements stammt, erkennt man unschwer an der Schreibweise mit der Implementation vieler Zahlenfakten. Und endgültig öffnet der Faktencheck dann die Augen, wenn man auf Seite 6 liest, dass aus den drei Kostenträgern Hallenbad, Parkbad und Restaurant ein jährliches Defizit von rund 1,2 Millionen Franken zu erwarten sei. Wenn man dann weiterliest, dass beim Aufwand kaum Einsparungen möglich seien, dann wird auch klar, dass nur über die Ertragsseite der Schaden in Grenzen gehalten werden kann. Als privatwirtschaftlicher Ökonom würde man sagen, sofort abtosseln und vergessen, das will und kann sich Kriens nicht leisten. Eine Stadt kann aber nicht privatwirtschaftlich funktionieren - zum Glück. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion will das Freizeitangebot «Badi» mit seiner Infrastruktur und Restaurant. Es sei eine bürgerorientierte Aufgabe und gehört zu einem attraktiven Angebot von einer Kommune oder eben der Stadt wie Kriens. Die Mitte/Die Jungen Mitte-Fraktion geht deshalb mit dem Stadtrat einig, dass durch Ertragssteigerungen, aber auch durch Kostensenkungen mögliche Optimierungen realisiert werden. Deshalb sei es wichtig, den eingeschlagenen Weg von weiteren Gesprächen und Optimierungen mit anderen Gemeinden oder Betrieben weiterzugehen. Auch die Möglichkeit einer Auslagerung müsse weiterhin geprüft werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei gespannt auf die Ergebnisse dieser Diskussionen.

Laut Cedric Seger steht auch die SP-Fraktion hinter dem Weg, welcher der Stadtrat eingeschlagen hat. Es sei wichtig Synergien zu nutzen um so den Wissens Transfer zu gewährleisten. Die SP-Kriens steht hinter diesem Pilotprojekt und kann sich damit identifizieren in dem wie gesagt die Synergien genutzt werden. Dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger muss Rechnung getragen werden, wie dies auch mit der Verbesserung vom Angebot im Bericht angesprochen werde. Cedric Seger möchte jedoch noch Stellung zu der Kürzung vom Schwimmunterricht nehmen und dies auf eine etwas zynische Art und Weise. Reichen grosse Klassen, teure Tagesstrukturen, kein Ferienhort und gekürzte Unterstützung bei den Betreuungsgutscheinen noch nicht aus um Familien von Kriens fern zu halten?

Cyrill Zosso möchte Stellung nehmen zu Vorredner, dass das Potential zu den Synergien Nutzung noch nicht tiefgehend abgeklärt wurde. Er möchte da auf den Abschnitt hinweisen, welcher auf den Studienauftrag im Namen von Luzern Süd hingewiesen wird. Da gehe es genau um die Ermittlung von Synergien mit BPM Sports GmbH. Cyrill Zosso sei noch nicht dazugekommen diesen anzufordern, er würde jedoch empfehlen, dass dieser allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip zugestellt wird. Damit dieser gelesen wird, bevor man dieses Postulat warm behält. Es wird nämlich darauf hingewiesen, dass Synergien schwierig seien, weil man ganz verschiedenen Betriebsweisen habe. Cyrill Zosso findet es auch sehr interessant, dass in der KFG jährlich informiert wird. Er schlägt deshalb vor das Postulat abzuschreiben, den Bericht zu lesen und danach weiterschauen.

Roger Erni habe den Bericht vor sich und wird abklären, ob und wie er diesen dem Einwohnerrat zustellen kann. Roger Erni dankt für den Vorstoss und für den Support zum dargelegten Weg. Die Beantwortung mache deutlich, dass das Parkbad, das Krauer und das Restaurant jährlich über eine Million Franken kostet. Andreas Vonesch sei auf diesen Punkt konkret eingegangen. Kriens hat sich vor zehn Jahren für ein neues

Parkbad entschieden und nun wird es von der Stadt Kriens betrieben und finanziert. Es sei gut, dass die Transparenz über diesen Vorstoss wieder hineinkommt. Roger Erni möchte beim Kostenträger Badeanlagen Kleinfeld dem Einwohnerrat aufzeigen auf Seite 4, der mittlere Ertrag pro Eintritt im letzten Jahr Fr. 5.40. Der geschätzte mittlere Aufwand pro Jahr sei 1.2 Millionen Franken. Das bedeutet der Vollkosten pro Eintritt wäre 15 bis 20 Franken. Die Stadt Kriens finanziert jeden Eintritt mit 10 bis 15 Franken. Das ist es dem Stadtrat wert, ansonsten könnte die Badi geschlossen werden. Nun möchte der Stadtrat ein wenig schrauben und es kann sein, dass es zuerst runter gehe und erst dann hoch. Der Stadtrat hat einige Ideen und diese wurden dem Einwohnerrat angezeigt. Keine Badi in der Schweiz wird je Kostendeckend zu betreiben sein. Der Stadtrat koordiniert im Bereich der Synergienutzung bereits seit Monaten mit allen K5 Gemeinden den anfangs erwähnten Bericht. Die Luzerner Zeitung hat vor wenigen Tagen dazu einen Bericht erfasst. Vor dieser Einwohnerratssitzung hat der Stadtrat mit dem Leiter von der Hallenbad AG geredet. Im Sinne von einer Zusammenarbeit, welche noch zu definieren sei, sind beide Seiten interessiert. Den Tipp von Beat Tanner, mit dem Verwaltungsrat zu sprechen, nimmt Roger Erni gerne auf. Der Stadtrat wird folgende zwei Teile bereits im Jahr 2022 versuchen umzusetzen. Erstens das Kassensystem Synchronisieren. Sowohl Emmen wie auch Luzern und Kriens besitzen neu dasselbe Kassensystem. Da sieht der Stadtrat Potential. Wenn man weiterdenkt, könnte dies bedeuten, dass die Sportcard als Testversuch auf das Krienser und das Bad in Emmen ausgedehnt. Dies wäre dann ähnlich wie bei einem GA. Zweitens sind alle drei interessiert an einer gemeinsamen Vermietung von Wasserflächen. Auf Kriens.ch sei die Wassermiete ersichtlich. Ein Verein sieht, was die Wassermiete kostet. Dies macht die Hallenbad AG Luzern schon lange und diese haben höhere Wassermieten. Emmen übernimmt per 1. Januar 2023 dieselben Preise und hat gesagt, sie wollen dort etwas Unternehmen. Dies generiert dann den Eint oder Anderen Franken. Die Wassermiete pro Schüler kostet nun nicht mehr Fr. 3.00, sondern Fr. 9.00. Der Einwohnerrat hat mit der Immobilienstrategie sowie mit der Gebührenverordnung dem Stadtrat den Auftrag gegeben da zu optimieren. Die Schule hat deshalb gesagt, dass nur noch, wie es in den DVS-Richtlinien steht, die dritte und die vierte Klasse im Schwimmen unterrichten. Ausserhalb von der dritten und vierten Klasse findet in dieser Zeit Turnunterricht statt, sie bewegen sich also genau gleich. Schwimmen sei heutzutage einfach teuer. Roger Erni denkt an Schwarzenberg, welche mit dem Bus auf Emmen gehen und dort die Wassermiete zahlen und dazu noch den Bus finanzieren, da sei Kriens hingegen nicht gerade gratis aber die Schule muss sich überlegen wie viele Wasserfläche sie benötigt, damit sie den Unterricht so durchführen kann, wie es im Schulgesetz steht. Freiwillige Leistungen werden aufgrund vom neuen Preis nicht mehr gemacht. In der Interpellation Ziemssen wird Roger Erni das noch im Detail aufzeigen. Es hat sogar schon eine Schwimmschule aus Spiez Wasserfläche in Kriens gemietet. Diese Geschichte sei noch nicht abgeschlossen. Der Stadtrat werde die Interpellation beantworten und möchte noch in der KFG aufzeigen, was in der nächsten Zeit angedacht sei.

Abstimmung über den Antrag der SVP das Postulat nicht abzuschreiben

Mit 17:12 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja

Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Das Traktandum ist somit erledigt

13. Interpellation Lengwiler: Förderung von Sharing-Angeboten

Beda Lengwiler dankt für die Beantwortung seiner Interpellation. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei zufrieden mit der Beantwortung. Sie finden es schade, dass die Nextbikestationen in Kriens noch nicht so verbreitet seien - speziell im Vergleich mit der Stadt Luzern. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hofft, dass in naher Zukunft alle von diesem Angebot profitieren können. Sie erhoffen sich, dass in Zusammenarbeit mit Nextbike die Anzahl der Velostationen deutlich ansteigt und so alle Krienserinnen und Krienser von dem Angebot profitieren können. Gespannt sind sie auch, wie viel es die Stadt kosten würde, wenn Kriens der Bevölkerung vier Stunden gratis Nextbikevermietung anbieten würden. Positiv findet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, dass die Stadt Kriens in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und mit Partner die Förderung von Sharing-Angeboten angeht. Denn es sei wichtig, dass man mit den Nachbargemeinden koordiniert vorgeht und versucht, Win-Win Situationen entstehen zu lassen. Kriens muss die Region zusammen mit den Nachbargemeinden und nicht gegeneinander attraktiv gestalten. Allgemein findet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Förderung von Sharing-Angebote ein wichtiges Thema. Der Trend sei klar - die Nachfrage steigt und dies speziell in urbanen Regionen wie der Stadt Kriens. Die Stadt Kriens soll die Nachfrage regelmässig prüfen und das Angebot entsprechend anpassen. Wichtig sei, dass die Krienserinnen und Krienser auch stark auf dieses Thema sensibilisiert werden. Es soll allen Krienserinnen und Krienser klar sein, welche Möglichkeiten sie in diesem Bereich haben. Sharing-Angebote sind eine positive Sache: Denn man leistet im gleichen Aufwisch einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Verkehrsentslastung. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion werde in den nächsten Monaten und Jahren ein Blick auf diese Thematik haben und sie hoffen, eine positive Entwicklung feststellen zu dürfen.

Laut Peter Stofer sind Sharing Angebote ressourceneffizient und kostengünstig. Der Sharing-Economie gehört die Zukunft. Bereits heute kann man schon alles ausleihen. Man muss heute nicht mehr alles selbst besitzen. Luzern und Horw kann die Nextbikes schon heute gratis nutzen. Krienser Bürgerinnen und Bürger zahlen ab der ersten Minute. Da hat Kriens im regionalen Standortmarketing noch keine Punkt gewonnen. Man muss dem Stadtrat jedoch zugutehalten, dass er sich differenziert mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat. Einerseits sagt der Stadtrat, dass Kriens schon eine Art Mobilitätsplattform auf der Webseite hat. Dort listet der Stadtrat alle Sharing-Angebote auf unter Anderem der Telebus, welcher dank grossem Engagement von privaten Bürgerinnen und Bürger auch in Randstunden Krienser Aussenquartiere bedient. Da sei Kriens sicher führend und es sei Regional oder Überregional fast einmalig. Andererseits begründet der Stadtrat die gewisse Zurückhaltung mit beschränktem ökologischen Nutzen. Jede Einführung von solchen Sharin-Angeboten führt auch zu einer Mengenausweitung. In diesem Fall zu einer Verkehrsmengen Ausweitung. Wer vorher zu Fuss unterwegs war, sei nun auch noch mit dem Trottnet unterwegs. Der Velofahrer steigt von Zeit zu Zeit auf das Mobility Auto um. Trotz allem gehört zu einer zeitgemässen Mobilitätsinfrastruktur auch ein angepasstes Sharing-Angebot. Kriens hat da noch Luft nach oben. Ein

niederschwelliger Velo Verleih müsste in Kriens möglich sein. Die Grüne/glp-Fraktion fordert den Stadtrat auf den Rückstand gegenüber Nachbargemeinden aufzuholen.

Für Beat Rüegg sind öffentliche Sharing-Angebote zum null Tarif pleiter Städte gemäss dem Motto «gewinne den Privaten, Verlust dem Staat». Die SVP-Fraktion fragt sich wieso soll der Interpellationsinhalt Aufgabe der Stadt Kriens sein? Das könnte doch durch Unternehmen viel besser realisiert und Angeboten werden. Dazu habe die SVP-Fraktion einen prüfenswerten Optimierungsvorschlag. Wie wäre es mit einer zusätzlichen Rollschuh, Skateboard, Einrad oder Rollatoren Ausleihe? Kosten für Gratisbike von Sharing-Angebote durch die Stadt Kriens zu übernehmen sei wohl ein Witz? Sollen dann dafür die Betreuungsgutscheine noch teurer werden? Oder sei soeben ein Milliardär nach Kriens gezogen, welcher die Schulden von Kriens übernimmt? Die Interpellationsbeantwortung durch den Stadtrat sei für die SVP-Fraktion jedoch ok. Insbesondere auch durch den gut begründeten E-Scooter Stopp.

Ivo Durrer dankt dem Stadtrat im Namen der FDP-Fraktion für die sehr ausführliche Antwort. Die FDP-Fraktion findet es schade, dass die Stadt Kriens den Trend nicht fördert. Fraglich sei für die FDP-Fraktion wie intensiv sich der Verfasser von den Antworten mit den Fakten auseinander gesetzt habe. Freefloatin heisse nicht, dass die E-Scooter danach überall abgestellt werden, sondern die Städte könnten klare Parkplätze definieren. Erfahrungen in anderen Europäischen Städten haben gezeigt, dass dies sehr gut funktioniert.

Bettina Gomer-Beacco dankt für die Beantwortung von dieser interessanten Anfrage von Beda Lengwiler. Die SP-Fraktion sei einverstanden mit der Strategie und den Ideen, weil die Kommune zuständig sei, wenn es um Nachhaltigkeit gehe. Bei der ersten Beantwortung findet die SP-Fraktion toll, dass das Nextbike auch in Kriens Fuss fassen soll. Mit E-Bikes sei dies auch toll, jedoch sei Bettina Gomer-Beacco etwas gestockt beim Punkt, dass man im Wichlern- und Kuonimattquartier das Angebot ausbauen will, um dem zurückfallenden Anschluss an den öffentlichen Verkehr entgegen zu wirken. Sie habe sich dann alte Leute auf dem E-Bike vorgestellt. Bettina Gomer-Beacco denkt im Kuonimattquartier würde es mehr Sinn machen, wenn man Wege erstellt, welche den Weg zur Bushaltestelle verkürzen. Die SP-Fraktion sei auch dafür, dass nicht noch zusätzlich Trottinets kommen. Es gehe nicht darum die Bequemlichkeit zu fördern, sondern die Alternativen zum Auto oder ÖV. Bettina Gomer-Beacco würde gerne noch ein Angebot von Cargo-Velo sehen. Dies sei nicht gerade als erstes wichtig aber vielleicht in einem zweiten Schritt. Gerade für Jugendverbände wäre dies bestimmt spannend. Anstatt ein Mobility auszuleihen könnte dann die Pfadi am Samstag ein Cargo-Velo benutzen.

Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat für die Inputs zur Interpellation von Beda Lengwiler. Es sei eine wichtige Frage. Sharing-Angebote seien ein wichtiger Baustein um die Multimodalität in der Mobilität zu fördern. Das heisst, dass ein Velofahrer auch einmal Autofahrer sein kann, dies sind dann die gefährlichen roten Autos auf der Strasse oder dass ein Autofahrer ein E-Bike ausprobieren kann und so die Vorzüge von einer anderen Mobilität kennenlernt. Es sei ganz wichtig, dass Kriens die Möglichkeit hat die richtige Mobilitätsform für die richtige Mobilitäts herausforderung zu wählen. Das Velo sei nicht immer das beste und das Auto sei nicht immer das einzig praktikable. Je nach Aufgabe und je nach Anspruch, je nach Situation und Wetter darf es eine andere Mobilitätsform geben. Wichtig sei es zu wissen, dass Kriens die Krankenmobilen fördert. Im Lindenberg sei die Krankenmobilen-Zentrale vom Krienser Samariterverband. Dort können Krankenmobilen wie Krücke, Rollatoren usw. zu günstigen Konditionen ausgeliehen werden. Mobilität sei etwas, was alle Altersschichten betrifft. Busfahren sei nicht nur ein Privileg, welches nur den alten Leuten vorbehalten sei sondern das dürfen alle von jung bis alt. Für Maurus Frey war klar, ob allen bewusst sei, dass Kriens Nextbikes hat. Kriens hat das Minimalangebot und der Stadtrat sei bemüht das Synergieangebot zu ausbauen. Die Stadt Kriens schreibt bei neuen Überbauungsgebieten mit dem Mobilitätskonzept Nextbikes Stationen vor. Es werden Mobility Stationen vorgeschrieben und auch die Amag hat ein Angebot für Carsharing. Der Stadtrat versucht Nextbike-Stationen mit öffentlichen Plakatständer zu kombinieren und es soll dann so weit gehen, dass die Einnahmen durch Plakatkonzessionen das Angebot von Nextbikes finan-

ziert. Der Stadtrat hat die Aufforderung gehört, dass der Rückstand aufgeholt werden soll zu anderen Gemeinden und der Stadtrat hat auch gehört, dass Kriens beschränkte Ressourcen hat. Die verschiedenen Interessen müssen abgewägt werden und der Stadtrat möchte mit Augenmass ein Angebot schaffen, so dass die Multimedialität bei der Mobilitätswahl möglich sei. Der Stadtrat möchte kein Freefloating und ja man kann dies kontrollieren mit Geofencing. Die Stadt Zürich starten jetzt damit, jedoch nur schon der Unterhalt und das Management kostet mehr, als Kriens für die Sharing-Mobilität zur Verfügung hat. Der Stadtrat bleibt dran und wird das Netz langsam aber kontinuierlich ausbauen.

Traktandum ist somit erledigt.

14. Interpellation Lengwiler: Kosten für Stadt Kriens reduzieren durch konsequente Nutzung der Prämienverbilligung durch Anspruchsberechtigte

Beda Lengwiler möchte dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion herzlich für die Beantwortung ihrer Interpellation danken. Er möchte gar nicht viel mehr dazu sagen. Sie seien nämlich zufrieden mit der Beantwortung. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion findet es wichtig, dass die Bevölkerung über die Möglichkeiten aufgeklärt und informiert wird, das Geld, das ihnen zusteht, auch wirklich zu abzuholen. Es sei wichtig, dass die Stadt Kriens der Bevölkerung hilft. Sprachbarrieren sollen dabei kein Hindernis sein.

Laut Michèle Akermann unterstützt die SVP-Fraktion grundsätzlich die Bestrebungen des Interpellanten für Kriens die Kosten zu reduzieren. Aber es verursache halt auch Kosten, wenn Interpellationen beantwortet werden müssen. Die SVP-Fraktion möchte deshalb nochmal eindringlich darauf hinweisen – selbstverständlich nicht nur aufgrund der vorliegenden Interpellation sondern generell – dass wirklich sehr viele Fragen im direkten Austausch, durch Fragen in den Kommissionen oder schliesslich mit dem Instrument der Anfrage geklärt werden können. Dies spare nicht nur Kosten sondern auch Zeit für die Verwaltung und im Einwohnerrat, welche sicher alle gut gebrauchen können. Zur Beantwortung selbst möchte Michèle Akermann nichts mehr gross ausführen, die Antworten sind schlüssig und detailliert. Noch eine etwas freche Bemerkung zum Schluss: Eigentlich sei es nicht so klar, dass die Krienser Kosten sinken würden, wenn tatsächlich jeder Anspruchsberechtigte IPV beantrage. Denn diese finanziere Kriens grossmehrheitlich zu 100 %. Die Beteiligung an den uneinbringlichen Krankenkassenprämien erfolge aber nur anteilmässig.

Marco Meier dankt von Seiten der FDP-Fraktion für die detaillierte Beantwortung. Trotzdem hat Marco Meier noch eine Frage dazu. Er habe im Bericht gelesen, dass die Stelle für ausstehende Prämien und Kostenbeteiligungen in Luzern eine Liste führt, mit den säumigen Prämienzahlerinnen und Prämienzahler. Dies werde in Zusammenarbeit mit der Stadt ausgearbeitet. Marco Meier möchte wissen, ob da ein abgleich gemacht werde mit den WSH-Bezüger, welche automatisch angemeldet werden für die Prämienbezug. Die FDP-Fraktion gehe davon aus, dass anhand von dieser Liste auch auf Personen zurückgeschlossen werden kann, welche die Prämien nicht bezahlen, jedoch auch kein Anrecht auf Prämienverbilligung haben. Hier nehme es die FDP-Fraktion wunder wie viele Personen dies sind und wie mit diesen Fällen umgegangen werde.

Kathrin Gut dankt dem Stadtrat im Namen der SP-Fraktion für die ausführliche Antwort. EL Anspruchsberechtigte und WSH Bezügerinnen und Bezüger sind wie erwähnt abgedeckt und erhalten die ihnen zustehenden Verbilligungen gemäss Gesetz und Verordnung. Anders sie es mit der übrigen Bevölkerung die in Kriens wohnt und auch Anspruch auf IPV hat. Für diese bestehe momentan eine Holschuld. Die Bevölkerung wird über die Homepage und durch das KriensInfo informiert. Hier könnte die Stadt und der

Kanton ansetzen und diesen Personen aufgrund der Steuerveranlagung die Anmeldung oder ein Hinweis für die Berechtigung zur IPV zukommen lassen. Mit diesem Schritt wäre auch die analoge Bevölkerung gut informiert, wie auch solche mit Lese- und Schreibschwächen. Dies wäre sehr kundenfreundlich und die SP-Fraktion würde dies begrüßen. Die Stadt bietet durch ihre Zahlungen und Beteiligungen den Krankenkassen Sicherheit, dass auch unwiederbringliche Krankenkassenprämien gedeckt seien. Dies sei ein guter Service für die Versicherer. Auf der anderen Seite, säumige Prämienzahler und -zahlerinnen, sie kommen auf die Stapuk Liste und werden nur noch in Notfällen behandelt. Diese Liste sei sehr umstritten, sogar bei den Krankenversicherern. Ärztinnen und Ärzte haben erwähnt, dass sie dadurch in ein ethisches Dilemma kommen. Diese Stapuk Liste sei das falsche Instrument um die säumigen Prämien einzutreiben oder die Zahlungsmoral zu steigern. Andere Kantone haben diese schon abgeschafft. Diese Kompetenz liege jedoch beim Kanton Luzern. Wie die SP-Fraktion aus der Antwort gesehen hat, sei die Finanzierung eine komplexe Angelegenheit zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Folgende Fragen stellen sich: Welches Risiko tragen die Krankenversicherer betreffend der uneinbringlichen KVG-Prämien? Was kann die Stadt Kriens tun, um die Lasten für die Stadt zu verringern? Kathrin Gut dankt für die Beantwortung.

Cla Büchi sei froh, dass diese Fragen zufriedenstellend beantwortet wurden. Zu der Anmerkung von Michèle Akermann sagt Cla Büche, dass er froh war um diesen Vorstoss, da er dadurch gemerkt habe wie komplex diese Geschichte sei. IPV sein nicht einfach IPV, sondern es gebe verschiedene Kostenteiler und verschieden Arten wie es ausbezahlt werde und wer eine Berechtigung hat. Zu den Fragen von Marco Meier betreffen abgleich mit WSH-Bezüger. Bei der WSH-Bezügerinnen und Bezüger gebe es das Problem garnicht, weil die Sozialdienste die Kosten übernehmen, dies sei ein Teil von der WSH. Betreffen dieser Liste. Gerade kürzlich hatte der Stadtrat eine Vereinbarung mit dem Kanton, welche den Zugang zu dieser Liste für die Gemeinden regelt. Nun hat die Stadt Kriens Zugang zu dieser Liste und was damit gemacht wird, muss noch geklärt werden. Darauf sind Personen, welche die Prämien nicht zahlen wollen oder können und der Kanton und die Krankenkasse geht dem nach. Wenn man diese Kosten auch mit Betreibungen nicht einbringt gibt es einen Verteiler, bei welchem sich Gemeinden und Kanton zu je 50 % beteiligen müssen. Es sei eine Holschuld jedoch sei Cla Büchi der Meinung, dass die Ausgleichskasse berechnete Personen jedes Jahr wieder benachrichtigt und das Formular zusendet. Es kann also nicht entgehen sich anzumelden, wenn die Berechtigung vorhanden sei. Wenn sich wirklich jede Person, welche die Berechtigung hat, sich anmeldet hat die Stadt Kriens höhere Kosten. Mindestens 50 % muss sich die Stadt Kriens beteiligen und bei WSH und IPV sogar 100 %. Es gebe also keine Sparmassnahmen.

Das Traktandum ist somit erledigt.

15. Interpellation Rüegg: Sozialhilfemissbrauch bei der Stadt Kriens?

Beat Rüegg bedankt sich als Interpellant und im Namen der SVP-Fraktion für die zufriedenstellende vierseitige Stadtrats-Beantwortung der zehn Fragen betreffend Sozialhilfemissbrauch. Gemäss Luzerner Sozialhilfegesetz Pgf 39 / Abs. 14 versteht man darunter «rückerstattungspflichtige, unrechtmässige erwirkte Sozialhilfe». Die jährlich durchschnittliche Schadensumme von 2016 – 2021 betrug in jeweils ca. 55 Fällen zu je ca. Fr. 2'000.00. Total ca. Fr. 110'00.00 pro Jahr. Aufgrund fehlender Personal-Ressourcen wurden in den Jahren 2019 und 2020 keine Strafanzeigen eingereicht, jedoch 2021 wieder zwei Fälle (Art. 146 StGB). Dabei sei «vorsätzliches Handeln» zur Verurteilung erforderlich. Der Stadtrat will die K5 Gemeinden Sozialdienst-Austauschgefässe weiterhin aufrechterhalten und situativ das Sozialinspektorat Emmen beiziehen. Das Sozial-Departement WSH-Jahresdossier mit aktuellen Entwicklungszahlen werde in der KBSG im kommenden Juni-meeting besprochen. Insbesondere Thema-relevant betreffen Sozialhilfemissbrauch sei

Kapitel 6: «Rechtswidrige Inanspruchnahme von WSH». Anlässlich der jährlichen KBSG-Abteilungsbesuche erfolgt im Herbstquartal 2022 bei unseren Sozialdiensten eine zielorientierte ER-Team-Visite mit Berichterstattung. Einerseits freut sich Beat Rüegg über die guten Sozialdienst-Kennzahlen und Resultate im Jahresbericht 2021, sowie die prompte Stadtratsbeantwortung seiner Interpellationsfragen. Andererseits fehle ihm ein standardisiert konsequentes Controlling mit Durchsetzung von Massnahmen. In diesem Sinne dankt Beat Rüegg für die Optimierungsvorschläge.

Tomas Kobi nimmt gerne die Bemerkung von Michèle Akermann auf, dass Interpellationen Kosten verursachen, so wie sie dies der Die Jungen Mitte vorhält. Auch diese SVP-Interpellation verursacht Kosten und wäre mit einem Telefonat an den zuständigen Stadtrat unnötig gewesen. Mit der Interpellation Rüegg: «Sozialhilfemissbrauch in der Stadt Kriens?» Bewirtschaften Teile der Bürgerlichen in regelmässigen Abständen dieses Thema. 2013 reichte Beat Tanner eine Interpellation ein mit dem Titel: «Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens». 2014 reichte Enrico Ercolani ein Postulat ein, mit dem Titel: «Sozialbezug mit Fairness» um Sozialhilfemissbrauch zu bekämpfen, den er dann zurückzog. 2019 wurde eine Interpellation eingereicht mit dem Titel «Neue Bewohner/innen / Sozialhilfe Bezüger». In den letzten Jahren wurde in Kriens immer wieder das Thema Sozialmissbrauch hochgeschaukelt. Und nun kommt die Interpellation Rüegg. Die Grüne-/glp-Fraktion findet es ebenfalls wichtig, dass Sozialmissbrauch nicht wegdiskutiert werden soll. Der Stadtrat zeigt in seiner Beantwortung klar auf wie die Vorgehensweise des Sozialdepartement sei. Mit dem mehrstufigen Intake-Verfahren hat das Sozialdepartement ein taugliches Instrument für die entsprechenden Abklärungen. Die Ausführungen des Stadtrates zeigen auch auf, dass ein beträchtliches Interesse daran besteht, die Missbrauchsquote so tief wie nur möglich zu halten. Zudem muss festgehalten werden, dass die Mitarbeitenden (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit mögliche Missbräuche bereits anhand von Verhaltensweisen oder anderen Tatsachen feststellen (siehe Beantwortung Frage 1). In der Beantwortung der Interpellation Rüegg ging es einmal mehr um die Frage des «Sozialinspektors» In Frage 9 geht es um diese Thematik. Der Stadtrat zeigt unmissverständlich auf, dass der Einsatz des Sozialinspektors ernüchternd sei. In seiner Antwort schreibt der Stadtrat u.a. Tomas Kobi zitiert: «Tatsache ist, dass sich nur selten Fällen für eine Observation eignen.» Tomas Kobi stört sich sehr an den ewigen Sozialhilfemissbrauchs-Geschichten, zumal auf der anderen Seite ebenfalls Missstände gibt. Zu erwähnen wäre hier der Fall Dübendorf. Hier wurden schwerwiegende Fehler gegenüber den Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger aufgedeckt. Hier ein Ausschnitt aus dem Tagesanzeiger vom 24. Januar 2022: «Die Vorwürfe reichen von GPS-Trackern, die illegal eingesetzt worden seien, über interne Falschverbuchungen bis hin zu kantonalen Beiträgen, die nicht rechtmässig einkassiert worden seien.» Es sei halt einfacher, auf den schwächsten der Gesellschaft rumtrampeln als die wirklichen Probleme, die der Steuerhinterziehung anzugehen. Bei gewissen Parteien sei die Hinterziehung von Steuern kein Thema. Dies wird gar zum Teil als Kavaliersdelikt abgetan. Steuerbeschiss sei Diebstahl am Volk, genauso wie rechtswidrige Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen. Steuerhinterziehung und -betrug sei kein Kavaliersdelikt und für alle ehrlichen Steuerzahlenden extrem stossend und unfair. Tomas Kobi findet es schade, dass immer nur auf die Schwachen der Gesellschaft eingedroschen werde. Wenn man schon ein Problem hat, sollte man es auf allen Seiten ansetzen.

Laut Armin Lisibach sei es für die FDP-Fraktion eine sehr interessante Fragenzusammenstellung, die FDP-Fraktion dankt dem Interpellant. Armin Lisibach gibt Tomas Kobi recht, egal welcher Missbrauch, ein Missbrauch sei gewollt und soll auch geahndet werden. Schlussendlich sind es genau die Steuerzahler, welche die Lücken wieder füllen dürfen. Der Einwohnerrat hat mitbekommen, dass aufgrund der Arbeitslast einige Fälle nicht weiterverfolgt werden konnten. So wie der Einwohnerrat vernehmen durften, konnte wieder Boden gut gemacht werden, und die Dossier auch intensiver behandelt werden. Kann demnach auch das Augenmerk wieder auf potentielle Missbräuche gelegt werden? Missbrauch sei gewollt und gilt auf jeder Seite geahndet. Armin Lisibach als Steuerzahler sei auch nicht bereit die Lücken zu füllen.

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und dem Sozialdepartement für die transparente Beantwortung der kritischen, aber durchaus berechtigten Fragen des Interpellanten. Sie möchte nicht die Vorredner wiederholen und die Definition vom Sozialhilfemissbrauch festhalten. Die Präzisierung möchte sie auch nicht nochmal zitieren, jedoch kann sie es nicht unterlassen die Begrifflichkeiten dingfest zu machen und in Relation mit den Zahlen zu bringen. Beat Rüegg habe bereits erste Ansätze genommen und Michèle Albrecht möchte daran noch anschliessen. Es war in der Rechnung ersichtlich. Kriens hat Ende Jahr immer rund 500 Sozialhilfedossier vorliegend. Aus dieser Beantwortung war zu erkennen, dass aus den rund 500 Dossiers rund 50 Missbräuche aufgedeckt werden. Dies sind 10 % und Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion findet dies eine beachtliche Zahl. Definitive Rückerstattungsentscheide gibt es bei ca. 9-12 Fällen also nochmal etwa einen fünftel. Dies kann Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion jedoch nachvollziehen, da es gut begründet wurde. Es sei ein hoher Administrativer Aufwand und mit den restlichen konnte man eine Schuldanererkennungsvereinbarung und somit eine Rückzahlungsvereinbarung eingehen. Je tiefer man hinschaut umso besser merkt man, dass die Sozialdienste dieser Aufgabe nachgehen und dass sehr professionelle und organisierte Abläufe dahinterstehen. Zu einer Strafrechtlichen Anzeige kommt es nur bei zwei Personen und Michèle Albrecht möchte darauf aufmerksam machen, dass auch dies höchst arbeitsintensiv sei. Irritiert hat Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Aussage, dass sich Betroffenen der «unrechtmässigen Zuwendungen oft nicht bewusst» seien. Dabei gelte doch: «Unwissenheit schützt nicht vor Strafe.» Und entsprechend auch die Äusserung, dass es sich oft um «zu geringfügige Beträge» handelt. Auch dabei betont Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion : «was ist geringfügig?» Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nimmt die Beantwortung zur Kenntnis und verlangt weiterhin eine systematische, professionelle und konsequente Handhabung. Mit dem IKS wird dazu ein weiteres Instrument hoffentlich in Bälde (+/- 2024) in Aussicht gestellt.

Kathrin Gut dankt dem Stadtrat für die Beantwortung. Die Antwort sei gut verfasst und zeigt auf, dass in der Krienser Sozialhilfe alles korrekt abläuft. Wie die Zahlen zeigen, sei die Deliktsumme Fr. 126'000.00 im 2020. Verglichen mit einem Nettoaufwand von 9.79 Millionen Franken sind dies um die 1,3 %. Der Sozialinspektor zahlt sich in einem höheren Pensum nicht aus gemäss Stadtrat und wurde auf 5 % reduziert. Dies macht Sinn und so können auch unnötige Kosten gespart werden. Wenn das Steueramt gut arbeitet sind eher Mehreinnahmen generierbar als bei den Sozialhilfebezügern. Wenn die Sozialdienste genug Ressourcen haben um ihre Arbeit zu erledigen, gibt es automatisch weniger Missbrauch, da die Dossiers besser geprüft und allfällige Punkte hinterfragt werden können. Wer in einer solch gut arbeitenden Abteilung Personalressourcen kürzt, muss auch in Kauf nehmen, dass weniger Sozialmissbräuche aufgedeckt und weniger Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsprozess integriert werden können. Denn eine optimale und korrekte Fallführung braucht Zeit. Diese Abteilung hat ihre Kosten gut im Griff. Und weil mit Augenmass die Arbeitsintegration gefördert wird, sinkt die Sozialhilfequote sogar. Die SP-Fraktion dankt dem Sozialdienst für ihre sehr gute und wertvolle Arbeit, die sie täglich leisten. Und diese Arbeit haben sie in den letzten Jahren unter hohen Druck geleistet.

Michèle Akermann kennt das Thema aus der Praxis als Strafverteidigerin. Findet es sehr besorgniserregend wenn auf eine Anzeige verzichtet wird, weil der Aufwand zu hoch sei. Sozialbetrug sei ein Verbrechen und kein leichtes Delikt. Wenn ein ausländischer Staatsangehöriger hier verurteilt wird, dann droht die obligatorische Landesverweisung. Das sei ein sehr schwerwiegendes Delikt. Michèle Akermann kennt auch die Anzeigen, insbesondere von der Stadt Luzern oder auch Arbeitslosenkasse. Sie sieht nicht wo da der grosse Aufwand entstehen sollte bei der Anzeigestellung. Oft wird der Sachverhalt zusammengefasst und der Staatsanwaltschaft übergeben. Die Staatsanwaltschaft prüft dann, was allenfalls Strafbares passiert sei. In der Folge sind die Sozialämter oder Arbeitslosenkassen nicht mehr am Verfahren beteiligt, dies wird alles von der Staatsanwaltschaft erledigt. Michèle Akermann habe auch schon mehrfach versucht die Sozialarbeitenden als Zeugen zu Befragung vorzuladen dies wurde jedoch immer abgewiesen. Michèle Akermann findet es sei wichtig, dass dem nachgegangen wird.

Cyrell Zosso bezieht sich auf das auf Vorgängervotum. Wenn keine Anzeige gemacht wird, bleibt dies nicht ohne Konsequenzen, sondern der Betrag wird konsequent zurückgefordert. Er findet es gut wenn institutionen hinterfragt werden. In diesem Fall sei es eine Anfrage mit einer schon fast pauschalen Verdächtigung und man sollte beide Richtungen kritisch hinterfragen. Tomas Kobi habe bereits darauf hingewiesen, was in Dübendorf passiert sei. Man könnte ausgehend davon auch noch andere Fragen stellen. Zum Beispiel Wie sichergestellt wird, dass das Angebot niederschwellig verfügbar sei. Ob unter dem hohen Druck von den vielen Dossiers die rechtlichen Fristen überhaupt eingehalten werden können? Und wie geht die Stadt Kriens mit Beschwerden von Sozialhilfebezüger um? Welche Systeme wurden installiert um Regelverstösse gegenüber von den Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger festzustellen.

Patick Koch würde es interessieren wie es bei Personen in der Sozialhilfe aussieht mit der Unterstützung von der öffentlichen Hand bei den Arbeitsbemühungen, damit diese wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden?

Bettina Gomer-Beacco findet die Diskussion sehr spannend. Es darf immer gefragt werden, jedoch sei der Abstand der Anfragen zu klein. Bettina Gomer-Beacco meint sie sehe möglicherweise nicht so in die Strafanzeigen jedoch klingt es ein wenig so, dass jeder, welcher Sozialhilfe missbraucht könnte ausgeschafft werden als wären dies nicht Schweizer oder Leute mit einem EU-Pass. So sei es wahrscheinlich nicht. Sie fragt sich auch wer von so einer Strafanzeige profitiere? Der Angezeigte bestimmt nicht und die Stadt Kriens auch nicht weil Sozialhilfe muss immer noch bezahlt werden und vermittelbar sei er auch nicht mehr. Schlussendlich profitiert nur der Anwalt.

Cla Büchi versucht zu allen wichtigen Voten etwas zu sagen oder Antworten zu geben. Auf die Frage 10 welche nach einem gemeinsamen Vorgehen in den K5 Gemeinden fragt, hat Cla Büchi in den K5 Gemeinden gefragt, ob ein gemeinsames Vorgehen schonmal diskutiert wurde. Es wurde klar verneint, da man den Sozialinspektor habe und dieser habe auch eine Präventive Wirkung. Es gebe jedoch keinen Bedarf mit den K5 Gemeinden noch mehr zu machen. Es wurde in der K5 Gemeinde auch gesagt, dass dieser Vorstoss regelmässig kommt und in mehreren Gemeinden eingereicht wurde. Es sei wichtig zu erwähnen, dass es Rückerstattungsentscheide gibt. Dies sei rechtlicher Natur und der Kunde oder die Kundin kann eine Einsprache machen. Bei der Vereinbarung kommt es zu keinem Entscheid und man versucht mit dem Kunden oder der Kundin ein Vereinbarung zu machen für eine Rückzahlung in Raten. Meistens sind dies Unterlassungen, welche zwar unter Missbrauch gehen jedoch kann es zum Beispiel sein, dass jemand von der Grossmutter Fr. 200.00 erhalten hat und nicht wusste, dass dies angegeben werden muss. Bei den meisten Vereinbarungen geht es um wenige Hundert Franken und die Leute sind einsichtig. Teilweise sind es auch grössere Beträge und dann erhalten die Betroffenen über Monate oder Jahre einen kleineren WSH-Betrag ausbezahlt. Es stimmt nicht das keine Anzeigen gemacht wurden. Es wurden keine Dossierrevisionen mehr gemacht aus Personalgründen. Es konnten auch weniger regelmässige Gespräche mit den Kundinnen und Kunden geführt werden. Dadurch sei der Stadt Kriens Geld entgangen. Durch die Gespräche konnte man viel herausfinden. Nun können diese Dossierrevisionen wieder durchgeführt werden und die Aufwände für die zusätzlichen Stellenprozente wurden mehr als eingeholt durch WSH-Fälle welche man ablösen konnte. Ein Controlling sei eben, dass man die Leute regelmässig sieht und dafür benötigt das Sozialdepartement gewisse Ressourcen. Cla Büchi findet es wichtig, dass die Stadt Kriens die Vereinbarung mit der Gemeinde Emmen betreffend dem Sozialinspektor hat nur schon wegen der präventiven Wirkung. Beim Blick in die Vergangenheit wurde festgestellt, dass die 10 % nie ausgeschöpft wurden, obwohl sie bezahlt wurden und deshalb hat man dies auf 5 % gekürzt. Missbrauch wird von der Stadt Kriens nicht akzeptiert. Wenn jemand Missbrauch macht wird dies zur Anzeige gebracht. Bei wenig hundert Franken muss jedoch überlegt werden, ob eine Anzeige Sinn macht. Wenn eine Anzeige gemacht wird, muss der Jurist einen Bericht von ca. 20 Seiten schreiben und es kann dann noch weitergezogen werden mit einer Einsprache. Der Aufwand sei sehr hoch und die Kosten weit über tausend Franken. Es sei deshalb einfacher wenn eine Vereinbarung gemacht werden kann. Die Zahlen, welche Michèle Albrecht aufgezeigt

habe, zeigen auf, dass die Stadt Kriens dran sei. Es sei der Stadt Kriens wichtig, dass wenn ein Rückerstattungsentscheid kommt, werde die Person darauf aufmerksam gemacht, dass sie gegen diesen Entscheid eine Einsprache erheben kann. Teilweise schalten diese Personen auch Anwälte ein und dass beginnt das Tischtennispiel und die Auslagen werden noch teurer. Bei der Rückforderung sei das Sozialdepartement konsequent. Die Fristen waren in den letzten Jahren aufgrund von fehlenden Ressourcen ein Problem. Die Personen mussten für das Aufnahmegespräch zu lange warten. Jedoch habe sich das Sozialdepartement stark verbessert und Personen erhalten einen Termin innerhalb von einer Woche. Der Fall von Dübendorf, wäre für Cla Büchi persönlich eine Katastrophe wenn Kriens solche Zustände hätte. Es wurde noch nach den Arbeitsbemühungen gefragt und dies sei ein sehr wichtiger Punkt. Das Sozialdepartement versucht die Leute wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Cla Büchi sei neuerdings auch in einer Regierungsrätlichen Kommission für Arbeitsintegrationsmassnahmen und berät da den Regierungsrat in diesem Bereich. Cla Büchi freut sich extrem auf diese Aufgabe, denn es sei ihm extrem wichtig, dass es solche Organisationen gibt, welche ein Praktikum anbieten oder Personen bei der Wiedereingliederung unterstützen.

Somit ist das Traktandum erledigt

16. Postulat Kobi: Velo- und Fussgängerfreundliche Baustellen-Signalisation in Kriens

Laut Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für Überweisung von diesem Postulat. Sie stellt fest, dass dem nicht opponiert wird. Somit ist das Postulat überwiesen und der Bericht erfolgt durch den Stadtrat innert 6 Monaten

17. Postulat Erni: Umweltschonender Gütertransport in der Stadt Kriens

Laut Anita Burkhardt-Künzler sei der Stadtrat für Überweisung dieses Postulats, da opponiert wird übergibt sie das Wort dem Postulanten.

Laut Matthias Erni machen Gütertransporte einen grossen Teil des Verkehrsaufkommens in den Ballungsräumen aus. Wie man in den Medien und im Postulat lesen könne, plant die Schweiz ein unterirdisches Logistiksystem mit dem Namen «Cargo Sous Terrain». Es hat das Ziel von einem umweltschonenden Städtelogistiksystem. Auch die Region Luzern wird damit erschlossen. Matthias Erni sei der Meinung, dass das urbane Zentrum «Kriens Süd-Ost» oder «Luzern Süd» wie es andere nennen ein möglicher Standort sein könnte. Das System werde ohnehin kommen – darüber sei in Bern entschieden worden. Die Frage, die sich in den nächsten Jahren stellen werde, sei: Wo baut man den «Hauptbahnhof» Luzern. Wenn sich Kriens als Standort dafür eignen würde, sehe Matthias Erni viele Vorteile wie zum Beispiel die bessere Lebensqualität, weil weniger Schwerverkehr auf den Krienser Strassen fährt oder die Ansiedelung neuem Gewerbe. Rothenburg als heutiges Logistikzentrum macht es Kriens vor und siedelt eine erfolgreiche Firma nach der anderen an. Also soll Kriens dranbleiben und den Stadtrat prüfen lassen, ob sich Kriens als möglicher Standort anbieten kann. Matthias Erni danke für die Überweisung vom Postulat.

Laut Bruno Amrhein stehe die Grüne/glp-Fraktion der Idee, in Kriens einen möglichen Cargo Sous Terrain Hub zu prüfen sehr skeptisch gegenüber. Mit erster politischer Priorität sollten ihres Erachtens die aktuellen Verkehrsprobleme bearbeitet und gelöst werden. In Kriens sei ja nicht der Güterverkehr das Hauptproblem, sondern die Pendlerströme, die allabendlichen Staus und der öffentliche Verkehr. Mit dem Citylogistik System könnte wohl national Lieferverkehr und Lärm reduziert werden, lokal in Kriens wohl kaum. Die

Grüne/glp-Fraktion stehe dieser Idee nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, sehen aber grosse Probleme bei einem Hub Standort Kriens. «Umweltschonender Güterverkehr in Kriens» wie im Titel des Postulats erwähnt, weckt falsche Erwartungen. Ein Hub braucht Platz für den Umlad und die Organisation eines Abhol- und Liefer-Lastwagenterminals. Bruno Amrhein sehe diesen Platz heute in Kriens nicht für einen entsprechenden Terminal. Die anschliessende Feinverteilung ab Kriens in der Zentralschweiz würde im Raum des Hub zu Mehrverkehr und Lärm führen. Aus diesem Grund sei ein Standort für einen Cargo Sous Terrain Hub in Kriens kein Thema.

Räto Camenisch habe gestaunt ab dem Vorschlag von dem jungen und unerfahrenen Einwohnerratskollegen. Räto Camenisch sei sich nicht sicher ob dies ein mutiger, pffiger, unnötiger oder sogar ein lächerlicher Vorschlag sei. Räto Camenisch möchte nichts sagen, man könne sich dies selber aussuchen. Auf jedenfall habe sich der Postulant bei der Flughöhe vom Problem in Kriens und was der ganze Cargo sous Terrain bietet grandios verschätzt. Der Cargo sous Terrain will 500 Kilometer in der Schweiz unterirdisch eine Transportlinie wühlen mit Kosten zwischen 33 und 50 Milliarden Franken. Dies sei einfach Mal der Körper von diesem Projekt. Viele denken daran rum und freuen sich auf die Zukunft, die Politik habe auch nicht «Nein» gesagt, jedoch ohne einen Franken zu bewilligen. 2031 möchte man die erste Linie bauen. Die Gesellschaft sollte mit 100 Millionen Franken gegründet werden und schwergewichtige Schweizer Firmen haben sich bereiterklärt dies zu unterstützen wie z.B. Migros, Coop, Swisscom, SBB und viele andere. Diese haben jedoch erst ein Aktienkapital vom Fr. 300'000.00 nach drei Jahren. Dies lässt eine gewisse Skepsis aufkommen, denn es sind die tragenden Firmen, welche davon profitieren werden. Nun könne Kriens einspringen. Räto Camenisch fragt, wo der Postulant die Rolle von Kriens sehe. Geld geben, kaum. Platz habe Kriens ebenfalls nicht. Was möchte der Vorstösser? Dieser Vorschlag stehe völlig quer in der Landschaft und Räto Camenisch würde eher zum lächerlich plädieren. Kriens habe schonmal eins auf den Deckel erhalten in dieser Beziehung. Vor 150 Jahren als die Bahnlinie Bern – Luzern gebaut wurde, wollte Kriens diese Bahn übers Renggloch durch Kriens nach Luzern. Der Gemeinderat habe damals Fr. 75'000.00 bewilligt für PR-Massnahmen, damit dies beeinflusst werden kann. Die Bahn wurde dann anders gebaut. Aus Trotz habe Theodor Bell die Kriens – Luzern Bahn gegründet, welche zeitweise jährlich 200'000 Personen beförderte. Weil die Bahn halbstündlich mit Dampf durch die Obergrundstrasse und vom Pilatusplatz bis zum Bahnhof gedonnert sei, musste die Stadt Luzern die Bahn stilllegen respektive mussten sie die Bahn kaufen, weil der Lärm und der Gestank unerträglich war. Dies sei die Geschichte von dieser Bahn. Kriens habe diese Erfahrungen bereits gemacht. Nun wolle der Krienser Stadtrat dieses Postulat entgegennehmen, dies könne er natürlich, jedoch hofft Räto Camenisch, dass dieser in die Schublade zu den anderen unerledigten Vorstössen komme.

Beda Lengwiler dankt dem Postulanten für den Vorstoss. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion haltet das Anliegen des Postulanten als höchst interessant. Doch das Projekt sei noch weit entfernt. Beda Lengwiler weist auch darauf hin, dass sein Vorvorgänger im Einwohnerrat, Daniel Piazza, bereits einen Vorstoss in diese Richtung im Kantonsrat eingereicht habe. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion findet die Angelegenheit soll auf kantonaler Ebene geprüft werden. Sie haben Bedenken aus den Verkehrstechnischen Gründen.

Laut Reto Felber verspreche das Projekt viel, sei aber erst eine Idee von einzelnen Visionären. Allerdings könnte diese Vision eine geeignete Lösung sein, um die steigende Güternachfrage zukünftig ökologisch und platzsparend abdecken zu können. Allerdings werde die Umsetzung nicht günstig und auch nicht einfach. Das Projekt auf Ebene Schweiz sei so futuristisch, visionär und überregional, dass mit einer Überweisung des Postulats die Stadtverwaltung nur unnötig beschäftigt werde. Ein solcher Vorstoss gehöre aus Sicht der SP-Fraktion auf die Ebene Kantonsrat. Die SP-Fraktion sei gegen die Überweisung des Postulats.

Marco Meier sei irritiert durch die Voten. Es sei ein Projekt für die Zukunft. Man könne natürlich mit alten Geschichten kommen und sagen es sei einen unsinn Kriens habe schon Erfahrungen gemacht, jedoch habe die Technologie inzwischen geändert. Marco Meier hört die Elektroautos nur um den Ecken kommen, weil diese Autos ein Geräusch machen müssen, dass man sie hört. Wer sagt, dass es Lärmemissionen geben wird. Wer sagt, dass Kriens diesen Platz nicht habe. Wer sagt, dass dies vielleicht in einem kleineren Umfang, als es alle im Kopf haben umgesetzt werden kann. Marco Meier findet die innovative Idee von Matthias Erni super und bittet das weiter zu verfolgen.

Cyrill Zosso meint das Postulat wurde vielleicht etwas heftig um die Ohren gehauen. Cyrill Zosso möchte Marco Meier noch die Frage stellen, wer sagt, dass es wirklich eine ökologische Lösung wird. Die Schweiz hat eine riesige bereits bestehende Infrastruktur. Nun sei die Frage, ob man ein weiteres paralleles System benötigt oder ob man das bestehende System besser auslasten kann. Es gibt noch so viele offene Fragen bei dieser Vision deshalb sei es noch verfrüht um es auf dieser Ebene zu besprechen.

Christine Kaufmann-Wolf erklärt weshalb der Stadtrat bereit sei den Vorstoss entgegen zu nehmen. Der Stadtrat möchte den Anschluss an eine Vision nicht verpassen und nach dem Motto lieber zu früh als zu spät, das Interesse bereits früh ankündigen. Im Kantonsrat wurde bereits ein Postulat eingereicht für die Schaffung der Voraussetzungen eines Cargo Sous Terrain. Der Kanton Luzern hat bereits zum Zeitpunkt von der Vernehmlassung das Interesse bekundet. 2030 soll die erste Teilstrecke fertig sein. Dies wäre die Verbindung zwischen Härkingen und Zürich und später käme die Verbindung Gesamtnetz Bodensee und Genfersee und zu einem späteren Zeitpunkt werde Luzern angehängt. Dem Stadtrat sie klar, dass es weit entfernt sei, jedoch dachten sie, dass man das Interesse bereits jetzt beim Kanton bekundet um nicht wie die verspätete alte Fasnacht zu kommen. Wie es dann weitergeht müsste man dann noch mal evaluieren.

Abstimmung Überweisung Postulat Erni

Mit 21:6 Stimmen und 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Enthaltung
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Nein
Segger Cedric	Nein
Solari Simon	NICHT ABGESTIMMT
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja

Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

18. Fragestunde

Raoul Niederberger hat letzts beim Mattenhof Areal Pfählungsarbeiten gesehen. Was für arbeiten werden dort vorgenommen? So viel er weiss sei die definitive Baubewilligung noch nicht rechtskräftig.

Laut Maurus Frey sind dies Sondierungsbohrungen und diese wurden mit einer separaten Baubewilligung bewilligt.

Beat Rüegg möchte der momentane Vermietungsstand vom alten Gemeindehaus und das weitere Vorgehen wissen.

Laut Roger Erni kommt dies an der nächsten Einwohnerratssitzung und dann kann der Einwohnerrat entscheiden, ob das alte Gemeindehaus im Baurecht abgegeben wird.

Beat Tanner möchte wissen wie sich die Kosten für Kriens verändern werden, da Kriens Mitglied vom ZSO Pilatus sei und die Zivilschutzorganisation zieht von der Kleinmatte in den Neubau von der EWL.

Maurus Frey darf als Mitglied der Zivilschutzkommission ZSO hier Auskunft geben. Es gebe Berechnungen, welche vor zweieinhalb bis drei gemacht wurden und darin wurde der Kostenrahmen festgelegt. Mitgliedsgemeinden Horw, Stadt Luzern und Kriens sind nur bereit diesen Umzug nur durchzuführen, wenn diese Zahlen eingehalten werden. Wo diese Kosten genau liegen weiss Maurus Frey nicht genau es sind aber sichere höhere Kosten als vorher.

Viktor Bienz möchte wissen, was beim Zeiherhaus gehe? Der Zahnarzt sei bereits ausgezogen.

Laut Maurus Frey gehört das Gebäude der LUPK und es war lange nicht klar was mit diesem Gebäude passieren soll, es gilt als erhaltenswert jedoch nicht schützenswert. LUPK will das Gebäude sanieren. Die Stadt Kriens sei mit der LUPK in Kontakt betreffend einer möglichen Arrondierung.

Michael Portmann möchte wissen wie die die Terrampen beim Mattenhof zu der in Kriens geltenden Hindernis Freiheit passen?

Laut Maurus Frey sei diese Baustelleninstallation für drei Monate angedacht und sei abgesprochen mit dem Brändi. Die Installationen wurden zähneknirschend akzeptiert.

Erich Tschümperlin hat in einer früheren Fragestunde erfahren, dass das Bauernhaus unterhalb vom Burestübli illegal umgebaut wurde. Was ist der Stand?

Laut Maurus Frey gab es dort ein illegaler Discoraum. Es wurde alles, was über die Dimension der Landwirtschaftszone herausgeht rückgebaut und das Objekt sei nun bewilligungskonform und kann somit nicht mehr als Illegal bezeichnet werden.

Michèle Akermann hat gesehen, dass hinter dem Stadthaus neu Pfösten montiert wurden, welche die Durchfahrt unmöglich machen. Wieso mussten diese Installiert werden?

Laut Maurus Frey wurde das Fahrverbot nicht eingehalten und durch die Renovation des Gebäudes gegenüber war es der richtige Zeitpunkt.

Jörg Ziemssen möchte wissen, wie viel die Fusswegwoche die Stadt Kriens gekostet hat.

Maurus Frey dankt für die Frage. Das Projekt sei sehr spannend und mit grossen Kellen angerichtet. Es wird alles von der Albert Köchlin Stiftung finanziert. Die Stadt Kriens hat mit Eigenleistungen Miete Foyer, Miete Stadtplatz, Arbeitsleitung Werkhof beim Einrichten der Installation und Medienarbeit Kriens Info seinen Beitrag geleistet. Es beläuft sich hierbei auf unter Fr. 10'000.00 in Form von indirekter Arbeitsleistung.

Beda Lengwiler möchte wissen, ob die hohe Fluktuation bei den Hausabwarten in Kriens einen bestimmten Grund haben.

Roger Erni dankt für die Frage. Dies habe kein bestimmter Grund. Es gab zwei Pensionierungen, Unfälle und auch zwei bis drei Abgänge.

Bettina Gomer-Beacco musste ihr Fahrrad an den unbedeckten Veloständer an der Strasse platzieren, da immer mehr mit dem Fahrrad ins Stadthaus kommen. Oft stehen auch rechts und links neben den bedeckten Plätzen noch Fahrräder. Sie möchte deshalb wissen, ob es möglich wäre, mehr gedeckte Fahrradparkplätze auf dem Stadtplatz zu erstellen.

Für Maurus Frey ist erfreulich, dass viele mit dem Fahrrad kommen. Kapazität sei beschränkt jedoch mit den Stangen an der Luzernerstrasse sei eine Ausweichmöglichkeit vorhanden und es sei nicht angedacht noch mehr gedeckte Plätze zu erstellen.

Tomas Kobi hat gestern in der Zeitung gelesen, dass die Stadt Luzern an Hitzetagen die über 75-Jährigen telefonisch nach dem Wohlbefinden fragt. Kann sich der Stadtrat vorstellen künftig dies auch in Kriens zu machen?

Anhand von diesem Beispiel sieht Cla Büchi was für Möglichkeiten Luzern hat. Kriens würde dies jedoch nicht priorisieren.

Laut Räto Camenisch hat die Stadt Kriens in den letzten Tagen ein unvorstellbares Finanzbashing in der Nationalen Presse erleiden müssen. Viel von den gemeldeten Tatsachen waren verdreht und schlicht falsch. Was hat der Stadtrat unternommen um dies zu berichtigen?

Christine Kaufmann-Wolf dankt für diese Frage. Es war tatsächlich ein Problem wie der Stadtrat in die Pfanne gehauen wurde. Es war nicht schön. Der eine Reporter von der Nationalen Zeitung war bei Roger Erni und Christine Kaufmann-Wolf und obwohl sie erst sehr skeptisch waren sah es eigentlich ganz gut aus und sie konnten ihre Zitate gegenlesen. Mit schrecken mussten sie dann jedoch feststellen, dass es völlig anders ausgelegt wurde. Der Stadtrat ist nun mit dem Medienbeauftragten dran hier etwas zu machen und dies zusammen mit der Rechnung aufzugleichen.

Beat Tanner stellt fest, dass die Kundenparkplätze vom Stadthaus eigentlich immer von Kunden der Post besetzt sind. Vor allem am Abend gebe es viel Verkehr. Zahlt die Post etwas für diese Parkplätze?

Maurus Frey hält fest, dass diese Parkplätze der Stadt Kriens gehören und nicht der Post. Die Stadt Kriens erhält somit auch die kompletten Einnahmen von den Parkplätzen.

Viktor Bienz nimmt es wunder wie der Stand von der Heizungssanierung im Schloss Schauensee ist und ob es einen Zeitplan gebe?

Laut Roger Erni gebe es schon fortgeschrittene Pläne mit ersten Kostenschätzungen und das Ziel wäre es Ende Jahr oder Anfang nächstes Jahr dort zu beginnen.

Peter Stofer fällt auf, dass das Postauto bereits ab der Stadtgrenze auf der Amlehnstrasse verkehrt und auf der Schachenstrasse, wenn sie ins Depot möchten und dies führt zu kritischen und gefährlichen Situationen. Ist der Stadtrat bereit mit der Post eine sichere Route auf der Hauptstrasse auszuhandeln?

Laut Maurus Frey sei die Stadt Kriens immer wieder im Austausch mit dem Transportunternehmen und es gibt Abmachungen mit Transportunternehmen, dass der Transport nicht über die Schachen- Amlehnstrasse abgewickelt wird.

Patrick Koch kommt nochmal zu den Parkplätzen bei der Post. Es sei ein Hochsicherheitsrisiko, wenn man Rückwärts in eine stark befahrene Strasse fahren muss und hinten noch ein Veloweg durchgeht. Die Person, die dies bewilligt hat sei vermutlich ein paar Jahre zu lange in der Schule gewesen. Dies muss geprüft werden.

Maurus Frey interpretiert die Frage so, dass der Fragesteller wissen möchte, ob der Stadtrat derselben Meinung ist und Maurus Frey teilt die Beobachtungen mit Patrick Koch. Es sei nicht ganz klar weshalb dies so bewilligt wurde, jedoch sei es nun so.

Michèle Albrecht hat in der Luzerner Zeitung gelesen, dass eine angespannte Personalsituation in den Schwimmbäder eintreffen wird. Sie möchte gerne wissen, wie die Situation im Parkbad Kriens für diesen Sommer aussieht.

Roger Erni teilt mit, dass das Parkbad Kriens einen Koch gefunden hat und auch die Abgänge bei den Badmeistern konnten mehrheitlich wiederbesetzt werden. Das Parkbad hat gut in die Saison gestartet am Sonntag kamen schon über 1'000 Gäste.

Erich Tschümperlin hat im Newsletter gelesen, dass die Stadt Kriens mit der Ludothek und dem Verein Tagesfamilientimes Vereinbarungen getroffen habe. Nun möchte er wissen, ob die Beiträge von der Stadt gegenüber den Vorjahren gekürzt wurden.

Marco Frauenknecht dankt für die Frage, die Beiträge wurden nicht gekürzt.

Martin Zellweger Der Planungskredit Testplanung Kantonsstrasse K4 im Zentrum Kriens wurde im Februar vom Stimmvolk abgelehnt. Der Stadtrat hat daraufhin gesagt, dass er nun versuchen möchte, die Anliegen der Stadt Kriens und der Stadtentwicklung auf anderen Wegen einzubringen. Was wurde diesbezüglich unternommen?

Maurus Frey dankt für die Frage. Es haben erste Gespräche stattgefunden mit dem VIF. Die Stadt Kriens startet nun in eine Vorplanungsphase für das Strassensanierungsprojekt. Es sieht momentan so aus, dass die Anliegen der Stadt Kriens betreffend Belegung vom Zentrum, beim Kanton Luzern auf offene Ohren stossen.

Tomas Kobi war vor zwei Wochen im Renggloch und hat festgestellt, dass die Tische und Bänke dort entfernt wurden. Was war der Grund?

Maurus Frey dankt für die Frage. Diese Anlagen wurden vor vielen Jahren von dritten erstellt und unterhalten und plötzlich fiel der Unterhalt in den Aufgabenbereich der Stadt Kriens. Nun gab es Mängel und man müsste die Anlagen ersetzen, deshalb wurden die Anlagen aufgrund von fehlenden finanziellen Mittel entfernt.

Schluss

Die nächste Sitzung findet am 30. Juni 2022 statt. Es wird eine halbtägige Sitzung.

Anita Burkhardt-Künzler bittet nochmal alle die Voten rechtzeitig dem Protokollführer zuzustellen. Sie dankt für die Konstruktive Einwohnerratssitzung. Die nächste Sitzung sei bereits die letzte Sitzung für Anita Burkhardt-Künzler als Einwohnerratspräsidentin. Anita Burkhardt-Künzler durfte viel Schönes erleben und freut sich nun speziell auf die Einwohnerratsreise vom 25. Juni 2022. Die Einladungen wurden per E-Mail versendet und Anita Burkhardt-Künzler weist nochmal darauf hin, dass die Einladung inklusive Partner gilt und Bittet alle die Anmeldefrist zu beachten. Anita Burkhardt-Künzler freut sich auf eine, in jeder Hinsicht abwechslungsreiche und spannende Reise. Im Anschluss trifft sich der Einwohnerrat im Restaurant Wichlern.

Die Sitzung schliesst um 17:40 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsidentin:

Anita Burkhardt-Künzler

Der Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Des Protokollführers

Sascha Frevel